Gewalt in den USA S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 34 – 26. August 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

AfD setzt SPD in NRW zu
Meinungsforscher sehen die Sozialdemokraten nur noch bei 31 Prozent **2**

Deutschland

Hinter den Erwartungen zurückgeblieben
Die Empfehlungen der Atomendlager-Kommission **3**

Hintergrund

Gewalt in den USA
Die tödlichen Zusammenstöße zwischen Polizei und Schwarzen **4**

Preußen / Berlin

»Weimarer« Chaos droht
Umfrage in Berlin: SPD, CDU, Grüne, Linke und AfD liegen alle ähnlich **5**

Ausland

Wer ihren Präsidentschaftswahlkampf
Hillary Clinton **6**

Kultur

Nach der Sanierungsphase
Das Goethe-Theater von Lauchstädt **9**

Geschichte

»Zarteste Lyrik«
Wie das »Lied der Deutschen« entstand **11**





Auch Gesichtskontrollen oder ein Rucksackverbot würden hier nichts nützen: Fahrgaststrom in einem Berliner U-Bahnhof Bild: Ullstein

Was wirklich alarmiert

Unnütze Aufregung über Zivilschutz-Konzept verdeckt das eigentliche Versagen

Während ein Zivilschutz-Konzept für Aufregung sorgt, das nur Selbstverständliches nennt, tritt das eigentliche Versagen in Sachen Sicherheit in den Hintergrund.

Die „Konzeption ziviler Verteidigung“ des Bundesinnenministeriums hat in den Medien erhebliche Wellen geschlagen. Dabei steht in dem Konzept kaum mehr als Erwartbares. Empfehlungen wie das Vorhalten von Trinkwasser und Nahrungsmitteln für einen kurzen Zeitraum im privaten Haushalt sind in Wahrheit eine Selbstverständlichkeit.

Grund: Hochsensible, rechnergesteuerte Systeme etwa zur Strom- und Wasserversorgung stellen eine Schwachstelle moderner Gemeinwesen dar. Sie machen verletzlich – ob durch Krieg, Terror, Hacker-Angriffe oder Naturkatastrophen. Unsere generelle Verletzlichkeit ist nach dem Kalten Krieg nur verdrängt worden. Wer in historischen Dimensionen denkt, konnte sich nie erklären, wie jemand ernsthaft annehmen und zur Grundlage seines Handelns machen konnte, dass die friedvolle Phase nach Ende des Kalten Krieges nie mehr enden würde. Die Geschichte ging weiter, neue Gefahren tauchten auf. Dass die Regierenden darauf auch im Hinblick auf den Zivilschutz reagieren, ist nichts als folgerichtig.

Mit Rucksackverbot und Ähnlichem wird Schutz vorgegaukelt

Etwas anderes sollte die Deutschen weit stärker alarmieren. Mit Vorschlägen wie elektronische Gesichtskontrollen oder Rucksackverboten bei Großveranstaltungen gibt die Politik ein beunruhigendes Ausmaß an Ratlosigkeit angesichts des radikal-islamischen Terrorkriegs preis, denn die Vorschläge gehen ins Leere. Dem Attentäter ist es egal, ob er seine Bombe in einer abgeschirmten Veranstaltung zündet oder im offenen Getümmel der Großstadt oder einem vollbesetzten U-Bahn-Waggon. Der massenmörderische Effekt ist der gleiche. Rucksackverbote schaffen nicht mehr Sicherheit; sie sollen bloß das „Gefühl“, genauer: die Illusion von mehr Schutz verbreiten.

Und sie sollen wohl auch ablenken von der eigentlichen Schuld der Politik, die sie mit dem Verzicht auf den Schutz unserer Grenzen auf sich geladen hat. Nur deshalb konnten unkontrolliert Unmengen an Menschen nach Deutschland gelangen, von denen laut Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow 200 000 noch nicht einmal registriert sind. Nur grobe Schätzungen existieren darüber, wie viele „Gefährder“ sich unter die Asylsucher gemischt haben. Die schiere Masse und Geschwindigkeit des Zustroms hat jede Kontrollmöglichkeit über den Haufen gerannt, daher nun der fruchtlose Aktionismus im Innern.

Was die Politiker endlich liefern müssen, ist, das zu tun, wozu sie da sind: Politik machen! Politik machen bedeutet, Schwerpunkte setzen. Heißt hier: Entscheiden, was Vorrang hat, die Sicherheit des eigenen Volkes oder die Belange von Fremden, die sich bei uns ein besseres Leben erhoffen. Offenbar tut man sich schwer, auf diese Frage eine eindeutige Antwort zu finden. Das ist die eigentliche Misere. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Massenbasis

Vorbei die Zeit, als „unsere Demokratie am Hindukusch verteidigt“ wurde. Dieser Kampf muss jetzt vor allem in der Heimat geführt werden. Wie schon einmal, vor 40 Jahren, als die RAF eine Blutspur durch das Land zog. Weit mehr, als ein erster Blick auf den Links- und den Islamterror zu suggerieren vermag, weisen beide Phänomene Parallelen auf. Damals wie heute sind Politiker, Pseudoexperten und Medien eifrig bemüht, den „bewaffneten Kampf“ zur Einzelkriminalität zu marginalisieren. Und damals wie heute soll damit verschleiert werden, dass hinter dem Terror eine heimliche Massenbewegung steht.

Die Geschichte lehrt, dass keine terroristische Gruppierung ohne eine Massenbasis existieren kann, sei es die irische IRA, die baskische ETA oder eben die RAF. Am Ende stellten diese ihre Aktivitäten ein, weil ihre Sympathisanten nicht mehr mitmachten und so ihre Basis zerbrach. Auch die Dschihadisten unserer Tage können nur so lange existieren, wie sie sich ihrer Sympathisanten sicher sein können.

Die vielen RAF-Sympathisanten, unter ihnen namhafte und sich offen dazu bekennende Vertreter der Kultur-, Akademiker-, Pastoren- und Sportprominenz, konnte man als Deutsche nicht des Landes verweisen. Wer hingegen als Sympathisant der islamistischen Terrorbomber und Kopfabschneider oder gar als Gefährder identifiziert ist, muss abgeschoben werden. Außerdem muss die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, dass derjenige darunter, der die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, diese automatisch verliert. Damit wird man den Dschihadisten ihre Massenbasis in Deutschland zwar nicht ganz entziehen, zumindest aber ihre hiesige Helfer-Szene ausdünnen können.

Wie der Westen die Islamisten im Nahen Osten aufrüstet

Westliche Geheimdienste, die Türkei und die Golfstaaten lieferten seit 2012 Waffen im Gesamtwert von 1,2 Milliarden US-Dollar

Was Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier von seinem Besuch in St. Petersburg mitgebracht hat, gerät den Leitmedien zum willkommenen Material, um die russische Regierung wieder einmal mit Vorwürfen zu bedenken. Moskau, so der zentrale Vorwurf, behindere Bemühungen des Westens, der umkämpften syrischen Stadt Aleppo humanitäre Hilfe zuteilwerden zu lassen, während die USA samt Verbündeten nichts anderes im Sinn hätten, als den Eingeschlossenen zu helfen. Als es vor Monaten nicht die Islamisten waren, die belagert wurden, sondern loyale Bürger, galt diesen die westliche Fürsorge nicht.

Auch in anderem Zusammenhang können die islamistischen Kämpfer mit Hilfe aus dem Westen rechnen. Nachdem nun das Trugbild von „moderaten Rebellen“

Auch Gerät aus Deutschland

stillschweigend doch weitgehend der Wirklichkeit geopfert wurde, versteht es sich von selbst, dass, wenn der Westen einer von den zahlreichen Gruppierungen, die gegen die Regierung kämpfen, Nachschub liefert, das allen anderen auch zugutekommt. Hilfe für Al-Nusra ist Hilfe für Al-Kaida und den Islamischen Staat (IS) gleichermaßen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtete in diesem Zusammenhang, dass seit 2012 westliche Geheimdienste, die Türkei und die Golfstaaten Waffen im Gesamtwert von 1,2 Milliarden US-Dollar an die Islamisten geliefert hätten. Was die Dienste angeht, so ist es die CIA, die hier federführend tätig ist. Mit Blick auf die Türkei bestätigt sich, dass man in Berlin seit Langem weiß, wie dort gespielt wird, und die kürzliche Informations-Panne nur zu angestrengter Heuchelei Anlass gab. Die Golfstaaten schließlich gehören von jeher zu den großen Finanziers des Terrors im Nahost und darüber hinaus.

Waffen kommen hauptsächlich aus Nato-Ländern, den USA, Frankreich und Deutschland, wie vor rund zwei Wochen der „Financial Times“ zu entnehmen war. Doch schon zu Jahresbeginn hat die österreichische Tageszeitung „Standard“ Einzelheiten eines CIA-Programms herausgefunden, mit dem die Rebellen in Syrien mit Waffen versorgt werden. US-Firmen kaufen Waffen in Bulgarien, Flug-Gesellschaften aus den Emiraten schaffen sie in die Türkei und nach Jordanien. Von dort geht die Ware direkt und auf dem Landweg zum Empfänger. Nicht alles läuft reibungslos. Im Juni 2015 mussten die USA angesichts einer tödlichen Explosion auf einem bulgarischen Testgelände einräumen, dass es sich dabei um Waffen für Syrien gehandelt habe. Damals kam ein US-amerikanischer Lieferant, ein Navy-Veteran namens Francis Norwillo,

CIA verschleiert Waffentransfer

durch eine Granate aus einem RPG-7-Raketenwerfer ums Leben. Er arbeitete wie zwei seiner Landsleute, die verletzt wurden, für die US-Firma Purple Shovel, die von der US-Army den Auftrag hatte, die Rebellen in Syrien mit Waffen zu versorgen. Wert des Deals: 26,7 Millionen Dollar.

Als sich Anfang August Al-Nursa aus dem Dorf Beni Zeid in der Gegend von Aleppo absetzen musste, fanden die syrischen Regierungstruppen ein großes Waffenarsenal. Darunter befanden sich Mörser, TOW-Panzerfäuste, welche die neueste Entwicklung der US-Army auf diesem Gebiet darstellen, und Boden-Luft-Raketen. Herkunftsländer der Sammlung: die Vereingten Staaten, die Tschechische Republik und Deutschland. Ein ehemaliger britischer Offizier, der heute für Scotland Yard arbeitet, Charles Shoebridge, sagte dazu: „Die USA hatten letztes Jahr verkündet, dass sie Anti-Panzer-Raketen TOW an moderate Rebellen in Syrien liefern werden.“ *Florian Stumfall*

MELDUNGEN

Auskunft über Kriegsgefangene

Berlin – Die Bundesregierung will das deutsch-russische Kooperationsprojekt „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte" fortführen. Es baut auf dem Vorgängerprojekt auf, das von 2000 bis 2014 von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten durchgeführt wurde. Die Koordinierung des vom Auswärtigen Amt finanzierten Recherche- und Dokumentationsprojekts hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die „Durchführung der praktischen Aufgaben" das Deutsche Historische Institut in Moskau übernommen. Auskünfte über das Schicksal der Kriegsgefangenen erteilt zukünftig die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht, die dazu die sächsische Datenbank übernehmen wird. *J.H.*

Das meiste Geld für Soziales

Berlin – Im kommenden Jahr will der Bund 328,7 Milliarden Euro und damit 11,8 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr ausgeben. Trotzdem sollen in diesem Jahr keine neuen Schulden gemacht werden. Wie aus dem Etatentwurf der Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2017 weiter hervorgeht, sind für das kommende Jahr 33,3 Milliarden Euro für Investitionen eingeplant. Größter Posten wird wieder der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sein. Dessen Ausgaben sollen von 129,89 Milliarden auf 138,61 Milliarden Euro steigen. Das Verteidigungsministerium soll nach 34,29 Milliarden Euro in diesem Jahr 2017 36,61 Milliarden Euro bekommen, und für das Bundesministerium für Bildung und Forschung sind 17,56 Milliarden Euro eingeplant. Für Zinszahlungen will der Bund im kommenden Jahr 20,12 Milliarden Euro aufwenden. Das sind 20,3 Prozent weniger als in diesem Jahr (25,23 Milliarden Euro). *J.H*

Tsipras will fast 300 Milliarden

Athen – „Bis zum Schluss, auf diplomatischem und, wenn notwendig, auch auf rechtlichem Weg", will Griechenlands ultralinker Ministerpräsident Alexis Tsipras dafür kämpfen, dass Deutschland Reparationszahlungen an sein Land leistet. Deutschland müsse Verantwortung für die finanziellen Schäden übernehmen, die bei der damaligen Besetzung durch die Wehrmacht verursacht wurden. Griechenland und das griechische Volk hätten weder ihre Geschichte noch die Kriegsverbrechen und Blutbäder der Nationalsozialisten vergessen, erklärte er bei einer Gedenkzeremonie in Kommeno, wo 1943 als Repressalie für brutale Partisanenangriffe 317 Dorfbewohner von deutschen Soldaten getötet worden waren. Tsipras drängt insbesondere auf die Rückzahlung eines Kredites, den Deutschland während des Krieges von der griechischen Nationalbank erzwungen hat. Zurzeit belaufen sich die von Athen geforderten Entschädigungen auf 278,7 Milliarden Euro. Zu zahlen seien auch die noch nicht bezifferten Entschädigungen für die im Krieg zerstörte Infrastruktur Griechenlands. Die Bundesregierung lehnt die Reparationsforderungen entschieden ab. Das Thema sei „politisch und juristisch abgeschlossen", betont sie. Deutschland habe Griechenland bereits 1960 mit 115 Millionen Mark entschädigt. *J.H.*

AfD setzt SPD am Rhein unter Druck

Neun Monate vor der NRW-Landtagswahl sehen Meinungsforscher die Sozialdemokraten bei 31 Prozent

Rund 110 000 Mitglieder hat die SPD in Nordrhein-Westfalen, knapp die Hälfte davon im Ruhrgebiet. Als „Herzkammer der Sozialdemokratie" hat Sigmar Gabriel das Ruhrgebiet bezeichnet. Doch seine Partei hat Herzprobleme. Zu Bürgerstammtischen in den klassischen Arbeiterhochburgen kommen teilweise nur noch eine Handvoll Leute. Die Ortsverbände seien überaltert und demotiviert, heißt es.

Dem bevölkerungsreichsten Bundesland kommt im kommenden Jahr eine entscheidende Bedeutung zu. In rund neun Monaten finden Landtagswahlen statt. Derzeit regiert die SPD mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in einer Koalition mit den Grünen. Die Umfragewerte an Rhein und Ruhr sind mit 31 Prozent deutlich besser als die auf Bundesebene. Aber auch deutlich schlechter als die vor fünf Jahren. Damals überraschte nur der Wahlerfolg der „Piraten", die auf knapp acht Prozent kamen, aber das Wählerreservoir der SPD kaum anzapften.

Arbeiterpartei bricht in ihrem Kernland ein

Mit der Alternative für Deutschland ist den Sozialdemokraten nun ein höchst gefährlicher Gegner erwachsen. „Für die SPD ist es fünf vor zwölf, wenn sie in ihrem Kernland nicht wie schon in den bundesweiten Umfragen einbrechen will", warnte der linke Politikwissenschaftler Alexander Häusler gegenüber dem „Focus" und fügte hinzu: „Nordrhein-Westfalen wird entscheidend sein, ob die AfD ihren Durchmarsch fortsetzen kann." Die AfD kommt gerade im Ruhrgebiet hemdsärmelig-moderat daher. Landeschef Marcus Pretzell sieht gerade in den strukturschwachen Regionen „ein Riesenpotenzial" für die Protestpartei. Dabei sind die Arbeiter an der Ruhr das klassische Wählerpotenzial der Sozialdemokraten.

Nach einem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands ist das Ruhrgebiet Deutschlands „Problemregion Nummer Eins". Jeder fünfte muss hier demnach zu den Armen gezählt werden.

Die Menschen im Ruhrgebiet seien schon immer recht konservativ gewesen, erzählt der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Frank Baranowski. In seiner Stadt sind knapp 17 Prozent der Menschen arbeitslos, die Revier-Metropole ist damit trauriger Spitzenreiter der Republik. „Für das Ruhrgebiet stehen zwei sozialdemokratische Grundwerte im Mittelpunkt: Solidarität und Gerechtigkeit", erklärt er dem Nachrichtensender n-tv. Dabei gehe es um Bildung, eine ordentliche Finanzausstattung der Städte und eine gute Infrastruktur. „Und wir brauchen endlich einen sozialen Arbeitsmarkt, denn wir dürfen langzeitarbeitslose Menschen nicht einfach ohne Perspektive und Wertschätzung lassen."

Und so hat er sich Wirtschaftsminister Gabriel als Wahlkampfunterstützer geholt. „Wir dürfen die Oberbürgermeister nicht alleine lassen", tobte der in Gelsenkirchen und stellte unterschwellig finanzielle Hilfen in Aussicht. Woher diese kommen sollen, ließ es offen. Ungewohnt deutlich wurde Gabriel beim Thema Zuwanderung. „Es gibt Leute, die führen sich auf, das geht überhaupt nicht", pflichtet er einer Frau bei, die ihn auf das Problem aggressiver Zigeuner-Banden hingewiesen hat. Die Sorgen der Menschen müssten gehört werden, sagte Gabriel: „Nicht alles, was an Ängsten vor Zuwanderern besteht, ist fremdenfeindlich", sagte Gabriel.

Die Immigrationsrate ist im Ruhrgebiet überdurchschnittlich hoch, es gibt Straßenzüge, die eher an Istanbul denn an eine deutsche Stadt erinnern. „Wir wollen den Menschen ihre Heimat zurückgeben", sagt AfD-Mann Pretzell. Und Gabriel? „Die Menschen wollen, dass sie sich sicher aufgehoben fühlen, ein Gefühl von Heimat haben." Das sind in der Tat ungewöhnliche Töne für einen SPD-Vorsitzenden. Aber sie sollen dazu führen, dass nicht allzu viele Stammwähler zur AfD abwandern.

Gefahr für SPD: Wirtschaftsprobleme und Immigration

Dies hat Guido Reil kürzlich getan. Er hat im Essener Stadtrat die Seiten gewechselt, gehört nun der AfD an. Er war bundesweit bekannt geworden, als er sich Anfang des Jahres auf dem Höhepunkt der Asylkrise mit grundsätzlich asylkritischen Äußerungen hervortat. Die AfD wird ihm wohl einen sicheren Listenplatz gewähren. „Fünf von zehn Leuten, die beim letzten Mal die SPD gewählt haben, wollen ihr Kreuz im Frühjahr bei der AfD machen", ist der Seitenwechsler sicher. *Peter Entinger*

Einer, der vorangegangen ist: Der frühere SPD-Ratsherr Guido Reil ist inzwischen der AfD beigetreten

Bild: pa

Ein exotischer Anblick ist nicht unsittlich

Burka-Verbot: Die Selbstbestimmung über die eigene Kleidung ist vom Grundgesetz geschützt

Schon im vergangenen Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz forderte die Vorsitzende der dortigen CDU und stellvertretende Bundesvorsitzende Julia Klöckner – eine gutaussehende und daher glücklicherweise unverschleierte Frau – ein Verbot der Burka (in Behördendeutsch: der Vollverschleierung). Mit Klöckners Wahlniederlage schien diese Forderung vom Tisch zu sein. Nun aber, bedingt durch die jüngsten Terroranschläge und -bedrohungen ist das Burka-Verbot wieder ein offensichtlich höchst aktuelles Thema.

Wie jedes Kleidungsstück spricht auch die Burka zunächst die Gefühle des Betrachters an, Gefühle, die ganz verschieden sein können. Dem einen Betrachter mag die Burka fremd erscheinen, dem anderen gleichgültig sein, wieder bei einem anderen mögen Kritik und Ablehnung vorherrschend sein. Das von mehreren Innenministern der Länder ins Gespräch gebrachte Verbot der Vollverschleierung wäre aber mehr als nur der Ausdruck eines Gefühls; es wäre eine staatliche, mit Zwang verbundene Regelung.

Kleidungsstücke, von der Schweizer Modeunternehmerin Trudie Götz als „eine Fortsetzung der Haut" bezeichnet, entziehen sich heute, anders als im Mittelalter mit seinen damals teilweise strengen Kleiderordnungen, grundsätzlich der staatlichen Regelungsbefugnis. Ausnahmen, wie beispielsweise hinsichtlich des Tragens von Uniformen und von Berufskleidung bestätigen nur diese Regel. Abwegig, weil bürokratisch übertrieben, war deshalb das in einer EU-Richtlinie zum „Schutz der Arbeitnehmer vor optischer Strahlung" vorgesehene Dirndl-Verbot für Serviererinnen in Biergärten, das erfreulicherweise vom Europäischen Parlament abgelehnt und damit nicht in Kraft gesetzt wurde.

Ernster zu nehmen sind die Herausforderungen, die die Ausbreitung des Islam an unsere Rechtsordnung stellen. Der Streit um das Kopftuch einer muslimischen Lehramtsbewerberin ist schon fast ein alter Hut, nachdem das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 24. September 2003 im Falle der Fereshta Ludin eine gesetzliche Grundlage für ein Verbot gefordert hat. Bekannt sind auch die Entscheidungen von Verwaltungsgerichten, bei denen es um die Weigerung muslimischer Eltern ging, ihre Töchter am Schwimmunterricht teilnehmen zu lassen. Als Lösung des Konfliktes zwischen dem Sportunterrichtsauftrag der Schule auf der einen Seite und den wegen der Badekleidung beeinträchtigten religiösen Gefühle der muslimischen Eltern auf der anderen Seite wurde vor dem Oberlandesgericht Hamburg ein Vergleich geschlossen, demzufolge die neunjährige aus Pakistan stammende Schülerin am Schwimmunterricht teilnehmen musste, dies aber in einem die Haut bedeckenden Schwimmanzug in Form eines Taucheranzuges tun konnte. Vielleicht dadurch inspiriert, schuf die Bademode inzwischen einen die Haut verhüllenden weiblichen Badeanzug mit der Bezeichnung „Burkini".

Das nun in Deutschland diskutierte Burka-Verbot beschränkt sich nicht auf Schulen und hat nichts mit dem Schwimmunterricht zu tun, sondern soll das Tragen der Burka in der Öffentlichkeit – also nicht etwa im häuslichen Bereich – unterbinden. Wenn es hierzulande zu einem solchen Verbot kommen würde, stünde Deutschland damit nicht ganz allein in der Welt. In Belgien, in Frankreich und in den Niederlanden existieren bereits solche Verbote; im Schweizer Kanton Tessin hat sich bei einer Volksabstimmung die Mehrheit für ein solches Verbot ausgesprochen. Gemessen an der Gesamtzahl der Staaten auf der Welt bilden die Staaten mit Burka-Verbot nur eine verschwindende Minderheit – dies allerdings im Einklang mit der aktuellen Gefährdungssituation.

Kein Verstoß gegen verfassungsrechtliche Schranken mit Burka

Gesetz ist Gesetz, aber Gesetz ist nicht immer Recht. Dem französischen Gesetz hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Rechtmäßigkeit bescheinigt, weil Menschen in Gefahrensituationen dazu verpflichtet sein könnten, ihr Gesicht zu zeigen und weil das Gesetz die Einhaltung von Mindestanforderungen des Zusammenlebens in der Gesellschaft zum Ziel habe. In Deutschland könnte ein Burka-Verbot sich zunächst am Grundrecht der Religionsfreiheit stoßen. Jedoch werden immerhin Zweifel geäußert, ob im Koran überhaupt eine Vorschrift vorhanden ist, welche die Vollverschleierung zur religiösen Pflicht macht. Jedoch kann die Antwort auf diese Frage dahingestellt bleiben, denn die Selbstbestimmung über die eigene Kleidung ist vom Grundgesetz geschützt, nämlich durch das Grundrecht, das Artikel 2 Absatz 1 etwas aufgesteift „das Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit" nennt, während das Bundesverfassungsgericht dafür den leichter verständlichen Ausdruck „allgemeine Handlungsfreiheit" verwendet. Auch dieses Grundrecht gilt, wie fast alle Grundrechte im Grundgesetz, nicht schrankenlos: Schranken der allgemeinen Handlungsfreiheit sind „die Rechte anderer", „die verfassungsmäßige Ordnung" und „das Sittengesetz".

Das Tragen einer Burka, mag diese Kleidung im Einzelfall auf Unverständnis, Kritik oder strikte Ablehnung stoßen, verstößt aber gegen keine dieser verfassungsrechtlichen Schranken: Es gibt kein einklagbares Recht anderer, jede Frau unverschleiert anzusehen. Die verfassungsmäßige Ordnung enthält keine Bekleidungsvorschriften, ein exotischer Anblick ist nicht unsittlich. Wenn der damalige Bundespräsident Christian Wulff vor arabischen Studenten an der Universität Doha in diesem Zusammenhang gesagt hat, „zu einer offenen Gesellschaft gehört, das Gesicht zu zeigen", so ist dies zwar nicht falsch, aber zu einer offenen Gesellschaft gehört wohl auch das Recht, sein Gesicht nicht zu zeigen.

Da die Burka mit Terroranschlägen genau so viel und so wenig zu tun hat wie eine Sonnenbrille oder ein Rucksack, bleibt mangels Sicherheitsrelevanz als denkbarer Grund für ein Verbot nur noch der Schutz des Grundrechts der Menschenwürde der die Burka tragenden Frau. Wenn aber eine die Burka tragende Frau mit dieser ihrer Kleidung selber kein Problem hat, würde das Verbot einen Grundrechtsschutz gegen sich selbst bedeuten, den es in einer freien, nicht dem Paternalismus verfallenen Gesellschaft grundsätzlich nicht geben sollte. Bei alledem kann es auf die Zahl der Burkaträgerinnen nicht ankommen, denn bei welcher Zahl, die sich ohnehin täglich verändern kann, sollte die Grenze gezogen werden? Schlussendlich: Die Ablehnung der Einführung eines generellen Burka-Verbotes bedeutet nicht, dass sachlich begründete Identitätskontrollen ausgeschlossen sind, wie beispielsweise durch die Polizei nach einem Verkehrsunfall oder durch Grenzschutzbeamte bei der Einreise oder durch Richter bei einer Zeugenvernehmung. *Ingo von Münch*

Licht am Ende des Tunnels

Empfehlungen der Atomendlager-Kommission bleiben jedoch hinter den Erwartungen zurück

Die deutsche Endlager-Kommission hat Anfang Juli zwar einen fast 700-seitigen Bericht vorgelegt, aber keine Problemlösung. Es werden lediglich Kriterien für Endlager empfohlen, die im Wesentlichen jedoch seit über 30 Jahren bekannt sind.

Deutschland ist trotz Energiewende immer noch „Atomland“ und sitzt auf einem Berg von hochradioaktivem Atommüll, der seit Jahren hier und dort – oberirdisch – zwischengelagert werden muss, weil es die Politik bisher nicht geschafft hat, den Bau eines Endlagers nennenswert voranzubringen. Durchschnittlich wurden in den letzten Jahren durch den Betrieb der Kernkraftwerke etwa 500 Tonnen abgebrannter Brennelemente jährlich produziert. Daher wäre die Suche nach einem Endlager – Endstation des nuklearen Brennstoff-Kreislaufs, nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen Gründen (Plutonium), heute wichtiger denn je. Proteste gegen den ehemals in Gorleben vorgesehenen Standort haben zu jahrelangen Verzögerungen geführt. Es muss daher jetzt mit „Volldampf“ daran gearbeitet werden, schnell praktikable Lösungen für dieses Problem zu finden.

Nach der Katastrophe von Fukushima führten Ängste und Kritik letztendlich dazu, dass der Standort Gorleben aufgegeben wurde, der seit jeher von Protesten und Zweifeln an seiner Eignung für diesen Zweck begleitet war. Wir erinnern uns alle noch an die gewalttätigen Proteste und massiven Polizeieinsätze bei den „Castor-Transporten“. Schließlich kam es zu einer Neubewertung der Endlageroptionen, entscheidend war der Wunsch, die Endlagersuche transparenter als das bei Gorleben der Fall war, zu gestalten und auch andere Stoffe wie Ton und Granit als Endlagermedium einzubeziehen. Bundestag und Bundesrat haben deshalb im Jahre 2014 eine Kommission eingesetzt, die die eigentliche Suche nach einem Endlagerstandort vorbereiten sollte und der neben Politikern aus dem Bundestag und den Landesregierungen auch Vertreter aus Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen angehören.

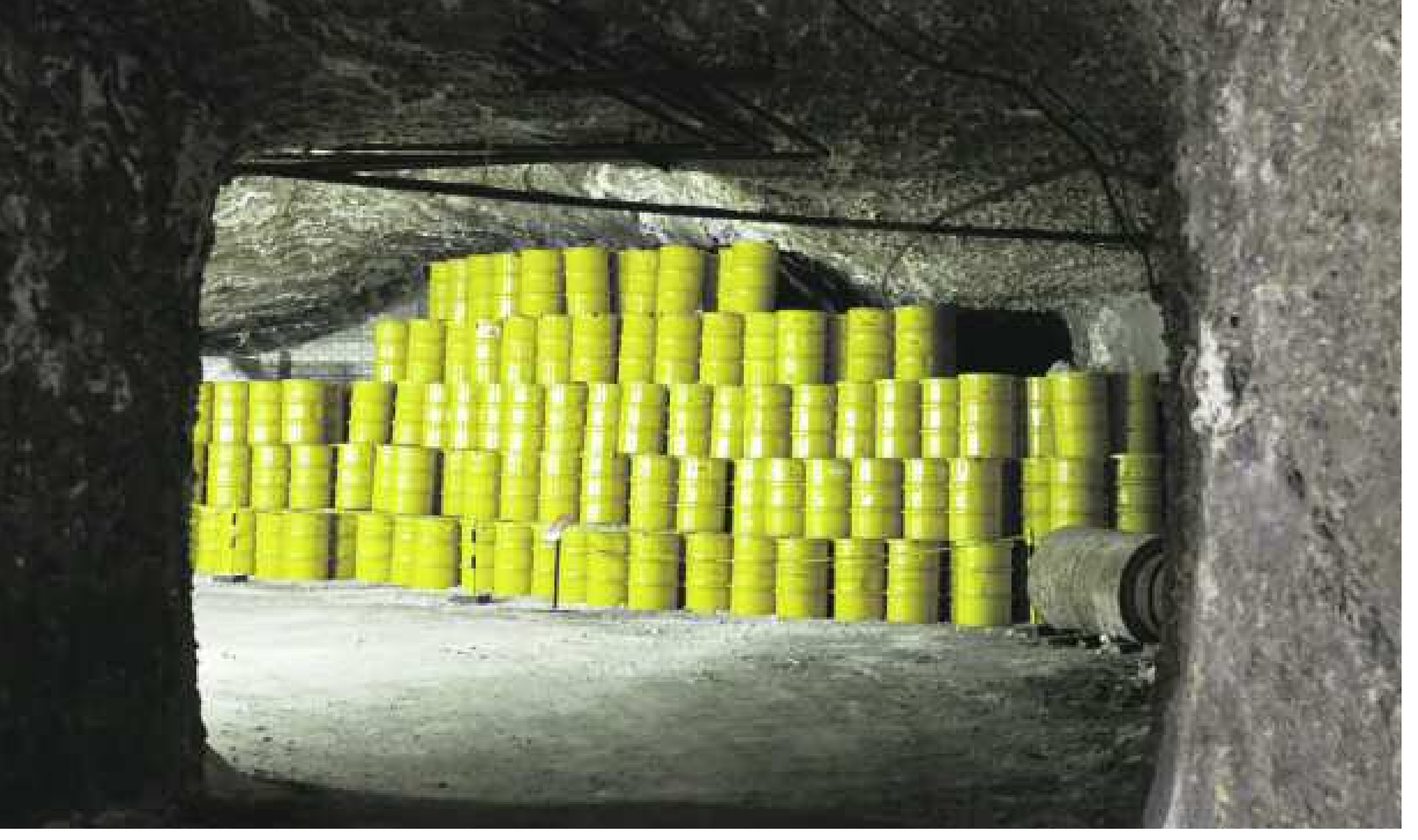
Zu den von ihnen vorgeschlagenen Kriterien für Endlager gehören die unterirdische Lagerung der nuklearen Abfälle in einer stabilen geologischen Formation, deren sicherer Einschluss über lange Zeiträume und Erdbebensicherheit. Neu ist allenfalls die Verfahrensweise, nach der ein Standort für ein neues Endlager gesucht und unter Beteiligung der Öffentlichkeit bestimmt werden soll. Das ist ein ziemlich komplizierter Prozess, der sehr viel Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Ob ein solcher Standort am Ende jemals gefunden wird, ist vollkommen offen. Denn wenn es konkreter wird, wäre auch dort mit einem Widerstand der Bevölkerung zu rechnen.

> Weitere Verzögerungen gehen auf Kosten künftiger Generationen

Grundlage des Findungsprozesses bildet eine sogenannte weiße Karte, wonach nach einem Endlagerstandort im Prinzip überall gesucht werden soll – ein theoretisches Konstrukt. Denn wer wird schon nach einem Standort in Köln oder beispielsweise in der naheliegenden Eifel suchen, wo jeder weiß, dass es dort vor etwa 10 000 Jahren einen mächtigen Vulkanausbruch gegeben hat, an den heute noch der Laacher See erinnert. Das heißt, in der Praxis scheiden rund 95 Prozent der Regionen beziehungsweise Flächen in Deutschland von vorneherein aus, weil man dort nach geophysikalischer Datenlage keine geeignete Formation entsprechender Konsistenz und Mächtigkeit finden wird.

Übrig bleiben dann auf der Karte ein paar Fleckchen, wo man vielleicht Formationen aus Granit (Bayern) oder Ton (Baden-Württemberg) vorfinden könnte, deren Eignung im Sinne einer bestmöglichen Lösung im Vergleich zum Salzstock Gorleben erst in einem zeitraubenden und kostenträchtigen Verfahren nachgewiesen werden muss. Demgegenüber kennt man schon heute das Innere des Salzstocks Gorleben, positiv wie negativ, etwas Besseres wird man ohnehin kaum finden. Im Gegenteil: Es besteht das nicht zu unterschätzende Risiko, am Ende womöglich ganz mit leeren Händen dazustehen.

Auch sonst wirkt der Bericht der Endlager-Kommission eher oberflächlich und in weiten Teilen substanzlos. Im Gegensatz zu den weithin bekannten Vergleichskriterien, denen in dem Endbericht breiter Raum gewidmet wird, werden die technologischen Entwicklungen praktisch überhaupt nicht angesprochen. Dabei bietet sich hier eine ganze Palette modernster technischer Möglichkeiten an, etwa im Bereich der „Entschärfung des Atommülls“ durch Brüter oder beschleunigerbasierte Transmutationstechnologien, womit sich die Lagerzeit effektiv auf etwa 300 bis 400 Jahre begrenzen würde – ein für künftige Generationen relativ überschaubarer Zeitraum. Man fragt sich, wo da der technische Sachverstand eines Landes bleibt, in dem die Kernspaltung entdeckt wurde? *Christian Lukner*



Giftlager in 500 Metern Tiefe: In Morsleben sind tausende Tonnen Atommüll deponiert Bild: pa

MELDUNGEN

Regierung gegen »racial profiling«

Berlin – Die Bundesregierung will auch angesichts der aktuellen Terrorgefahr auf Fahndungsmethoden, die „ausschließlich an die äußere Erscheinung von Personen anknüpfen, ohne dass weitere lagerelevante Erkenntnisse hinzukommen“, verzichten. Zum äußeren Erscheinungsbild einer Person zählt sie „die Gesamtheit der äußerlich wahrnehmbaren Merkmale und Informationen zu einer Person, einschließlich deren Hautfarbe“, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei. Darin bekräftigt sie ihre Rechtsauffassung, dass ein unzulässiges „racial profiling“ dann vorliege, „wenn die Hautfarbe oder die ethnische Zugehörigkeit das einzige oder das tatsächlich ausschlaggebende Kriterium für eine polizeiliche Maßnahme ist“. *J.H.*

Markus Meckel vor dem Sturz

Kassel – Die Landesverbände des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge boykottieren die vom umstrittenen Präsidenten Markus Meckel (SPD) als „dringend notwendig“ verteidigten Reformen. Unter anderem wollte Meckel 1,4 Millionen Euro für neue Schilder auf 60 Kriegsgräberstätten ausgeben. Da die Erlebnisgeneration aussterbe, müsse man sich neben der Gräberfürsorge noch stärker auf „Informieren und Gedenken, auf Jugendarbeit“ ausrichten, so Meckel. Die Landesverbände haben das Projekt gestoppt und eine Haushaltssperre verhängt. Meckel steht schon lange in der Kritik, weil er allein über die inhaltliche und finanzielle Ausrichtung des Volksbunds bestimmen will. Die Landesverbände werfen ihm vor, der Arbeitsfähigkeit und dem Ansehen des Volksbunds zu schaden. Weil er einen Rücktritt ablehnt, soll ein vorgezogener Bundesvertretertag über seine Abwahl entscheiden. *J.H.*

Betretenes Schweigen

Parteien zeigen sich gegen Hochstapelei à la Petra Hinz machtlos

Die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Petra Hinz aus Essen hat für Schlagzeilen gesorgt, als bekannt wurde, dass sie maßgebliche Teile ihrer Biografie gefälscht hat. Das Abitur hat sie nie abgelegt, das angegebene Jurastudium ist reine Fiktion. Ihr Bundestagsmandat wird sie in diesen Tagen niederlegen, ihr politisches Lebenswerk ist vernichtet. Der Imageschade für die Sozialdemokraten ist riesengroß.

Auffällig ist, dass sich alle Parteien mit Schadenfreude zurückhalten. „Wir werden mit allen Bewerbern Gespräche führen und uns die Lebensläufe anschauen. Aber 100-prozentige Sicherheit gibt es nicht. Schon gar nicht bei einer solch jungen Partei wie der AfD“, sagt der niedersächsische Parteichef Paul Hampel. In der Alternative für Deutschland geht die Angst um, dass ein großer Wahlerfolg auch Menschen ins Parlament spülen könnte, die weitgehend unbekannt sind.

Bei der FDP, die vor vier Jahren spektakulär aus dem Bundestag flog, teilt man diese Angst nur bedingt. „Wir gehen davon aus, dass Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, nicht dahergelaufen kommen, sondern schon länger bei der Partei bekannt sind“, sagt Pressesprecher Nils Droste.

Bei der SPD ist man vorsichtig geworden, gibt sich aber dennoch gelassen. „Sicher wäre es verfehlt, aus einem Einzelfall von vorsätzlichem Betrug auf Systemmängel zu schließen“, sagte Philipp Geiger von der SPD-Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Presse-Agentur (DPA). „Dennoch werden wir die Landesverbände bei den regelmäßigen Gesprächen noch mal für die Problematik sensibilisieren.“



Petra Hinz Bild: Foto-AG Gymnasium Melle

In Zeiten des Internets sind auch die Abgeordneten gläsern geworden. Früher nannten sich Studienabbrecher, die ihren Lebensunterhalt in der Kneipe verdient hatten, Gastronomen. Autoren von Parteizeitungen wurden zu Journalisten. Gerne benutzt wurden auch Titel wie „Kaufmann“ oder „Unternehmer“.

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth von den Grünen hat das Abitur mit der Durchschnittsnote 1,7 abgelegt. An der Universität hat sie zwei Semester Theaterwissenschaft studiert. Anschließend war sie als Managerin einer Punkband tätig. Weil sie dann als Dramaturgieassistentin an verschiedenen Theatern tätig war, gibt sie „Dramaturgin“ als Beruf an.

Der Ethikbeauftragte der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung, Heiko Kretschmer, plädiert dafür, mögliche Abgeordnete intern stärker zu beleuchten. „Sicherlich macht es Sinn, wenn Parteien die Kandidaten vor ihrer Nominierung durch eine Wahlkommission einer Prüfung unterziehen. Dabei könnten die Eckdaten im Lebenslauf und – noch wichtiger – mögliche Interessenkonflikte überprüft werden“, erklärte er der DPA.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl regte an, dass Kandidaten ihre Angaben per Eidesstattlicher Versicherung bestätigen lassen. „Gegen ein gewisses Maß an krimineller Energie ist aber kein Kraut gewachsen“, sagt er. *Peter Entinger*

Geteilter Wohnungsmarkt

Starker Stadt-Land-Gegensatz bei den Mieten

Wie wenig zutreffend es ist, wenn pauschalisierend von „einem Wohnungsmarkt“ in Deutschland die Rede ist, macht eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln deutlich. Demnach können sich in vielen Regionen Deutschlands die Menschen heute größere Mietwohnungen leisten als noch vor sechs Jahren. An einigen Standorte, wie etwa Berlin, waren wiederum teilweise drastische Anstiege der Mietpreise zu beobachten.

Der Untersuchung zufolge sind die Mieten seit dem Jahr 2010 vielerorts weniger stark gestiegen als das verfügbare Einkommen der Haushalte. Ausgegangen ist das IW von einer Einkommenssteigerung von 11,5 Prozent und einem deutschlandweiten Anstieg der Mieten von 10,2 Prozent seit dem Jahr 2010. Ermittelt wurde, dass ein privater Haushalt im Schnitt 94 Quadratmeter Wohnfläche mieten kann, wenn er ein Viertel seines verfügbaren Einkommens dafür aufwendet. Nur in 20 der 402 Kreise liegt die Durchschnittsmiete über neun Euro je Quadratmeter, deutschlandweit zahlt man im Schnitt 6,90 Euro.

Teilweise sogar enorme Mietsteigerungen haben sich laut der IW-Studie auf wenige Standorte konzentriert. In Städten wie Berlin, Hamburg, München, Köln, Würzburg oder Offenbach, in denen die Mieten am stärksten gestiegen sind, haben dabei die Mieten die Einkommenszuwächse der letzten Jahre aufgefressen.

Am meisten Fläche kann sich der Untersuchung zufolge ein durchschnittlicher Haushalt im bayerischen Landkreis Dingolfing-Landau (126 Quadratmeter) oder im niedersächsischen Lüchow-Dannenberg ermöglichen, wo im Schnitt ein Viertel des Einkommens für 121 Quadratmeter reicht. Für den selben Anteil am Einkommen kann man sich in den Universitätsstädten Trier, Freiburg, Heidelberg und Würzburg hingegen nur rund die Hälfte der Fläche leisten. Auch Berlin schnitt nicht günstig ab. In der Hauptstadt kann für ein Viertel des Durchschnittseinkommens lediglich eine 68 Quadratmeter große Wohnung gemietet werden.

> Sorgenkinder stellen Großstädte wie Berlin oder Hamburg dar

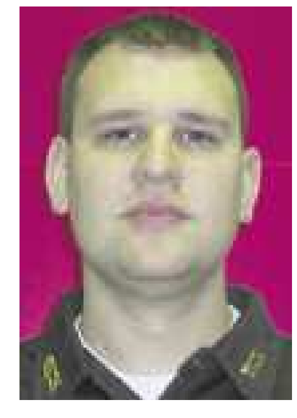
Kritisch wird es nach Ansicht des IW, wenn mehr als ein Drittel des Einkommens für die Miete aufgewendet wird. Tatsächlich sind Belastungen von einem Drittel des Haushaltsnettoeinkommens für Miete und Betriebskosten längst der Normalfall in Deutschland, wie bereits im Jahr 2010 eine Marktstudie des Immobilienverbandes Deutschland (IVD) ermittelt hat. Die Folgen bekommen speziell einkommensschwache Familien zu spüren. Bereits im Jahr 2013 hatte die Bertelsmann-Stiftung eine Untersuchung veröffentlicht, wonach eine Familie, die weniger als 60 Prozent des ortsüblichen mittleren Einkommens verdient, in 60 der 100 größten Städte Deutschlands nach Abzug der Miete im Schnitt weniger Geld zur Verfügung hat, als der Hartz-IV-Regelsatz. Festgestellt wurden hierbei auch starke Unterschiede je nach Wohnort. So gaben in Frankfurt am Main, Jena, Freiburg und München einkommensschwache Familien im Schnitt mindestens jeden zweiten Euro für die Miete aus. Andernorts, wo relativ hohe Durchschnittseinkommen auf einen entspannten Wohnungsmarkt treffen, haben Familien nach Abzug der Miete dagegen monatlich bis zu 80 Prozent des Einkommens für sonstige Zwecke übrig. *Norman Hanert*

Zeitzeugen



Trayvon Martin – 17 Jahre alt war der Junge aus Sanford in Florida als er am 26. Februar vom weißen Wachmann George Zimmerman erschossen wurde. Trotz ungeklärter Details sprach ein Gericht den Schützen frei, woraufhin sich die „Black Lives Matter“-Bewegung bildete (siehe rechts). Auch Barack Obama zweifelte in einer Rede am Urteil. Zimmermann hatte ausgesagt, dass ihn Martin von hinten angegriffen und niedergeschlagen habe. Er wies entsprechende Verletzungen auf.

Barack Obama – Die Amtszeit des ersten schwarzen Präsidenten der USA endet mit einer Verschärfung der Rassenkonflikte. Konservative Denker sehen die Gründe vor allem darin, dass es sich die schwarze Bevölkerung in einer Opferrolle bequem gemacht habe. Sie habe verlernt, Verantwortung für sich zu übernehmen, glaubt etwa der afroamerikanische Filmemacher und Soziologe Shelby Steele. Obama selbst ging in einer vielbeachteten Rede im Jahr 2013 auf eigene diskriminierende Erfahrungen als junger Farbiger ein.



Michael Krol – 2007 verließ er Familie und Freundeskreis um im 1600 Kilometer entfernten Dallas seinen Lebenstraum wahr zu machen. Nach dem Besuch der Polizeiakademie nahm er einen Job als Gesetzeshüter in der texanischen Stadt an. Als einer von fünf Polizisten wurde der 40-Jährige im Juli von einem Heckenschützen bei einer Demonstration der Black-Lives-Matter-Bewegung getötet. Der Attentäter Micah J., ein ehemaliger Soldat und Afghanistan-Veteran, wollte Schwarze rächen, die durch Polizeigewalt ums Leben gekommen waren.



Alexis de Tocqueville – Der französische Publizist, Politiker und Wissenschaftler (1805–1859) bewies geradezu prophetische Voraussicht. In seinem berühmten Werk „Über die Demokratie in Amerika“ schrieb er, dass ihn nichts mehr beeindruckt habe als die Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen. Einzige Ausnahme: das Verhältnis zwischen Schwarz und Weiß. Tocqueville sagte voraus, dass die Schwarzen auch nach Abschaffung der Sklaverei keinen angemessenen Platz in der Gesellschaft finden würden. Er schrieb „Die Ungleichheit setzt sich in dem Maße fest, in dem sie aus den Gesetzen schwindet.“

Der Krieg Schwarz gegen Blau

Die tödlichen Zusammenstöße zwischen Polizei und Farbigen erschüttern die USA

Diesmal musste sogar die Nationalgarde alarmiert werden. Wieder kam es in den USA zu schweren Krawallen, nachdem im Bundesstaat Wisconsin ein 23-jähriger bewaffneter Schwarzer von Polizisten erschossen wurde, als er aus einer Verkehrskontrolle fliehen wollte. Wo liegen die wirklichen Gründe, für die Gewaltexzesse zwischen Gesetzeshütern und Afroamerikanern?

Wer wissen will, warum in den USA Menschen sterben, sollte zunächst in die Schweiz blicken. Zwischen beiden Ländern gibt es eine erstaunliche Parallele. Nicht nur in den USA, sondern auch in der Schweiz gestatten überaus liberale Gesetze den Waffenbesitz. Abgesehen davon, dass Schweizer Armeeangehörige ihre Sturmgewehre üblicherweise zu Hause aufbewahren, sind Kauf und Besitz von Waffen und Munition jedem Bürger gestattet. In der betulichen Alpenrepublik gibt es bei rund acht Millionen Einwohnern etwa 2,5 Millionen legale Waffen.

In Europa ist die Schweiz dabei keineswegs eine Ausnahme. Finnlands fünf Millionen Bürger nennen 1,5 Millionen private Gewehre und Pistolen ihr eigen. Das Land hat eine starke Jagdtradition und ist dünn besiedelt. Bis die Polizei im Notfall vor Ort ist, können Stunden vergehen, so setzt Finnlands Gesellschaft auf die Fähigkeit ihrer Bürger, sich selbst zu verteidigen.

Genau wie in den USA. Nur scheinen in „Gods own Country“, so die stolze Eigencharakterisierung der US-Amerikaner, die Grenzen zwischen Gut und Böse, Verteidigung und Angriff gerade auf tödliche Weise zu verschwimmen. Für 2016 listet die Internetseite www.odmp.org, die „Officers Down Memorial Page“, 36 erschossene Polizisten auf. Das sei eine Zunahme von 80 Prozent, ist dort zu lesen. Die Verluste der Gegenseite hält www.killedbypolice.net bereit. In diesem Jahr überlebten 753 Menschen die Begegnung mit Polizisten bislang nicht. Gut ein Viertel sind Schwarze. Letzter Fall: der 34-jährige Kelley Brandon Forte, erschossen am 22. August, als er in einem Drogeriemarkt eine Verkäuferin mit einem Messer bedrohte.

> Einer von zwölf Schwarzen sitzt im Gefängnis

Andere Todesschüsse sind weniger gerechtfertigt. Kaum erträglich sind die Handyaufnahmen, die zeigen, wie der 50-jährige Walter Scott im US-Bundesstaat South Carolina sein Leben lassen muss. Ein weißer Polizist hatte den Autofahrer angehalten, weil das Rücklicht seines Mercedes defekt war. Scott will sich nicht ausweisen und läuft mit den schwerfälligen Bewegungen eines übergewichtigen, völlig untrainierten Menschen davon, Er kommt nur wenige Meter weit, bevor ihn die tödlichen Schüsse des Polizisten in den Rücken treffen.

Gefangene werden anscheinend ungern gemacht im Krieg zwischen den Schwarzen und den Blauuniformierten. Die Gründe für die Gewaltexzesse allerdings sind komplizierter als vielfach dargestellt. Der allgegenwärtige Waffenbesitz scheint ebenso wenig der Auslöser zu sein wie rassistische Vorurteile bei den Polizisten, die ebenfalls oft genug afroamerikanischer Herkunft sind. Geraten die Gesetzeshüter an einen Schwarzen, haben sie es tatsächlich sehr viel häufiger mit einem gewalttätigen Kriminellen zu tun als bei jeder anderen Bevölkerungsgruppe. Sie stellen in New York 23 Prozent der Einwohner, verüben aber drei Viertel aller Überfälle mit Schusswaffengebrauch. Etwa 6000 schwarze Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren sterben jedes Jahr in den USA, weil sie von anderen Schwarzen umgebracht werden. Ihr Risiko eines gewaltsamen Todes zu sterben, ist sechsmal so hoch wie das von Weißen und Hispano-Amerikanern. Von zwölf arbeitsfähigen männlichen Afroamerikanern befindet sich einer im Gefängnis, bei Weißen beträgt das Verhältnis eins zu 87.

Die konservative Journalistin Heather McDonald schreibt in ihrem jüngst erschienenen Buch „The War on Cops“, der „Krieg gegen die Polizei“, dass die Eliten der USA in den vergangenen 20 Jahren zwar wie im Fieber über den Rassismus innerhalb der Polizei geredet hätten, aber nicht über die Verbrechen der Schwarzen. Die nervösen Überreaktionen der Polizisten seien letztendlich dem Risiko geschuldet, dem sie ausgesetzt sind, wenn sie sich im Dienst einer verdächtigen Person gegenübersehen. Viele unbescholtene Afroamerikaner seien überdies froh über konsequent durchgreifende Ordnungshüter, die in ihrem Viertel, den Terror der Gangs eindämmen. *Frank Horns*



Blicke voller Hass: Bewachter Gedenkmarsch für einen von Polizisten erschossenen Schwarzen in Baltimore Bild: action press

Die Macht der schwarzen Protestler

Ganz Zorn, ganz Empörung ist die 35-jährige farbige US-Journalistin Alicia Garza, als sie im Juli 2013 vom Freispruch des George Zimmerman in Florida hört. Der 28-jährige weiße Wachmann war angeklagt, den 17-jährigen Schüler Trayvon Martin (siehe links) erschossen zu haben. Das Gericht entschied, dass er in Notwehr gehandelt habe.

„Schwarze! Ich liebe euch. Ich liebe uns. Unser Leben zählt“, hämmert Alicia Garza in die Tasten und versendet ihre Nachricht via Facebook. Binnen Kurzem wird daraus der Slogan „Black Lives Matter“, Schwarzes Leben zählt. Eine gleichnamige Bewegung entsteht. Rassismus, Polizeibrutalität und Gewalt gegen Schwarze sollen angeprangert werden. Anfangs ist Black Lives Matter (BLM) nur in den Sozialen Medien des Internets aktiv, dann verlagert sich der Protest auf die Straße. Es gibt Demonstrationen, Kundgebungen und sogenannte „Die-ins“. Protestler legen sich in der Öffentlichkeit auf ein Signal hin wie tot auf den Boden.

Antisemitismus bei Black Lives Matter?

Die Aktionen haben Erfolg: Polizeichefs werden entlassen. Ein Uni-Präsident muss zurücktreten, da er – so der BLM-Vorwurf – zu wenig gegen den Rassismus auf seinem Campus getan habe. 2014 wird „BlackLivesMatter“ zum Wort des Jahres in den USA. Beide Präsidentschaftskandiaten nehmen Stellung zur Bewegung. Trump wirft ihr vor, letztendlich zur Gewalt an Polizisten beizutragen.

So einflussreich die Protestler sind, so niedrig war bislang ihr Organisationsgrad: Als spontane Bewegung, als loses Netzwerk von Aktivisten, die über das ganze Land verteilt sind, trat BLM auf. Seit Anfang August allerdings beansprucht eine Koalition von ungefähr 60 Gruppen, für alle anderen zu sprechen. Ihre Vertreter haben gleich einen handfesten Skandal ausgelöst. In einem obskuren Manifest im Internet nennen sie Israel einen Apartheitsstaat und beschuldigen das Land des Genozids an den Palästinensern. *FH*

Sperling und Habicht

Ein Melting Pot, ein Schmelztiegel der Rassen, sind die USA nicht

Wenn es um das Zusammenleben von Schwarz und Weiß ging, hatte der weltberühmte US-Sportler eine klare Meinung. Er äußerte sie 1971 in einer Talkshow der englischen BBC: „Es ist besser, unter seinesgleichen zu bleiben. Meine Kinder sollen so aussehen wie ich. Ich will meine Rasse nicht beschmutzen.“ Mit diesen Worten erklärte Muhammad Ali, der jüngst verstorbene größte Boxer aller Zeiten, einem ziemlich entgeisterten TV-Moderator den Grund, warum er sich niemals mit einer Weißen einlassen würde. Als sein Gegenüber widersprach, verwies Ali auf die Vogelwelt. Habichte würden sich nun mal nicht mit Sperlingen paaren, blaue Vögel nicht mit roten. Das habe Gott nicht so gewollt.

Auch in den 70er Jahren, hätte man wohl niemandem außer der Box-Ikone derartige Äußerungen durchgehen lassen, dennoch weist der unverblümte Rassismus des Muhammad Ali auf die amerikanische Realität hin – damals wie heute. „Als Einwanderungsland sind die USA eine multiethnisch segmentierte Gesellschaft“, stellt Jörg Nagler, Jenaer Professor für nordamerikanische Geschichte in einer Schrift der Bundeszentrale für politische Bildung fest.

In der 330-Millionen-Einwohner-Nation jenseits des Atlantiks pflegen Weiße, Schwarze, Indianer, Asiaten und Hispano-Amerikaner die Distanz. Mischehen sind ebenso die Ausnahme wie ein weißes Gesicht in einem schwarzen Stadtviertel. Afroamerikaner und „Hispanics“ halten ebenfalls nichts von Tuchfühlung. Wehe der jungen Latina, die es wagt, ihren Eltern einen schwarzen Freund zu präsentieren. Sorgen müssen sich Mutter und Vater deswegen ohnehin kaum machen. Das zeigen etwa soziologische Auswertungen von weiblichen Profilen in US-amerikanischen Internetbörsen. Fast alle Frauen, die online nach dem Liebesglück suchen, filtern die möglichen Partner so aus, dass nur Angehörige der gleichen Rasse übrig bleiben.

In den USA selber ist daher auch nicht mehr vom „Melting Pot“, dem Schmelztiegel, die Rede. Dort, so die alte Vorstellung, würden die Einwanderer zu einer homogenen Nation von US-Amerikanern verschmelzen. Heutzutage soll das Bild von der „Salad Bowl“ den realen Zustand beschreiben. In der Salatschüssel mischen sich die verschiedenen Bestandteile der Speise, ohne ineinander aufzugehen. Im Ganzen aber würden sie dann allerdings doch eine harmonische Mischung ergeben – so lautet zumindest die hoffnungsfrohe Interpretation der Optimisten. *FH*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

In Berlin droht »Weimarer« Chaos

Umfrage: SPD, CDU, Grüne, »Linke« und AfD liegen alle ähnlich – Koalitionsbildung kompliziert



Die Zeit der großen, starken Volksparteien ist vorüber: Wahlwerbung an Berlins Frankfurter Allee

Bild: pa

Nur wenige Wochen vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September hat sich SPD-Spitzenkandidat Michael Müller klar für ein rot-grünes Regierungsbündnis ausgesprochen. Allerdings drohen diesmal außergewöhnlich schwierige Koalitionsverhandlungen. Berlins neue Landesregierung könnte deshalb am Ende doch anders aussehen, als sich dies die SPD-Führung wünscht.

Für Berlins SPD-Chef und Regierenden Bürgermeister Michael Müller liegt es bei den Grünen, eine Entscheidung zu treffen. „Wollen sie weiter den schwarz-grünen Traum mit der Henkel/Czaja-CDU träumen, oder sind sie bereit zu einer rot-grünen Koalition der Weltoffenheit und sozialen Verantwortung?“, fragt Müller in einem Gastbeitrag für den „Tagesspiegel“.

Gewürzt ist das Angebot mit einem kräftigen Seitenhieb in Richtung des derzeitigen Koalitionspartners CDU: Die Union gehe „am rechten Rand der Gesellschaft auf Stimmenfang“ und versuche zu spalten. „Häuserwahlkampf, Burkaverbot, Bundeswehr im Inneren oder Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft – die Kette der verzweifelten Stimmenhascherei wird immer länger“, stichelt Müller gegen die Themen des CDU-Wahlkampfs.

Skeptiker fragen sich, ob der SPD-Spitzenmann gut beraten war, sich vor den Wahlen so eindeutig festzulegen. In Berlin droht eine Regierungsbildung, die gleich aus mehreren Gründen außergewöhnlich kompliziert werden könnte: So liegen fünf Parteien in den Umfragen fast gleichauf. Sollte eine Partei am 18. September nur mit einem Vorsprung von einigen wenigen Prozentpunkten in Führung gehen, dürfte es ihr schwerfallen, sich noch überzeugend als „führende politische Kraft“ zu präsentieren. Nach den Umfragen deutet alles darauf hin, dass in Berlin künftig drei Parteien koalieren müssen. Rot-Grün hat nach den bisherigen Umfragewerten keine Mehrheit für eine Regierungsbildung.

Auffallend am Vorstoß des SPD-Spitzenkandidaten ist allerdings nicht nur, dass die Realisierungschancen nur gering sind. Nachdem bereits das Verhältnis zum derzeitigen Koalitionspartner CDU als völlig zerrüttet gelten kann, hat die SPD-Spitze nun auch noch die Linkspartei düpiert. Als Rache dafür könnten sich die Dunkelroten ihre Bereitschaft zu einer Koalition nach der Wahl möglicherweise teuer bezahlen lassen.

> Ein Bündnis wie in Sachsen-Anhalt wäre möglich

Mit Blick auf Müllers Plädoyer für Rot-Grün hielt der Landeschef der „Linken“, Klaus Lederer, den Berliner Sozialdemokraten inzwischen bereits vor, das „Gespür für die Realität verloren“ zu haben. Die Linkspartei droht auch deshalb ein unbequemer Koalitionspartner zu werden, weil die Partei unter erheblichem Druck steht, seit sie bei Landtagswahlen ganz massiv Wähler an die AfD verloren hat. Regelmäßige populistische Vorstöße und die Neigung, unbequeme Entscheidung der eigenen Regierungskoalition nicht mitzutragen, könnten die Folge dieses Drucks auf die Linkspartei sein.

Ganz gleich, welche Farbvariation am Ende zum Zuge kommt, ein weiteres Dreierbündnis wird von Beobachtern mit Blick auf das politische System Deutschlands ohnehin skeptisch gesehen. Koalitionen wie die schwarz-rot-grüne in Sachsen-Anhalt erinnern an die Weimarer Republik, die Zeit der großen, starken Volksparteien scheint vorbei.

Wie sich bei Wahlen immer öfter zeigt, haben CDU und SPD mittlerweile so stark an Zustimmung eingebüßt, dass sie zum Machterhalt einen dritten Partner als Mehrheitsbeschaffer benötigen. Dabei wächst mit der Zahl von Bündnispartnern nicht nur das Risiko von Regierungskrisen. Gezeigt hat sich ebenso, dass lang andauernde Große Koalitionen oder breite Mehrparteienbündnisse nur noch den Stillstand des politischen Geschehens verwalten oder dazu missbraucht werden, Sonderinteressen durchzusetzen.

Gerade für die Berliner Landespolitik könnte ein weiteres Anwachsen der Politikverdrossenheit in der Stadt die Folge sein. Belastend kommt im Fall der Wahlen an der Spree hinzu, dass sie eine erhebliche bundespoltische Signalwirkung haben. Ein Jahr vor den Bundestagswahlen könnte eine Regierungsbildung in Berlin durchaus Einfluss darauf haben, ob die Grünen ab Herbst 2017 wieder an einer Bundesregierung beteiligt sein werden.

Wie Forsa in der ersten Augusthälfte ermittelt haben will, reichte es auf Bundesebene derzeit nicht für Rot-Grün und selbst für Rot-Rot-Grün nur sehr knapp. Rechnerisch denkbar wäre eine Fortsetzung der Großen Koalition oder aber ein Bündnis zwischen der Union und den Grünen. Diejenigen Politiker, die eine Option Schwarz-Grün im Hinterkopf haben, um ab Herbst 2017 wieder an einer Bundesregierung beteiligt zu sein, dürften deshalb die Entwicklung in Berlin gespannt verfolgen.

Etliche Punkte dürften dabei Kopfzerbrechen bereiten: So ist der Berliner Landesverband der Grünen kaum vergleichbar mit dem in Baden-Württemberg. Es fehlt an Persönlichkeiten wie Winfried Kretschmann, die auch außerhalb der Stammklientel ankommen. Mehr noch: Mitbestimmt wird das Bild, das sich die Öffentlichkeit von den Grünen in Berlin macht, von Linksauslegern wie der Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann. Dennoch rechnen manche Beobachter in Berlin damit, dass nach dem 18. September bei den Grünen auch Forderungen laut werden, die sich nach dem Modell Sachsen-Anhalts für eine Koalition mit CDU und SPD aussprechen – ein Pakt, dem viele Hauptstädter mit Grausen entgegen sehen. *Norman Hanert*

Tapfere Drogendealer!

Von Vera Lengsfeld

Drogendealer machen Kreuzberg zu schaffen, besonders im Görlitzer Park, wo sie entgegen einer stillen Abmachung mit der Kreuzberger Bürgermeisterin Monika Herrmann ihre Ware auch auf Kinderspielplätzen gehortet haben, wo sie prompt vom Nachwuchs gefunden wurde.

Die Bilanz der Polizei ist erschreckend: Die „B.Z.“ berichtet von insgesamt 875 Strafanzeigen seit Januar dieses Jahres. Darunter 680 Drogendelikte, 24 Körperverletzungen, 34 Raubüberfälle und 169 Taschendiebstähle. Die Zahl wird insgesamt viel höher sein, weil insbesondere Taschendiebstähle nicht alle angezeigt werden.

Aber jetzt haben die verantwortungsvollen Stadträte von Rot-Rot-Grün und „Piraten“ die ultimative Lösung des Problems gefunden. Der grüne Baustadtrat Hans Bahnhof hatte ein „Handlungskonzept Görlitzer Park“ in Auftrag gegeben. Es machten sich Sozialarbeiter, Mitarbeiter des Bezirksamtes und einige Anwohner daran und erarbeiteten ein Papier, das sich wie eine Satire liest, aber ganz ernst gemeint ist.

Vorgeschlagen wird eine Umarmungsstrategie. Man wolle mit den Afrikanern reden, doch bitte, bitte ihre (Drogen-) Angebote „weniger aggressiv und bedrängend“ zu machen. Zur diskreten Unterstützung dieses Anliegens sollen auch Flugblätter verteilt werden. Die Autoren sind überzeugt, dass auf diese Weise auch Diebstähle, Vergewaltigungen und Raubüberfälle verhindert werden können. Bezirksbürgermeisterin Herrmann ist sich sicher, dass die Anwohner des Parks nicht wollten, dass „die Menschen einfach vertrieben werden“. Da ist Integration die Alternative.

Wie die Drogenrealer auf den genialen Plan reagieren, der in der Stadtverordnetenversammlung von den genannten Parteien durchgewinkt wurde, ist nicht bekannt.

Ich habe eine Idee. Der Stadtverordnetenversammlung liegt ein bislang nicht bearbeiteter Antrag des amerikanischen Künstlers Scott Holmquvist vor, ein Denkmal für afrikanische Drogendealer zu errichten. Holmquist schreibt in seiner Begründung, dass Drogendealer einen „gesellschaftlich wertvollen und von vielen Menschen geschätzten Dienst“ leisteten. Die Arbeit des Drogendealers sei wie jede andere, nur gefährlicher.

Durch die „mutige Besetzung öffentlicher Räume“ protestierten die Drogendealer gegen das ihnen verweigerte Arbeitsrecht. Damit erschlössen sie sich „eine gewisse Freiheit außerhalb des normativen Systems“. Außerdem seien ihre Dienstleistungen, also der Handel mit illegalen Drogen, für die Bürger eine Möglichkeit, „ihre Bewusstseinsfreiheit als Bürgerrecht wahrzunehmen“. Also her mit dem Denkmal und die Namen der tapferen Dealer darauf verewigt!

Kuhhandel um Asylkosten

Länder sollen auf Mitsprache bei Immobilienverkäufen verzichten

Fünf Hektar groß und zentrumsnah gelegen ist das sogenannte Dragoner-Areal in Berlin-Kreuzberg ein Zankapfel, an dem ein grundsätzlicher Streit zwischen Bund und Ländern entflammt ist, wer das letzte Wort beim Verkauf von bundeseigenen Grundstücken hat. Eigentümer des Geländes, das zur Kaiserzeit Standort des Garde-Dragoner-Regiments war, ist der Bund.

Der will das Areal zu einem höchstmöglichen Preis abgeben, was sowohl beim Grünen-geführten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg als auch beim Senat auf hartnäckigen Widerstand stößt. Bei einem mittlerweile vereinbarten Grundstückspreis von 36 Millionen Euro würden vor allem hochpreisige Luxusquartiere, aber keine Sozialwohnungen entstehen, so die Befürchtung. Der Protest könnte Folgen haben, denn bislang haben die Länder bei wichtigen Immobiliengeschäften des Bundes über den Bundesrat die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen.

Genau dies ist im Fall des Dragoner-Areals geschehen: Auf Druck der SPD-geführten Länder stoppte der Bundesrat den Verkauf. Der Senat hat das Gelände daraufhin zum Sanierungsgebiet erklärt und angekündigt, dass dort „Mietwohnungsbau für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen“ entstehen soll.

> Am Berliner Dragoner-Areal wird klar, worum es geht

Doch inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Streitfällen wie beim Dragoner-Areal in Zukunft das Recht des Bundesrates zur Mitbestimmung abschaffen will. Laut „Tagesspiegel“ will Schäuble die Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten von Asylbewerbern und das Mitspracherecht des Bundesrates bei wichtigen Bundesimmobilien faktisch miteinander verknüpfen.

Im Klartext: Die Länder erhalten Milliarden zur Bewältigung der Integrationskosten von Asylsuchern dafür, dass der Bundesrat auf sein Mitspracherecht bei der Verwertung wichtiger Bundesimmobilien verzichtet. Allerdings soll Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) inzwischen mitgeteilt haben, dass er dem Gesetzentwurf des Finanzministeriums in dieser Form nicht zustimmen werde.

Offen bleibt, wie sich die Bundesländer in der Angelegenheit verhalten: Sie haben lange mit dem Bund um Milliarden für die Integration gerungen, zudem winkt die Aussicht, bei Immobiliengeschäften künftig direkt mit dem Bund, ohne Einschaltung des Bundesrates, verhandeln zu können. *N.H.*

Streit um Burkini

Islamischer Badeanzug löst Disput aus

Mutter und Tochter einer aus dem Libanon stammenden Familie haben im brandenburgischen Bad Saarow einen Streit verursacht. Die beiden Frauen wollten in der Therme mit ihrem der Burka nachempfundenen radikal-islamischen Badeanzug – Burkini genannt – baden. Proteste anderer Gäste veranlassten den Bademeister, die beiden zu bitten, mit anderer Badebekleidung wiederzukommen. Daraufhin verließen die beiden das Bad, erklärten im Sender RBB, man habe sie beleidigt, sie fühlten sich diskriminiert und erstatteten Strafanzeige bei der Polizei wegen Beleidigung.

> Politischer Beistand für Musliminnen

Der Thermenbetreiber sei „nicht glücklich“ über den Vorgang, heißt es. Die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, Doris Lemmermeier, und die Integrationsbeauftragte, Monika von der Lippe, übten massive Kritik am Thermenbetreiber.

In der Frage eines Verbots des Tragens einer Burka hat der Verfassungsrechtler Rupert Scholz darauf hingewiesen, dass das in Frankreich schon lange geltende Verbot dieser radikal-islamischen Kleiderordnung für Frauen 2014 vom Europäischen Gerichtshof gebilligt wurde, da es nicht gegen europäisches Recht verstoße.

An der französischen Riviera und auf Korsika kam es jüngst zu Auseinandersetzungen zwischen einheimischen Badegästen und Moslems, die mit ihrem Burkini baden gehen wollten. Im Ferienort Sisco auf Korsika – wo es bis dahin kein Bukiniverbot gab – erließ der Bürgermeister nach einem Streit mit Moslems kurzer Hand ein entsprechendes Verbot. *Hans Lody*

Ex-»Linke«-MdL vor Gericht

Der ehemalige Brandenburger Landtagsabgeordnete Peer Jürgens (Linkspartei) muss sich ab dem 18. Oktober wegen eines Betrugsvorwurfs vor dem Amtsgericht Potsdam verantworten. Medienberichten zufolge wirft die Staatsanwaltschaft dem 36-Jährigen vor, seit 2004 mehr als zehn Jahre lang in seiner Zeit als Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender der Linkspartei im Kreis Oder-Spree durch falsche Angaben zu seinem Hauptwohnsitz etwa 87 000 Euro zu Unrecht vom Landtag kassiert zu haben. Dabei soll es um 69 700 Euro Fahrtkosten durch falsche Angaben zu seinem Wohnort und 17 000 Euro an Zuschüssen für einen Zweitwohnsitz in Potsdam gehen. Vorgeworfen wird Jürgens zudem Wahlfälschung bei der Kommunalwahl 2014 für den Kreistag Oder-Spree. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hätte Jürgens im Jahr 2014 überhaupt nicht zur Kreistagswahl antreten dürfen, weil er seinen Hauptwohnsitz in Potsdam gehabt haben soll. *N.H.*

MELDUNGEN

IS-Helfer auch in den USA

Washington – Der Fall des 36-jährigen Polizisten Nicholas Young, der im Hauptquartier der Metro-Polizei in Washington verhaftet wurde, wirft ein Schlaglicht auf die Unterstützung der Terrororganisation IS durch Menschen in den USA. Laut der Forschungsstelle über Extremismus der George-Washington-Universität ist Young die 100. Person, die seit März 2014 in den USA deshalb verhaftet wurde. Young hatte versucht, Spenden und mobile Kommunikationsgeräte für den IS zu beschaffen und war dabei auf einen verdeckten Ermittler des FBI gestoßen. Er stand bereits seit sechs Jahren unter Beobachtung, nachdem er nach Libyen gereist war, um gegen Gaddafi zu kämpfen. Regelmäßig traf er sich mit dem Terroristen El Khalifi, der ein Selbstmord-Attentat auf das Capitol plante. *F.W.S.*

Polen schiebt konsequent ab

Warschau – Seit Beginn des Jahres hat Polen mehr als 42 000 illegalen Zuwanderern die Einreise verweigert. Damit setzt es sein eigenes Flüchtlings- und Sicherheitskonzept trotz heftiger Kritik der EU konsequent um. Schließlich müsse man das polnische Hoheitsgebiet schützen, erklärte die Sprecherin des polnischen Grenzschutzes, Agnieszka Golias. Außerdem würden sich die Abschiebungen und Zurückweisungen mit dem Schengener Grenzkodex im Einklang befinden. Bei den Zuwanderern handelt es sich vor allem um Tschetschenen, die per Bahn über Weißrussland einzureisen versuchen. Auch Tadschiken versuchen vermehrt, nach Polen zu gelangen. In diesem Jahr wurden bereits 4300 Staatsbürger der ehemaligen Sowjetrepublik abgewiesen. Im vergangenen Jahr waren es insgesamt nur gut 600. *J.H.*

Wer Clintons Wahlkampf bezahlt

Im Gegensatz zu Donald Trump lässt sein Pendant von den Demokraten sich von anderen finanzieren

Wahlkämpfe kosten insbesondere in den USA Geld. Hier hat die Kandidatin der Demokraten, Hillary Clinton, bereits bei der Auswahl ihrer Spender ein sicheres Händchen bewiesen. Wie die US-Zeitung „Politico“ mitteilte, spendeten allein in der Spanne von Anfang 2015 bis zum Februar dieses Jahres rund 50 Firmen aus dem politisch-militärischen Komplex an Clinton.

Wer sich von anderen seine Kampagne bezahlen lässt, ist diesen anderen auch Gefallen schuldig



Gilt nicht umsonst als Verkörperung des politischen Establishments: Hillary Clinton *Bild: Gage Skidmore/CF*

Nicht erst in der finanziellen Hochkonjunktur des Wahlkampfes spielt bei Clintons Finanzen die familieneigene Stiftung eine zentrale Rolle. Solche Einrichtungen sind bei den Reichen und Superreichen der USA sehr beliebt, denn mit dem Etikett der Gemeinnützigkeit lassen sich Unsummen an Steuern sparen und bei Bedarf auch die Quellen einzelner Geldbeträge verschleiern. Allerdings scheinen sich die Geld-Routiniers der alten Ostküsten-Elite dabei geschickter anzustellen als die neureichen Clintons. Bei denen gibt es Anlass zur Verwunderung.

Der „Charity Navigator“ eine Organisation zur Überprüfung der Gemeinnützigkeit und Korrektheit solcher Stiftungen, hat die Clinton-Organisation auf ihre Beobachtungsliste gesetzt. Das bedeutet Anfangsverdacht, das Geschäftsmodell sei „atypisch“. „Better Business Bureau“, eine andere Kontroll-Instanz, bemängelte, bei der Clinton-Stiftung fehlten die Leistungsprüfungen für ihren Chef und die Organisation insgesamt. Auch seien die Finanzangaben in den Jahresberichten lückenhaft. Da wird schnell klar: Bei Meidung der Vorschriften werden die Möglichkeiten einer Stiftung erheblich größer.

Mag es bei den Clintons auch an Kontrolle fehlen, an Geld fehlt es nicht. Zu den größten Spendern dürfte Saudi-Arabien gehören. Dabei weitet sich die Zweierbeziehung der Außenministerin Hillary zur US-Rüstungs-Industrie zum Dreieck Hillary-US-Rüstung-Saudis aus, eine harmonische Gemeinschaft. Der Gründer von Wikileaks, Julian Assange, vermutet, dass die Saudis der größte Geldgeber der Clinton-Stiftung sind. Sie sollen 20 Prozent der Wahlkampfkosten für die Kandidatin tragen. Das jedenfalls sagte der saudische Vize-Kronprinz Mohammad bin Salman.

Vor diesem Hintergrund drängt sich ein Handel aus dem Jahr 2011 ins Gedächtnis. Clinton war Außenministerin und machte sich daran, für 29 Milliarden US-Dollar F-15-Kampfjets von Boeing an die Saudis zu verkaufen, ein ziemlicher Brocken, selbst in diesem Kontext. Sofort protestierten die Israelis, doch die Ministerin drückte die Sache durch. „Der Deal war eine Spitzen-Priorität von Frau Clinton“, erklärte damals Clintons Stellvertreter Andrew Shapiro. Was die Saudis anging, so hatten sie bereits in den Jahren zuvor mindestens zehn Millionen Dollar an die Clinton-Stiftung gespendet, Boeing trug nach dem Handel auch sein Scherflein bei: 900 000 Dollar.

Selbstverständlich kommen derlei Skandale an die Öffentlichkeit, doch die Clintons haben ein dickes Fell. Wenn es nottut, verdeckt man die Erinnerung an einen alten Skandal durch einen neuen. So berichtete die „New York Times“, dass in den Jahren zwischen 2009 und 2013 ein großes US-Uran-Unternehmen Stück für Stück vom russischen Rosatom übernommen wurde. Da wurden naheliegenderweise Vorwürfe laut, Clinton hätte das verhindern müssen. Hat sie nicht, aber aus dem Umfeld der Firma, die den Verkauf betrieben hatte, der Urasia Energy Ltd., kam für die Clinton-Stiftung eine Spende von mehreren Millionen Dollar.

Da dieser Handel so gut gelaufen war, ging es bald auf ein Neues. Der Chef von Urasia, Frank Giustra, unternahm anno 2005 mit Bill Clinton einen Ausflug nach Kasachstan. Clinton lobte die demokratischen Tugenden des dortigen Machthabers, Giustra unterzeichnete einen Vertrag über eine Beteiligung an drei kasachischen Uranminen. Die Clinton-Stiftung bekam kurze Zeit darauf von Giustra eine Zuwendung von 31,3 Millionen Dollar, schreibt zumindest die „New York Times“.

Ein weiterer Gönner der Clinton-Stiftung ist der französische Hersteller von Baustoffen Farage, mit einem Umsatz von 13 Milliarden Euro im Jahr 2014 der größte auf der Welt. Diesem Konzern kam die französische Zeitung „Le Monde“ auf die Schliche. Die Herren mit dem Zement trugen nämlich Sorge, angesichts des Krieges dort können ihre Geschäfte in Syrien einbrechen. Wiederum Assange fasst zusammen, was die Zeitung ans Licht gebracht hat: „Die Untersuchung hat gezeigt, dass das Unternehmen dem Islamische Staat sogenannte Steuern gezahlt hat, um in bestimmten Gebieten Syriens agieren zu dürfen. Im Grund hat es mit den Terroristen verschiedenste Geschäfte abgeschlossen. Man habe keine andere Möglichkeit gehabt, rechtfertigte sich die Firma. Und erst unlängst, in den Jahren 2015 bis 2016, sind Gelder von Lafarge an die Clinton Foundation geflossen.“ Ein Schuft, der böses dabei denkt, schließlich ist Hillary mit dem Unternehmen auf Du und Du, denn sie war einst Mitglied des Vorstandes der Firma.

Insgesamt muss man sich um die Finanzen der Clintons durchaus keine Sorgen machen. Für alle Fälle stekken sie etwa die Hälfte ihrer Wahlkampfspenden in die Stiftung, Dort ist das Geld wohlverwahrt. Dem ausgeschiedenen Bernie Sanders wiederum scheinen ein paar Kreuzer geblieben zu sein. Er nämlich, der Engel der Armen, kaufte sich dieser Tage ein Sommerhaus für 600 000 Dollar. Aus der Reihe tanzt auch hier wieder Donald Trump. Der nimmt sein eigenes Geld und geniert sich nicht einmal dafür. *Florian Stumfall*

Retourkutsche gegen Trump

»New York Times« wirft Chefberater Paul Manafort Korruption vor

Die von der „New York Times“ entfachte Medienkampagne gegen Donald Trumps Chefberater Paul Manafort war erfolgreich: Er trat von seinem Posten als Chef von Trumps Beraterstab zurück. Zuvor hatte das Blatt ihn beschuldigt, Geld aus der Ukraine an Lobbyisten in den USA verschoben zu haben.

Wie die „New York Times“ erfahren haben will, wurden Manafort von Kreml-freundlichen Kräften angeblich 12,7 Millionen US-Dollar Schwarzgeld gezahlt. Dies hatten Korruptionsermittler in der Ukraine einer von Hand geschriebenen Geheimakte entnommen, auf denen Manaforts Name erschienen war. Ob Manafort diese Summen tatsächlich erhalten hat, ist indessen unklar. Er selbst bestreitet es.

Unstrittig ist, dass Manafort seit 2005 in der Ukraine tätig war. Zunächst beriet er eine Holding des ostukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow, der selbst Viktor Janukowitschs Partei der Regionen nahestand, später änderte Mana-fort das Image sowohl der Partei als auch Janukowitschs, was diesem maßgeblich zum Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2010 verholfen haben soll. Laut Recherchen der Nachrichtenagentur AP soll Manafort 2012 dabei geholfen haben, 2,2 Millionen Dollar aus dem Umfeld der Partei der Regionen an zwei Lobby-Firmen in Wa-shington weiterzuleiten. Das wird jetzt zum Anlass für den Vorwurf genommen, er habe einer prorussischen Partei in der Ukraine dazu verholfen, Einfluss auf die US-amerikanische Politik zu nehmen.

Manafort wird darüber hinaus als Diktatorenfreund gebrandmarkt, weil er neben Janukowitsch auch Ferdinand Marcos auf den Philippinen und Mobutu Sese Seko in Zaire beraten hatte. Eher nebenbei erwähnt wird dabei, dass er auch bei Wahlkampagnen republikanischer Politiker wie Gerald Ford, Ronald Reagan und George W. Bush mitgearbeitet hat.

Aufgedeckte Geheimakten versus Clinton-Mails

Interessant ist, dass das ukrainische Antikorruptionsbüro, auf das sich die „New York Times“ stützt, erst jetzt, mitten in der heißen Phase des amerikanischen Wahlkampfs auf die Existenz einer schwarzen Liste der Partei der Regionen gestoßen sein will. Manafort war lediglich bis 2012 für die Janukowitsch-Partei und bis 2014 für deren Nachfolgepartei Oppositioneller Block tätig, zuletzt also vor zwei Jahren. Zudem muss jeder Lobbyist auf der Seite des US-Justizministeriums eine offizielle Erklärung abgeben darüber, welches Geld er für seine Lobbyisten-Tätigkeit erhalten hat, von welchem Land, wie viel und für welche Dienste er bezahlt wurde. Dort tauchen neben Manafort auch die Namen anderer amerikanischer Berater auf, die mit Julia Timoschenko, Wladimir Litwin, Vitalij Klitschko und einer Reihe anderer ukrainischer Politiker zusammengearbeitet haben. Woher kommt also die mediale Entrüstung über Manafort?

Der Skandal um Manafort zielt auf die vielfachen Putin-freundlichen Äußerungen des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump ab, die vor Kurzem darin gipfelten, dass er Russland aufforderte, die von Hillary Clinton 33 000 illegal gelöschten E-Mails aufzuspüren und dem FBI zu übergeben. Während Trump den E-Mail-Skandal, der darin besteht, dass Clinton vertrauliche Mails über einen privaten Server verschickt und nach Bekanntwerden einen Großteil gelöscht hat, für sich nutzt, schießen Clintons Unterstützer, wozu auch die „New York Times“ zählt, mit der ukrainischen Geheimakte zurück. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Singapur im Fadenkreuz

Sechs einheimische Islamisten planten Raketenangriff

Am 6. August verhafteten indonesische Sondereinheiten sechs einheimische Mitglieder einer mit dem Islamischen Staat (IS) verbündeten Terrorgruppe, die von der nur 16 Kilometer gegenüber Singapur gelegenen Insel Batam einen Raketenangriff auf den Staatstadt geplant hatten. Damit wurde endgültig klar, dass ein äußerst wichtiger Partner der USA in Südostasien in das Visier weltweit operierender Fanatiker geraten ist.

Premierminister Lee Hsien Loong, Sohn des Gründungsvaters Lee Kuan Yew, hatte den Vereinigten Staaten anlässlich des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern Anfang dieses Monats einen Besuch abgestattet. Während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Barack Obama gab er am 2. August bekannt, dass man als Beitrag zum Kampf gegen den IS eine neue, aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht genau definierte medizinische Mission der Singapurischen Streitkräfte in den Irak entsenden würde. Dies käme sowohl den Einheimischen als auch den Soldaten der Koalition gegen den Islamischen Staat zugute, der Singapur als erster südostasiatischer Staat im November 2014 beigetreten war.

Verteidigungsminister Ng Eng Hen verkündete wenig später auf Facebook, dass Soldaten der neugeschaffenen Eingreiftruppe der Armee zum Schutze des ärztlichen Personals abkommandiert werden würden. Mit der erst in diesem Jahr ins Leben gerufenen Army Deployment Force will man sich im Inland vor transnationalen Bedrohungen wie dem Terrorismus schützen.

Das kleine, aber strategisch wichtige Land weist bei rund 5,7 Millionen Einwohnern knapp 15 Prozent Moslems auf. Die meisten sind Einheimische malaiischer Herkunft, aber es gibt auch viele Gastarbeiter islamischen Glaubens. Die Verhaftung von 27 terrorverdächtigen Bangladeschis im Januar und weiteren acht im Mai sowie die Festnahme eines Singapurers Ende Juli wegen dessen offener Unterstützung des IS machen das wachsende Bedrohungspotenzial dieser fünfte Kolonne des Islam deutlich. Der Premier ist sich dessen bewusst und warnte in seiner Ansprache zum 51. Unabhängigkeitstag am 9. August vor Kräften, die die multikulturelle Gesellschaft Singapurs zerreißen könnten. Er forderte daher alle Staatsbürger auf, im Falle eines terroristischen Anschlags zusammenzustehen. Ansonsten drohe das Land auseinanderzufallen.

Die verantwortliche Terrorgruppe ist mit dem IS verbündet

In der Region wächst sowieso das Bewusstsein, einer wachsenden Bedrohung durch islamische Extremisten effektiver begegnen zu müssen. Nach dem ersten Treffen dieser Art in Sidney 2015 fand vom 8. bis zum 11. des laufenden Monats auf der Insel Bali der Zweite Gipfel zur Finanzierung der Terrorismusabwehr statt. Über 200 Experten aus 26 Nationen, darunter Australien, Großbritannien, Singapur und die USA, legten die diversen Finanzierungsmethoden islamischer Terroristen offen, als da wären die legale Selbstfinanzierung, getarnte Nichtregierungsorganisationen, soziale Netzwerke und kriminelle Aktivitäten. Wie dringend eine engere Zusammenarbeit in diesem Bereich geboten ist, wurde umgehend deutlich, als unmittelbar nach Ende der Beratungen mehrere Bomben in Thailand explodierten, die vier Menschen töteten. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen könnte nun Singapur aufgrund seiner besonderen Nähe zu den USA zur nächsten Zielscheibe werden. *Markus Matthes*

Zivile Ergänzungen der Streitkräfte

Was die einzige verbliebene Supermacht mit TTIP und Co. bewirken will

Der amtierende US-Präsident selber brachte es auf den Punkt: „Wir brauchen das stärkste Militär der Welt und müssen manchen Ländern den Arm umdrehen, wenn sie nicht tun, was wir wollen, jedenfalls nicht ohne diplomatischen, wirtschaftlichen und manchmal auch militärischen Druck von unserer Seite."

Dieses Bekenntnis legte Barack Obama am 11. Februar 2015 anlässlich eines Interviews im TV-Sender Vox ab. Es ist ebenso glaubwürdig wie aufschlussreich; glaubwürdig deshalb, weil man die militärische Anwendung dieser Regel in der Wirklichkeit beobachten kann, von Somalia bis Afghanistan; aufschlussreich, weil unter die Rubriken „wirtschaftlicher und diplomatischer Druck" die großen, von den USA angestrebten sogenannten Freihandelsverträge eingeordnet und so erklärt werden können.

Die Strategie der USA richtet sich gegen China und Russland

Dass der TTIP-Vertrag zwischen den USA und der EU im wesentlichen dazu dient, die wirtschaftliche Vormachtstellung Amerikas in der westlichen Hemisphäre zu sichern, ist mehr und mehr offenbar geworden, wie der wachsende Widerstand in der Bevölkerung belegt. Eine Bestätigung für diese Auffassung gibt indes auch der TPP-Vertrag (Transpazifische Partnerschaft), der in völliger Analogie die US-Vormachtstellung im pazifischen Raum absichern soll.

Dass auch der TPP-Vertrag zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert ist, gibt den Planern in Washington zu denken. Der Asienexperte der Denkfabrik „Atlantic Council", Robert Manning, gestand kürzlich unverhohlen ein, dass ein Scheitern von TPP einer Bedrohung für die Vormachtstellung der USA im pazifischen Raum gleichkäme: „Ein Scheitern von TPP würde einen Wendepunkt der Rolle der Vereinigten Staaten in Asien bedeuten. Es besteht die Gefahr, dass der Einfluss der US-Wirtschaft in Asien zurückgeht. Die vorzeigbaren Vorteile der strategischen Rolle der USA in Asien würden abnehmen und damit auch die öffentliche und politische Unterstützung für die vorherrschende US-Sicherheitspolitik."

Eine solche Entwicklung widerspräche vollkommen den Intentionen Washingtons, die Obama am 4. Mai in der „Washington Post" in einer Stellungnahme zu TPP und TTIP bekräftigt hat: Der US-Präsident spricht von einem Plan, der „sicherstellt, dass wir die Regeln des Handels im 21. Jahrhundert festschreiben". Und weiter: „Amerika soll die Initiative ergreifen. Andere Länder sollen nach den Regeln spielen, die Amerika und seine Partner festlegen und nicht umgekehrt ... Das ist es genau, was uns TPP ermöglicht. Die Welt hat sich verändert und mit ihr die Regeln. Die Vereinigten Staaten, nicht Länder wie China, sollten diese diktieren." So wird deutlich, was Obama unter „diplomatischem und wirtschaftlichem Druck" versteht: Drohungen und Knebelverträge.

Unausgesprochen, aber nicht zu leugnen ist, dass sich diese Strategie explizit gegen China und Russland richtet. Im Falle Chinas scheinen die USA sogar bereit, es nicht beim diplomatischen und wirtschaftlichen Druck zu belassen, sondern sich auch des militärischen zu bedienen. Immer mehr drängen US-Energie-Unternehmen wie Chevron oder Exxon ins Südchinesische Meer, wo bereits die Ansprüche der verschiedenen Anrainer aufeinanderprallen. Zudem ist US-Militär ständig in der Region vertreten, und die Spannungen können sich jederzeit entladen. Der bekannte Kritiker der US-Außenpolitik Michael Klare warnt davor, dass die Einmischung der USA im Südchinesischen Meer zu erhöhten Risiken führt, zumal US-Unternehmen inzwischen auf eigenen Interessen bestehen.


Bild: CF

Kämpft mit allen Mitteln für die Vorherrschaft seines Landes: Barack Obama

Für die wiederholten Verletzungen chinesischer Hoheitsgewässer durch die US Navy hat diese bereits einen wohlklingenden Namen erfunden: Fonop für „Freedom of Navigation Operation". Für dieses Unternehmen gilt als Grundlage die Annahme, der Welthandel im Südchinesischen Meer sei durch China bedroht, daher müssten die USA einschreiten. Dass China das erste Interesse an der Sicherheit des Seegebietes hat, weil es dort zwei Drittel seines Übersee-Handels abwickelt, bleibt natürlich unerwähnt. Was zählt, ist nur der Anspruch der USA, überall auf dem Globus die eigenen Interessen durchzusetzen.

Die Sache mit Fonop hat zudem einen delikaten Hintergrund. Das Programm ist nicht neu, sondern wird von den USA so oder ähnlich seit über 200 Jahren betrieben, erstmals 1801, um den Handelszugang ins Mittelmeer zu erzwingen. 1979 entwarf die Regierung Carter ein eigenes Fonop-Programm mit der Begründung, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, das die Freiheit der Meere garantiert, müsse geschützt werden. Die edle Absicht ist schnell als Lüge entlarvt, wenn man bedenkt, dass die USA das Übereinkommen nie unterzeichnet haben.

Nichtsdestotrotz haben die Vereinigten Staaten ein militärisches Programm aufgelegt, das sozusagen als Ergänzung zum UN-Vertrag und in seinem Schatten „übertriebene Ansprüche" auf See und in der Luft zurückweisen soll. Allein in den Jahren 2013 und 2014 haben die US-Streitkräfte 54 Mal interveniert, um „übertriebene Ansprüche" einzudämmen. Was „übertrieben" ist, stellt das US-Militär fest, niemand sonst.

In jüngster Zeit hat ein Urteil des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag für weiteren Zündstoff gesorgt. Die Kammer wies chinesische Ansprüche im Südchinesischen Meer zurück, wobei Peking bereits vor dem Urteil erklärt hatte, es werde dies nicht anerkennen. Die USA nutzen diese Lage dazu, mit dem Kläger, den Philippinen, denen ihr Sieg vor dem Tribunal nichts nützt, einen noch engeren Schulterschluss gegen China zu üben. Unabhängig davon, dass Peking das Urteil nicht anerkennt, garantiert es die Rechte der Anrainer auf freie Überflüge der betreffenden Gebiete und freie Schifffahrt. Zum Nutzen auch der USA: Diese unterhalten allein auf den Philippinen fünf Militärbasen. *Florian Stumfall*

MELDUNGEN

Freihandel für Ukraine ein Flop

Kiew – Mit Beginn des Jahres trat das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft. Damals kündigten die Unterzeichner an, es werde zu einer schnellen Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft und zu allgemeinem Wohlstand führen. Vom vereinfachten Zugang zum EU-Markt spürt die Ukraine jedoch nichts, die Exporte des Landes in die EU gehen vielmehr zurück. Das Bruttoinlandsprodukt brach um fast 16 Prozent ein. Durch den Wertverlust der Landeswährung Griwna und die Steigerung der Energiepreise stieg die Inflationsrate auf über 50 Prozent, mit den damit zusammenhängenden verheerenden Folgen. *FS*

Island bei Touristen gefragt

Reykjavik – Die Begeisterung der Isländer bei der Fußball-EM hat viele für das Land begeistert. Das macht sich auch im Tourismus bemerkbar. Im Juli kamen 55 000 Besucher oder 30,5 Prozent mehr als im Juli 2015. Insgesamt haben in diesem Jahr 936 000 Menschen Island besucht. Das sind 34,1 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der größte Teil kommt aus den USA (25,7 Prozent), gefolgt von den Deutschen (10,7 Prozent), Briten und Franzosen. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.033.331.349.422 €
Vorwoche: 2.033.263.481.709 €

Verschuldung pro Kopf:
24.961 €
Vorwoche: 24.960 €

(Dienstag, 23. August 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Krux mit der Kleinstaaterei

Wie die Föderalismusreform den Wohnungsbau erschwert

Bereits vor einem Jahr schlug das Institut der deutschen Wirtschaft Alarm. In deutschen Metropolen entstünden zu wenige Wohnungen, während auf dem Land zum Teil zu viel gebaut werde. Im Jahr 2014 seien rund 245 000 Wohnungen geschaffen worden, aber nur 66 000 davon seien in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern entstanden. Geschätzt würden dort deutlich mehr benötigt, nämlich 102 000 Wohnungen. Bundesbauministerin Barbara Hendricks kündigte bereits damals an, gegensteuern zu wollen. Denn der Wohnungsnotstand in den Städten wird immer größer. Es balgen sich nicht nur wohlsituierte Akademiker um ein Appartement in bester Lage, auch am unteren Ende der Skala ist ein Verteilungskampf entstanden. „Wir müssen verhindern, dass es zu Konkurrenz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt kommt", sagte die SPD-Politikerin.

Nun hat sie abermals einen Vorstoß in Sachen sozialer Wohnungsbau gemacht. Denn in den deutschen Städten explodieren die Mieten, fast überall fehlt es an bezahlbaren Wohnungen. Die einzige Lösung sei ein massiver Bauboom. Die Bundesregierung geht davon aus, dass bis 2020 jährlich 350 000 bis 400 000 Wohnungen neu errichtet werden müssen.

Seit der Föderalismusreform ist der Wohnungsbau allerdings Ländersache, erklärte Hendricks gegenüber dem Internetportal der „Tagesschau". „Aber der Bedarf ist so riesig, dass die Länder das auf Dauer nicht alleine stemmen können", fügte sie hinzu. Darüber hinaus darf der Bund die Länder nach einer bestehenden Regelung nur noch bis 2019 finanziell unterstützen. „Wir brauchen dringend mehr bezahlbare Wohnungen in den Ballungsräumen", sagte Hendricks, „alle Beteiligten müssen sich engagieren: Bund, Länder, Kommunen, Bauwirtschaft und private Investoren."

CDU tritt bei Grundgesetzänderung auf die Bremse

„Es ist richtig, dass auch der Bund sich finanziell stärker engagieren will, um mehr bezahlbaren Wohnraum gerade in den Ballungszentren zu schaffen", lobte Bremens Regierungschef Carsten Sieling (SPD), derzeit Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, in einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" die Handlungsbereitschaft seiner Parteifreundin.

Der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Michael Knipper fordert einen Bürokratieabbau und flexibleres Handeln. Abgesehen von der Finanzierung weist er auf einen weiteren Nachteil des real existierenden Föderalismus hin: „Die Schaffung von mehr kostengünstigem Wohnraum insbesondere durch die serielle Fertigung wird bislang durch die unterschiedlichen Landesbauordnungen und Förderrichtlinien gebremst. Durch den Vorschlag von Hendricks können diese Hürden überwunden und dem Wohnungsbau entscheidende Impulse gegeben werden." Insbesondere die Vereinheitlichung der Landesbauordnungen sei der entscheidende Hebel für die Schaffung von mehr seriellem Wohnraum.

Der Koalitionspartner CDU ist allerdings noch skeptisch. Eine Grundgesetzänderung sei ein schwerwiegender Eingriff und die Länderkompetenz habe ihre Gründe. Der Bund sei teilweise viel zu weit von den Bedürfnissen vor Ort entfernt, heißt es aus der Bundestagsfraktion. Allerdings sei man um einen Kompromiss bemüht. *Peter Entinger*

Renzis Kapriolen

Von Thomas W. Wyrwoll

Seit Jahren verschleppt Rom alle bereits geplanten und von den zuständigen Organen beschlossenen Schritte zur Reform des italienischen Staates, für nationale Kapriolen aber hatte er stets Zeit. So führte die Regierung 2012 mit dem „Lied der Italiener“ erstmals eine offizielle Nationalhymne ein. Die hat es in sich: Ihre erste Strophe preist die altrömische Kolonialeroberung Afrikas, danach gibt es drei Strophen lang Aufrufe zum „Einigungskrieg“, und die letzten beiden Strophen fordern zum Kampf gegen Österreich und die Eroberung von dessen – deutschem – Südteil auf.

Jetzt setzt Renzi im Zeichen der allgemeinen Staatskrise erneut auf Nationalismus und will ihre zur Eroberung Südtirols aufrufende Nationalhymne nun auch als Pflichtprogramm in den südtiroler Schulen durchsetzen. Vielleicht sieht Renzi wegen der ergänzenden antirussischen Ausrichtung des Liedes auch einen passenden Ansatzpunkt gegen die nicht nur deutsch-, sondern auch russlandfreundlichen Regionen des Nordens und hofft auf westliche Unterstützung gegen sie? Ein Staat, der auf einem solchen Niveau regiert wird, ist an seinem Ende angelangt.

Säkularismussaat

Von Bodo Bost

Im Oktober 2000 formulierte der Europäische Konvent in Nizza die Charta der Grundrechte in der EU. Das Dokument verweis vage auf das „kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas“. In dem 75000 Worte langen Text wird das Christentum nicht ein einziges Mal erwähnt. Wie eine Rache der Geschichte wirkte genau in dieser Stadt, in der vor 16 Jahren Europas Herrscher entschieden, die jüdisch-christlichen Wurzeln aus der EU-Verfassung zu entfernen, die blutige Manifestation einer anderen Religion: des radikalen Islam. In das religiöse Vakuum des Säkularismus, das Europa ohne Not selbst verursacht hat, scheint jetzt mit aller Brutalität eine andere Religion zu drängen, die nicht zwischen säkular und religiös trennt: der Islam.

Europa erlebt gerade in der Zeit der größten Bedrohung durch den radikalen Islam eine weitere Bedrohung durch einen übergeschnappten Säkularismus. Dieser Säkularismus trennt die europäische Kultur von den Idealen ab, die den Westen einst erschaffen haben. Der Säkularismus hat nicht nur keine Antworten auf den islamistischen Terrorismus und seinen Totalitätsanspruch; er lässt die Europäer auch unsicher zurück, für was es wert ist, überhaupt noch zu kämpfen.

Zeichen des religiösen Vakuums gibt es viele, es sind nicht nur die leeren Kirchen und der salafistische Boom der Übertritte von Europäern zum Islam. Vor allem das Geschehen an Europas Schulen, wo unsere Zukunft heranwächst, ist sehr beunruhigend. So ordnete die französische Regierung für jede Schule eine „Säkularismus-Satzung“ an, womit das Christentum endgültig aus dem Unterricht verbannt wurde.

Merkel muss zurücktreten

Von Hermann Paul Winter

Darauf, dass Ankara seit Jahren mit Islamisten zusammenarbeitet, gab es in der Vergangenheit viele Hinweise. Dass man diese würde ernst nehmen müssen, erwies sich anlässlich der Verhaftung zweier Journalisten im vergangenen Jahr. Ihnen wurde die Verbreitung von Staatsgeheimnissen und die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zur Last gelegt. Erdogan selbst hatte gegen sie Anzeige erstattet. Die Journalisten hatten berichtet, Ankara liefere Waffen an Extremisten in Syrien. Das gerichtliche Verfahren fand nicht öffentlich statt, die türkischen Behörden verhängten eine Nachrichtensperre. Wohl war tatsächlich ein Geheimnis zu hüten.

Scheinbar nichtsahnend und obwohl sich abzeichnete, dass in dessen Land die Gewalt immer heftiger anschwoll, mühte sich die Kanzlerin just zu diesem Zeitpunkt, Erdogan ihren „Verbündeten“ zu nennen, ihm schier zu Füßen zu liegen. Dass dessen Kampfjets vorgeblich gegen den IS-Terror aufstiegen, ihre Bomben aber auf andere abwarfen, ignorierte sie und spannte die EU vor den Karren ihres utopischen Flüchtlingsdeals.

Der Handel mit dem IS-Terrorpaten Erdogan war unerhört

Bis heute lässt die Kanzlerin keine Gelegenheit aus, den obskuren Vertrag mit Erdogan unter dem Applaus ihrer Höflinge zu loben. Dies jedoch kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihr bereits bei der Vertragsunterzeichnung bekannt gewesen sein musste, dass Erdogan und dessen AKP islamistische und terroristische Organisationen unterstützt. Ein jetzt aufgetauchter Bericht, nach dem Ankara seit Jahren mit Islamisten zusammenarbeitet, belegt dies. Der Verzicht auf das Abkommen wäre ein wichtiger Beitrag zur viel beschworenen „Ursachenbekämpfung“ gewesen.

Dass die Kanzlerin ungeachtet dieser Kenntnis den Handel mit Erdogan in die Wege geleitet hat, ist unerhört. Sie hat damit einmal mehr das Vertrauen der Bürger verspielt. Der Bundespräsident mag noch so oft Staat und Gesellschaft zum Zusammenhalt aufrufen, Gemeinschaftsgefühl lässt sich nicht erringen, wo Politik als fremd empfunden wird. Zwei Drittel der Deutschen sind laut aktuellen Umfragen unzufrieden mit der Asylpolitik der Kanzlerin. Diese Politik ist alles andere als mehrheitsfähig. Die Umfragewerte der CDU rutschen ab, in der Partei kommt es – wohl eher dem drohenden Machtverlust geschuldet – zunehmend zu Streitereien. Bestenfalls reift auch dort die Einsicht, dass die Regierung bei der viel beschworenen „größten Bewährungsprobe unseres Landes“ versagt hat.

Nach dem Bekanntwerden der vertraulichen Einschätzung der Bundesregierung zur Türkei kann es nicht mehr darum gehen, die Autorität der schwer angekratzten Bundeskanzlerin wiederherzustellen. Angela Merkel muss endlich ihren Rücktritt erklären.



Verliert zusehends das Vertrauen der Bürger wegen ihrer Asylpolitik: Angela Merkel macht dazu gute Miene, wie der türkische Präsident Erdogan auf die Kanzlerin der Bundesrepublik herabblickt

Bild: Getty

Gegenwind



Politik mit Scheinalternativen

Von Florian Stumfall

Wenn Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit ernstem Blick erklärt, ein größeres Problem als die Aufnahme der Türkei in die EU sei die Flut von Zuwanderern nach Europa, so klingt das wie die Worte eines wägenden Weisen, aber es ist Unsinn. Das eine nämlich hat mit dem anderen nur bedingt etwas zu tun, und wenn, dann ist das ein von der Tagespolitik konstruierter Zusammenhang, der sich sehr schnell lösen ließe. Dieser ist dazu gut, vorerst das Problem Türkei dadurch in den Hintergrund zu rücken, dass man anstelle dessen auf die Dringlichkeit eines anderen Gegenstandes hinweist. Dazu bedient man sich einer logisch unzulässigen Verknüpfung, einer nur vorgeblich existierenden Abhängigkeit, insgesamt einer Scheinalternative.

Steinmeier ist beileibe nicht der einzige, der diesen Trick kennt. Er ist ebenso alt wie zweckmäßig und findet in verschiedenen Lebensbereichen Verwendung. Zu Zeiten des Kalten Krieges galt es jedenfalls in Deutschland bei den fortschrittlichen Akteuren und Beobachtern als schick und wegweisend, sich mit den Kommunisten in Osteuropa möglichst gemein zu machen. Die hier gebrauchte Scheinalternative hieß: Es ist besser zu reden als zu schießen. Dass trotzdem oft genug sowohl geredet als geschossen wurde, störte nicht. Scheinalternativen arbeiten zuverlässig, vor allem wenn man sie mit dem Ernst einer ethischen Qualität versieht. Wo der Gutmensch angesprochen wird, haben Analysen nichts verloren. Die Sache speziell mit dem Reden und Schießen ist allerdings aus der Mode gekommen. Erstens will man sich mit dem Kreml in Moskau nicht verständigen, und zweitens ist offensichtlich, dass trotz zweier Konferenzen in Minsk die Schießerei in der Ukraine weitergeht. Nicht aus der Mode gekommen ist jedoch die Scheinalternative als solche, und das wird auch nicht geschehen, solange sie sich so trefflich bewährt.

Da sind beispielsweise die zahlreichen Anschläge durch Islamisten. Ist wieder einmal etwas geschehen, werden sofort kluge Leute befragt, ob es sich beim Täter um einen Islamisten oder doch um einen Psychopathen handelt. Welch törichte Frage! Wo ist denn da der Gegensatz? Scheint es nicht vielmehr so zu sein, dass es einem Islamisten bei seinem Treiben sehr entgegenkommt, wenn er über den krankhaften Fanatismus hinaus seelisch verbogen ist? Ja, ist denn ein Islamist mit einer gesunden Psyche überhaupt vorstellbar? Auch hier wird die Scheinalternative mit einer Absicht verbunden: Das Mitleid mit einem seelisch Zerrütteten soll vergessen machen, was er angerichtet hat. Schließlich wollen wir der Fremdenfeindlichkeit vorbeugen.

Oder aber das Begriffspaar „Flüchtlinge und Terroristen“. Es ist hochgradig geeignet, mit einer ebenso anspruchsvollen wie falschen Moralität die Tatsachen zu verdecken. Politiker mit dem Anspruch, ernst genommen zu werden, haben vergangenes Jahr angesichts von über einer Million Menschen, die unkontrolliert nach Europa gekommen sind, ausgeschlossen, dass Gewalttäter darunter sind.

Die Scheinalternative hieß: Terrorist oder Flüchtling. Als sich dann herausstellte, dass allzu viele „Migranten“ sowohl das eine als auch das andere sind, zeigten sich manche Politiker offenbar tatsächlich überrascht. Es waren solche, die den Dreh mit der Scheinalternative selbst geglaubt hatten. Im Regelfall geschieht das freilich nicht. Denn sie ist dazu da, dass eine tonangebende Minderheit wenn schon nicht die Wirklichkeit, so doch ihre Wahrnehmung manipulieren und damit die Kritikfähigkeit breiter Bevölkerungsteile außer Kraft setzen kann. Unpräzises Denken führt zum Realitätsverlust, was das Ziel derer ist, die Fäden ziehen.

Auf je abstrakterem Niveau eine Scheinalternative angeboten wird, desto mehr Wahrscheinlichkeit gibt es, dass sie als solche nicht wahrgenommen, sondern als Köder geschluckt wird. Niemand wird die Frage stellen: „Sind Sie Beamter oder Linkshänder?“ Diese Gegenüberstellung ist so offenkundig unsinnig, dass mit ihr nicht manipuliert werden kann. Doch wird es nicht verwundern, dass in dem der Politik benachbarten Raum der Weltanschauungen in großem Umfang mit Scheinalternativen gehandelt wird.

Wenn uns Heutige auch der scholastische Streit des Duns Scotus mit Thomas von Aquin nicht mehr berührt, wem denn der Primat zukomme, dem Willen oder dem Intellekt, so ist das beim alten Streit um Pflicht und Neigung schon anders; nicht zuletzt, weil jeder das Hin und Her dieser beiden Kräfte in sich selbst erleben kann. Doch selbst dieses Begriffspaar kann als Scheinalternative verstanden werden, wenn man Aristoteles folgt und die Erfüllung der Pflicht als Ziel der Neigung betrachtet.

Einfacher stellt sich die weltanschauliche Scheinalternative von Glauben und Wissen dar. Hier tritt auch mehr die Absicht zutage, die mit einer Scheinalternative verbunden zu sein pflegt: nämlich einen der beiden Teile zu diskreditieren. Hier also lautet die Arbeitshypothese, dass, wer gläubig ist, zu wenig Verstand hat, bei Dingen der Wissenschaft mitzureden. Und schon ist eine Grundlage für den Materialismus geschaffen. Wer aber erkennt, dass Glauben und Wissen zwei einander ergänzende, nicht ausschließende Potenzen des Gehirns sind, der blickt hinter die Unredlichkeit dieser geistigen Versuchsanordnung.

Dabei ist selbst die präzise Wissenschaft nicht frei von den Erscheinungen scheinbarer Gegensätze. So tobt seit Langem ein Kampf zwischen den Milieutheoretikern und ihren Gegnern, die es mit der Vererbung halten. Es geht um die Frage, ob der Mensch durch seine Umgebung oder seine Gene geprägt wird. Dieser Streit zeigt unverhohlen politisches Potenzial in der Wissenschaft: Die Milieutheoretiker hängen einem biederen Marxismus an und werfen den Vererbungs-Lehrern faschistisches Gedankengut vor. Dieser ganze so überaus ertragreiche Streit wäre mit einem Schlag beendet, wenn jemand aufträte und sagte, nach seiner Meinung hätten beide Faktoren Einfluss auf den Menschen, die Erbanlage wie die Umgebung.

Oder: Sollten etwa Archäologen einen repräsentativen Bau aus prähistorischer Zeit ausgraben, so erhebt sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein Streit darüber, was diese Mauern denn vorstellen sollen. Den Palast eines Herrschers? Einen Kultbau? Ein Observatorium? Die Einsicht, dass oft alle drei Lesarten zutreffen, ist nur sehr schwer zu gewinnen, auch für angeblich leidenschaftslose, kühle Wissenschaftler. Denn es ist hier wie in der Politik: Die Scheinalternative ist ein Instrument, den Gegner zu besiegen, nicht eines, um Erkenntnis zu gewinnen.

Da ist es mehr als erstaunlich, dass in einem einzigen Fall die Politik, das heißt, eine Mehrheit ihrer Vertreter, bei all ihrer Neigung zu scheinbaren Gegensätzen und deren taktischen Möglichkeiten eine naturgegebene Alternative ausschlägt. Es ist dies die Staatsbürgerschaft. Vereinzelt nur werden in jüngster Zeit Stimmen laut, die darauf hinweisen, dass es ein Fehler war, wahllos doppelte Staatsbürgerschaften zu vergeben, anstatt nach bewährter Methode zu sagen: entweder oder. Schließlich tut man das hundertfach auch dort, wo es unangebracht ist. Scheinalternativen werden errichtet, um in der Auseinandersetzung gegenüber dem Gegner einen taktischen Vorteil zu erringen. Doch die tatsächliche Alternative zu missachten, die Ausschließlichkeit, die dem Gedanken der Staatsbürgerschaft ursprünglich innewohnt, geschieht zum eigenen Schaden. Ein Lump, der hierin verborgen eine Absicht erahnt.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Die Bühne des abwesenden Herrn

Nach einer Sanierungsphase geht im Goethe-Theater von Lauchstädt Ende August der Theatersommer weiter

Unweit der Domstadt Merseburg befindet sich das sachsen-anhaltinische Bad Lauchstädt. Es war einst der beliebteste Badeort des Dresdner Hofes. Und hier fand in Anwesenheit Goethes 1802 die Einweihung des Theaters statt, das bis heute als einziges original erhaltenes Theatergebäude aus der Goethezeit gilt.

Die Einrichtung der Bühne hat der Dichter und Theaterdirektor Goethe selbst angeregt, beaufsichtigt und mitgestaltet. Als Intendant war er auch für den Spielplan verantwortlich. Und Stücke aus der Zeit der Klassik prägen das Repertoire des Theaters bis heute.

Als der Schauspieldirektor des Weimarschen Hoftheaters am Ende des 18. Jahrhunderts ein schmuckloses Privattheater in dem Kurort als Sommerspielstätte übernahm, gab es dafür vor allem wirtschaftliche Gründe. Die Aufführungen des Sommertheaters brachten nämlich mehr Einnahmen als die gewöhnlichen Vorstellungen in Weimar. Doch das vorgefundene Komödienhaus des Schauspielunternehmers Joseph Bellomo entsprach mehr einem Stall als einem Tempel der Musen.

Ein neues Gebäude musste errichtet werden, und weil dafür das Budget nicht reichte, streckte Goethe selbst ein Sechstel der Baukosten aus eigener Tasche zu. Als Theaterpraktiker hat er auf die bauliche Gestalt und die Innenausstattung maßgeblichen Einfluss genommen. Mit diplomatischem Fingerspitzengefühl glückte 1802 die Einweihung eines sächsisch-weimarischen Theaterbaues auf kursächsischem Boden. In dieser ursprünglichen Form ist der Bau bis heute erhalten geblieben. Aufgeführt wurden neben Schillers Dramen vor allem Mozarts Opern. Da der pietistische Geist im preußischen Halle bis 1811 ein Schauspielverbot verhängte, verstärkte sich der Zustrom von Studenten der dortigen Universität.

Wer heute durch Lauchstädt spaziert, bemerkt viele Tafeln an den Häusern. Sie erinnern daran, dass hier Gleim, Gottsched, Gellert und Kollegen weilten. Schiller soll sich in Lauchstädt mit seiner Charlotte verlobt haben. Ein kleines Haus bot dem jungen Richard Wagner Unterkunft, als er hier 1834 seinen Einstand als Dirigent mit Mozarts „Don Giovanni“ gab und bei dieser Gelegenheit seine erste Frau Minna Planer kennenlernte. Da war die große Zeit des Lauchstädter Theaters allerdings schon vorbei. Die Weimarer hatten 1814 ihr letztes Gastspiel gegeben. Der Ort wurde im Wiener Kongress zusammen mit Merseburg Preußen zugeschlagen.

Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Abriss drohte, sollte sich die Verknüpfung mit großen Namen noch einmal schützend auf das niederliegende Theater auswirken. Hallenser Theaterfreunde erhielten das Gebäude mit privaten Mitteln. Zum 100. Todestag Goethes 1932 wurden dann Kuranlagen und Theater erneuert. Eine umfassende Rekonstruktion in den 60er Jahren diente der Wiederherstellung der ursprünglichen Gestalt des Goetheschen Theaters. Noch heute beleuchten die alten Argand'schen Lampen Bühne und Zuschauerraum, wenn auch mit elektrischem Licht.



Wird bald wieder enthüllt: Das verhüllte Goethe-Theater während der Sanierung — Bild: pa

Vor vier Jahren war dann das Theater abermals von der Schließung bedroht. Eine unbedachte und übereilte Absage der Händelfestspiele im nachfolgenden Hochwasserjahr hat die Situation weiter verschärft. Dann wurde ein Befall der alten Bausubstanz durch Schwamm, Schimmel und Käferfraß festgestellt. Inzwischen wurden die Schäden an der Dachkonstruktion behoben und ein gefährdeter Pfeiler im Zuschauerraum saniert. Der Fortbestand ist wieder gesichert. Bei laufendem Spielbetrieb steht die Fassade im Gerüst. Bei aller Notwendigkeit der baulichen Ertüchtigung wird ein Theater vor allem vom Zustrom des Publikums getragen. Deswegen wird es in diesem Jahr mit Aufführungen weitergehen.

Von Halle her wurde das Theater schon einmal gerettet, und heute noch erlebt die Bühne ihre künstlerischen Höhepunkte zu den jährlichen Hallenser Händelfestspielen im Juni. Mit erstklassigen Ensembles und Solisten wird dann Lauchstädt zum Mittelpunkt der europäischen Opernwelt. Dieses Jahr wurde die deutsche Erstaufführung in italienischer Sprache des Opernpasticcios „Didone Abbandonata“ von Georg Friedrich Händel und Leonardo Vinci sowie die Originalfassung von Händels Oper „Publio Cornelio Scipione“ gegeben.

Nicht immer aber sind die Festival-Importe wirklich besser als die Eigenproduktionen in Zusammenarbeit mit dem Halleschen Theater. Das ortstypische Repertoire alter Musik bis in die Mozart-Zeit wurde vor einigen Jahren mit Carl Maria von Webers „Der Freischütz“ erfolgreich auf die Frühromantik erweitert. Im Juli gab es noch einige Aufführungen der Oper, dann legte der Theatersommer im Goethe-Haus eine Pause ein. Es standen weitere Sanierungsarbeiten an, weshalb die geplante Aufführung der Opernproduktion „Die heimliche Heyrath“ von Domenico Cimarosa ins nächste Jahr verschoben werden musste.

Nachdem am Goethe-Theater der an der Fassade zwischenzeitlich entfernte Putz wieder aufgetragen ist, wird der Theatersommer am 27. August mit vollem Einsatz fortgesetzt. An dem Tag findet die Premiere von Mozarts Singspiel „Die Entführung aus dem Serail“ mit dem Ensemble L'Arte del mondo und unter dem Pera Ensemble von Mehmet Yesilçay statt.

Im meistgespielten deutschen Stück der Nachkriegszeit, Peter Hacks Schauspiel „Ein Gespräch im Hause Stein über den abwesenden Herrn von Goethe“, wird in einer Zusammenarbeit mit Hoppes Hoftheater aus Dresden-Weißig und dem Liebhabertheater Großkochberg am 3. September Barbara Schnitzler vom Deutschen Theater in Berlin in der Hauptrolle zu erleben sein. Selten wohl wird dieser abwesende Herr durch den genius loci so gegenwärtig sein, wie hier in seinem Theater in der Goethestadt Bad Lauchstädt. *Sebastian Hennig*

Ein geächteter »grüner« Poet

Zwischen Lüneburg und Hannover gibt es zahlreiche Stätten, die an einen vor 150 Jahren in Westpreußen geborenen Autor erinnern. Nach dem Heidedichter Hermann Löns sind mehrere Schulen und Straßen benannt; nördlich von Hannover gibt es in der Gemeinde Wedemark den nahe eines Fernmeldeturms der Telekom gelegenen Lönssee und in Hannover selbst einen Hermann-Löns-Park. Im selbigen wird der Hermann-Löns-Verband, der sich gewissenhaft um das Erbe des am 29. August 1866 in Kulm geborenen Dichters kümmert, fünf Tage nach dem runden Jubiläum ein Löns-Relief aufstellen – und gleich wieder abbauen. Denn im rot-regierten Hannover ist der Autor, der dort um die Jahrhundertwende als Redakteur des „Hannoverschen Anzeigers“ tätig war, nicht erwünscht.

Seit der Zeit des Nationalsozialismus haftet dem Dichter, der mit seinen Tier- und Naturgeschichten die Lüneburger Heide auf die literarische Landkarte setzte, der Makel des „Blut und Boden“-Dichters an. Es ist ein postum verliehener Stempel, gegen den er sich nicht mehr zur Wehr setzen konnte, denn Löns starb bereits 1914 als Soldat im Ersten Weltkrieg (siehe *PAZ* vom 13. September 2014).

Löns ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein Dichter ideologisch instrumentalisiert, um nicht zu sagen: missbraucht wurde. Sein 1910 gedichtetes Matrosenlied „Denn wir fahren gegen Engelland“ wurde zum NS-Kampfgesang, und nicht von ungefähr erinnert eine Kampforganisation der SS an den Titel von Löns' historischem Bauernroman „Der Wehrwolf“.

Seit dieser Zeit machen die Leser einen weiten Bogen um Löns. Zu Unrecht: Auch wenn seine Erzählungen manchmal ins Kitschige abgleiten, so sind sie doch ein farbenfrohes literarisches Zeugnis der Lüneburger Heide. Als Natur-Poet war braun nicht seine Farbe. Tatsächlich war er grüner als so mancher heutige „Öko“. *Harald Tews*

Barocke »Love-Songs«

Bachfesttage in Köthen richten sich auch nach Publikumswünschen

Die „Brandenburgischen Konzerte“ und der erste Teil des „Wohltemperierten Klaviers“ sind die bekanntesten Werke, die Johann Sebastian Bach in Köthen geschaffen hat. Bevor er Thomaskantor in Leipzig wurde, war er in dieser sachsen-anhaltinischen Stadt von 1717 bis 1723 Kapellmeister und „Director derer Cammer-Musiquen“. Für Köthen ist das Grund genug, ein Bach-Festival zu veranstalten, das seit 1967 alle zwei Jahre stattfindet. Vom 28. August bis 4. September ist es wieder soweit, dann steht Köthen, das in der Mitte des Dreiecks Berlin-Leipzig-Magdeburg gelegen und von diesen Städten leicht zu erreichen ist, wieder ganz im Zeichen barocker Musik.

Bei den 26. Bachfesttagen versammelt sich wieder die Creme der nationalen und internationalen Bach-Musiker. Das Ensemble Resonanz, die Geigerin Midori Seiler, die britischen A-cappella-Sänger Tallis Scholars, der Cellist Alban Gerhardt, das Signum Saxophon Quartett, das Vocalconsort Berlin und der Luxemburger Pianist Francesco Tristano – das sind nur einige der bekannten Solisten und Gruppen, die diesmal dabei sind. Alle Künstler, die hier aufeinander treffen, haben etwas gemeinsam: Jedes ihrer Konzerte zeichnet sich durch eine eigens für Köthen entwickelte Dramaturgie, das Spiel mit Räumen, Kontexten und Lichtdesign, aus. Eigens für die diesjährige Ausgabe des Festivals wurde mit dem BachCollektiv unter der künstlerischen Leitung der deutsch-japanischen Barockgeigerin Midori Seiler ein generationsübergreifendes Spezialisten-Ensemble für Alte Musik gegründet.

Neben „großen“ Konzerten von 60 bis 120 Minuten Dauer – darunter Aufführungen von Bachs Johannespassion und der Kunst der Fuge – sind auf dem Schlossfest am 3. und 4. September eine Vielzahl von „Viertel-“ und „Halbkonzerten“ zu erleben, die 20 oder 40 Minuten dauern und an verschiedenen Orten im Schloss und der Altstadt wie in der 88 Stufen hoch gelegenen Türmerwohnung der St. Jakobskirche stattfinden. Das Leipziger Vocalensemble singt, Kai Schumacher spielt auf dem Flügel „Love-Songs“ von Bach, Alexander & Alexandra Grychtolik improvisieren auf zwei Cembali nach Publikumswünschen, Alban Gerhard spielt Bachs Cellosuiten und Clemens Goldberg gibt dazu Erläuterungen. Einige Veranstaltungen rund um das Schloss sind kostenlos.

Bild: Köthener Bachfesttage

Beim Bachfest haben Solisten leichtes Spiel

Aus bescheidenen Anfängen im Jahr 1967 hat sich in den letzten 15 Jahren unter der Intendanz von Hans-Georg Schäfer ein Festival entwickelt, zu dem alle zwei Jahre Bachliebhaber aus der ganzen Welt nach Köthen pilgern. In diesem Jahr wird das Festival erstmalig von dem Berliner Dramaturgen Folkert Uhde gestaltet, der mit neuen Konzertformaten und einem großen Schlossfest die traditionsreichen Bachfesttage weiterentwickelt und öffnet. *tws*

Online-Kartenbestellungen sowie weitere Informationen unter www.bachfesttage.de

Tønder-Vølkchen

Volksmusik an deutsch-dänischer Grenze

An das weltbekannte Roskilde-Festival reicht in Dänemark wohl nur das Tønder-Festival heran. Jedes Jahr pilgern Volksmusikliebhaber zu Tausenden an die deutsch-dänische Grenze, um in den Genuss handgemachter Folk-Musik zu kommen.

Bei Europas größtem Folk-Fest, das in Tondern vom 25. bis 28. August steigt, herrscht eine ganz besondere Atmosphäre, bei der Künstler und Publikum einander ganz nah sind. Seite an Seite treten junge Künstler neben Veteranen und Stars aus der dänischen und internationalen Musikszene auf, die sich im lebendigen Feld zwischen Folk, Roots, Indierock und alternativem Country bewegen.



Bild: Guballa

Tondern: Große Bühne für Folkstars

Unter den bekannten dänischen Namen, die zum diesjährigen Festival kommen, sind das dänische Trio Folkeklubben mit ihrem neuen Album und die melancholische Liedermacherin Tina Dikkow. Einer der stärksten Namen der englischen Folkmusik, Eliza Carthy & The Wayward Band, findet genauso den Weg nach Tønder wie die Blind Boys of Alabama – ein legendärer amerikanischer Gospelchor, dessen Geschichte bis in die 1940er Jahre zurückreicht. Die schottische Gruppe „Rura“ überzeugte im Vorjahr auf der großen Bühne und bekam stürmischen Applaus. Die fünf Jungs bekamen im Dezember 2015 den Preis für „Live Act Of The Year“ beim Scots Trad Music Awards in Schottland und sind auch 2016 beim Tønder-Festival wieder am Start.

„Einzigartig ist die Tatsache, dass sich die Bewohner in Tondern extra für diese Veranstaltung Urlaub nehmen, um beim Auf- und Abbau zu helfen und während des Festivals die Gäste zu bewirten oder als Guides zu helfen“, sagt Pressesprecherin Maria Theessink. Es könnte also sein, dass man in einem der kulinarischen Zelte von Personen bewirtet wird, die im Alltag als Versicherungskaufleute oder Erzieher ihr Geld verdienen. „Wahrscheinlich sind es diese kleinen Dinge, die das Festival von anderen abheben und so charmant machen.“ *Andreas Guballa*

Deutschsprachige Programminformationen unter www.tf.dk/de

Filmtipp

Bloß gut, dass sich die französische Filmindustrie nicht um die Sorgen der US-amerikanischen scheren muss. Denn in Hollywood tobt eine Rassismus-Debatte. Es geht um das „Whitewashing“, das Weißwaschen von asiatischen oder – wie kürzlich im Fall von Johnny Depp in „Lone Ranger“ – amerikanischen Ureinwohnern mit weißen Schauspielern. Entsprechend dazu müsste die französische Komödie **„Mein ziemlich kleiner Freund“**, die am 1. September in die Kinos kommt, dem Vorwurf des „Minimalisierens“ ausgesetzt sein. Denn ein normal gebauter 1,80-Mann (Jean Dujardin) verkörpert dank Tricktechnik und anstrengenden Kniieständen einen Kleinwüchsigen von 1,38 Metern, in den sich eine große Frau verliebt (Virginie Efira). Klar, der Mann sieht gut aus, da sieht frau dann schon mal über 40 fehlende Zentimeter hinweg. Was zählt sind ja doch nur die inneren Werte, oder? Richtig lustig kommt das zwar nicht rüber, aber schließlich kommt es zum Happy End – und das ganz ohne Zwergenaufstand. *H. Tews*



Bild: 2016 Concorde Filmverleih

Kleiner Mann, ganz groß

Rückfall hinter Weimar

Vor 70 Jahren wurde die Gründung der heutigen westdeutschen Bundesländer weitgehend abgeschlossen

„Vater versetzt, Kind sitzen geblieben", lautet ein ebenso geistreiches wie treffendes Aperçu in der Bundesrepublik. Die Formulierung ist witzig, aber die damit ausgedrückte Wahrheit über den bundesrepublikanischen Föderalismus ist es weniger.

Divide et impera lautet eine Herrscherregel, und so ließen die Westalliierten die Väter und Mütter des Grundgesetzes in selbiges schreiben: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." Und damit das Volk ja nicht auf die Idee kommt, daran etwas zu ändern, lautet der Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig."

Naheliegenderweise wird dieses Verbot, einen Einheitsstaat beispielsweise nach französischem Vorbild zu schaffen, nicht mit dem Willen der damaligen Kriegsgegner begründet. Vielmehr entspreche der Föderalismus – abgesehen von den Lehren aus dem Nationalsozialismus – deutscher Tradition und sei deshalb sakrosankt.

Diese Argumentation ist bemerkenswert. Wenn es um andere vorgebliche oder tatsächliche deutsche Traditionen geht, ist man nämlich weniger traditionsbewusst. So wird beispielsweise deutschen Jugendlichen vermittelt, dass ihre Vorfahren im Gegensatz zu den Westeuropäern zu keinen gelungenen Revolutionen fähig gewesen seien, dass der Obrigkeitsstaat und der Kadavergehorsam in Deutschland eine unselige Tradition hätten und dass der „deutsche Sonderweg", der mit Arminius (Hermann der Cherusker), spätestens jedoch Luther, begonnen habe und über Friedrich II., Bismarck und Hindenburg zu Hitler geführt habe, beendet werden müsse. Deutschland müsse endlich ein normales Mitglied der Völkerfamilie werden, womit dann ein Staat nach westlichem Vorbild gemeint ist. Da ist dann die angebliche Tradition nicht mehr schützenswert.

Dabei gehen ideengeschichtlich das Streben nach Parlamentarismus und Demokratie auf der einen Seite und einem starken Nationalstaat als Charakteristika der Fortschrittlichen Hand in Hand, während die Reaktionäre gegen die Beteiligung des Volkes und deren Repräsentanten sowie eine starke deutsche Zentralgewalt waren und stattdessen für starke Landesherren. Nicht umsonst war die Weimarer Republik sowohl demokratischer als auch zentralistischer als das vorangegangene Kaiserreich, wie ja auch die Französische Republik trotz aller revolutionärer Exzesse grundsätzlich demokratischer und zentralistischer war als das vorangegangene Ancien Régime.

Gemäß dem Willen der Kriegssieger sollen nun die Deutschen endlich Anschluss an den Westen finden und ein Bestandteil dieser Wertegemeinschaft werden; aber ihre reaktionäre Zersplitterung aus der Zeit des Feudalismus soll die „verspätete Nation" gefälligst als schützenswerte Tradition wahren und damit hinter das durch die Novemberrevolution und die anschließende Gründung der vergleichsweise zentralistischen Weimarer Republik in den Jahren 1918 und 1919 Erreichte zurückfallen.

Das Bekenntnis zur föderalistischen Tradition wäre ja noch halbwegs glaubhaft und akzeptabel, wenn die Bundesländer der Bundesrepublik wenigstens Tradition hätten. Hier gilt jedoch das wundervolle Wort des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: „Ich will niemand zu nahe treten, aber manche dieser Staaten sind weniger originär als originell." Tatsächlich haben viele Bundesländer keine Tradition, die über die Besatzungszeit nach dem Zweiten Weltkrieg in die Vergangenheit hinausgeht. Wie in Afrika wurden auch in Westdeutschland viele Staatsgrenzen ohne Rücksicht auf die betroffene Bevölkerung von ausländischen Herrschern am grünen Tisch gezogen. Wie in Afrika die Grenzen zwischen den Kolonialreichen spielen in Westdeutschland die Grenzen zwischen den Besatzungszonen bis zum heutigen Tag häufig eine größere Rolle denn (Volks-)Stämme, traditionelle Territorien aus der Zeit vor der Fremdherrschaft oder wirtschaftlich zusammenhängende Räume.


Am 30. August 1946 schuf die französische Militärregierung per Verordnung Nr. 57 Rheinland-Pfalz mit der Hauptstadt Mainz

Ein schönes Beispiel sind die Grenzen des Kunststaates Rheinland-Pfalz, die auf die Grenze der französischen zur britischen und der US-amerikanischen Besatzungszone zurückgehen. Das Bindestrichland wurde denn auch bezeichnenderweise nicht von Einheimischen gegründet, sondern von der französischen Besatzungsmacht.

Dass die Gliederung Westdeutschlands in die späteren Länder der Altbundesrepublik ausgerechnet mit der Gründung dieses Staates weitgehend abgeschlossen wurde – wenn man den späteren Zusammenschluss von Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern zu Baden-Württemberg einmal außen vor lässt –, ist kein Zufall. Gemäß der traditionellen französischen Auffassung, dass der Rhein eine natürliche Grenze Frankreichs darstelle, genügte vielen Franzosen nämlich die Umwandlung des Saarlandes in ein Protektorat nicht. Die französische Regierung wollte sich deshalb die Option bewahren, noch weitere linksrheinische Gebiete Deutschland zu entreißen. Nachdem jedoch die anderen westlichen Besatzungsmächte ihre Besatzungszonen in Länder aufgeteilt hatten, zogen die Franzosen nach und bildeten aus dem zu ihrer Besatzungszone gehörenden Teil des linksrheinischen Deutschland – unter Ausschluss des Saarlandes – Rheinland-Pfalz mit der Hauptstadt Mainz. Par ordre du mufti, in concreto durch die Verordnung Nr. 57 der französischen Militärregierung unter General Marie-Pierre Kœnig, wurde das „Land aus der Retorte" am 30. August 1946 geschaffen.

Seitdem versucht die Obrigkeit wie bei einem Drittweltland, der DDR oder auch vergleichbaren Bundesländern aus der Retorte durch klassische Maßnahmen der Nationenbildung (nation building) der Bevölkerung ein Wir-Gefühl und Stolz auf das Land, dem sie zugeschlagen wurden, zu vermitteln. Dazu gehören auch Feierlichkeiten zum 70. Gründungsjubiläum mit entsprechender Begleitung in den Staatsmedien. Verschämt wird dafür aber nicht die Verordnung der französischen Besatzer, sondern der Plebiszit über die Verfassung des Landes vom 18. Mai 1947 zum Anlass genommen, sodass die große Party erst im kommenden Jahr steigt. *Manuel Ruoff*


Im Kreise alliierter Generäle: Rheinland-Pfalz' Gründer Marie-Pierre Kœnig (mit Stab) Bild: CF

Wie Italien sich vom »heiligen Egoismus« leiten ließ

Vor 100 Jahren erklärte das Königreich trotz Dreibund nach Österreich-Ungarn nun auch dem Deutschen Reich den Krieg

Dass Staaten egoistisch handeln, ist der Normalfall. Dass dieser Egoismus allerdings offen eingestanden und sogar noch religiös überhöht wird, ist hingegen die Ausnahme. Alleine deshalb schon lohnt es sich, sich mit dem „Sacro Egoismo" (heiligen Egoismus) Italiens zu Beginn des Ersten Weltkrieges und dessen Folgen zu beschäftigen.

Obwohl das 1861 gegründete Königreich seit 1882 mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn im sogenannten Dreibund zusammengeschlossen war, blieb es zu Beginn des Ersten Weltkriegs neutral. Dies wurde in Rom damit begründet, dass kein vertraglicher Bündnisfall vorliege, weil die beiden anderen Signatarstaaten nicht angegriffen worden seien, sondern ihrerseits den Krieg erklärt hätten. Tatsächlich aber verweigerte sich Italien vor allem wegen der geringen Zugeständnisse seitens der Donaumonarchie. Als Kompensation für ein militärisches Zusammengehen boten die Habsburger lediglich Welschtirol an, also das hauptsächlich von Italienern besiedelte Trentino – und das erschien dem italienischen Ministerpräsidenten Antonio Salandra und seinem Außenminister Baron Sidney Sonnino definitiv zu wenig. Die beiden verfochten schließlich eine Politik, die Ausdruck des „heiligen Egoismus für Italien" sein sollte – so Salandra explizit am 18. Oktober 1914 vor den Beamten des Außenministeriums in Rom. Deshalb wollten sie ihr Land nur dann in den Krieg führen, wenn dabei mindestens auch noch die Übergabe der anderen „unerlösten" italienischsprachigen Gebiete in Südtirol und an der Adriaküste heraussprang.

Doch so viel „Sacro Egoismo" – oder besser gesagt: schwülstigpseudoreligiös verklärte, doch im Grunde machiavellistische Interessenpolitik – ging dem greisen Kaiser Franz Joseph I. in Wien entschieden gegen den Strich: „Ich ziehe es vor, alles zu verlieren und in Ehren zugrunde zu gehen; lieber das, als dass ich mich auf diesen abscheulichen Räuberhandel einlassen soll!" Hieraufhin schloss Salandra am 26. April 1915 einen Geheimvertrag mit Großbritannien, Frankreich und Russland, der Italien folgende Gebiete versprach, sollte es im Bunde mit der Triple Entente gegen die Doppelmonarchie siegen: Tirol bis zum Brenner, Triest und Istrien sowie das nördliche und mittlere Dalmatien mitsamt der vorgelagerten Inseln. Dazu kam die Bestätigung des Besitzes von Libyen und der ägäischen Inselgruppe Dodekanes. Außerdem sollte Italien noch die Kontrolle über Albanien erhalten, an der späteren Aufteilung des Osmanischen Reiches beteiligt werden und Abessinien annektieren dürfen. Damit waren die Würfel gefallen: Keine vier Wochen nach Unterzeichnung des Vertrages von London erklärte Italien Österreich-Ungarn am 23. Mai den Krieg, was Franz Joseph I. mit den Worten quittierte: „ein Treubruch, dessengleichen die Geschichte nicht kennt".

Egoismus ist normal, aber dass er offen eingestanden und sogar noch religiös überhöht wird, ist schon die Ausnahme

Dem „Maggio Radioso" (Strahlenden Mai) folgte der Juni 1915, welcher blutig und fatal enden sollte. Am 23. dieses Monats entbrannte die erste Schlacht am Fluss Isonzo, in deren Verlauf zwei italienische Armeen den Durchbruch in Richtung Triest versuchten. Die Offensive scheiterte jedoch aufgrund der unerwartet starken Gegenwehr der k. u. k. Truppen, woraus ein zermürbender Stellungskrieg mit diversen verlustreichen Materialschlachten analog zu den Kämpfen in Frankreich resultierte. Die Frontlinie reichte dabei über 600 Kilometer Luftlinie vom Adria-Ort Duino bis zum Stilfser Joch an der Grenze zur Schweiz – und manchmal operierten die Soldaten in Höhen von über 3500 Metern.

Auf die italienische Kriegserklärung an Wien reagierte das Deutsche Reich mit der Entsendung eines „Alpenkorps" unter dem Oberbefehl des bayerischen Generalleutnants Konrad Krafft von Dellmensingen. Zweck der Maßnahme war die Entlastung Österreich-Ungarns und die Verhinderung italienischer Durchbrüche nach Norden. Die verstärkte Infanterie-Division mit rund 20000 bayerischen und preußischen Soldaten operierte ab Ende Mai 1915 in Südtirol und stabilisierte tatsächlich auch die Front dort, obwohl es ihr verboten war, auf italienisches Gebiet vorzustoßen, da ja offiziell noch kein Kriegszustand zwischen Berlin und Rom herrschte. Aber das sollte sich dann am 26. August 1916 ändern.

Franz Joseph I. bezeichnete das Verhalten des Dreibundpartners als einen »Treubruch, dessengleichen die Geschichte nicht kennt«

An diesem Tage übermittelte der italienische Gesandte in Bern, Raniero Paulucci di Calboli, eine diplomatische Note an die schweizerische Regierung, die selbige möge die Führung in Berlin davon unterrichten, dass Italien „sich vom 28. d. Mts. ab mit Deutschland im Kriegszustand befindlich erachtet". Als Begründung wurde auf vielerlei „feindselige Akte" von Seiten des Deutschen Reiches verwiesen, darunter „die wiederholten Lieferungen an Waffen und an Werkzeugen für den Land- und Seekrieg" sowie „die ununterbrochene Teilnahme deutscher Offiziere, Soldaten und Matrosen an den verschiedenen, gegen Italien gerichteten militärischen Operationen". Außerdem monierte Rom noch Handlungen zum Nachteil italienischer Staatsbürger wie das Einfrieren von Bankkonten und die Einstellung der Rentenzahlungen an Italiener, die früher in Deutschland gearbeitet hatten.

Diese Kriegserklärung löste keine große Überraschung im Reich aus. So schrieb die Presse unisono, die Note bestätige doch nur den ohnehin schon existierenden Zustand. Das entsprach indes nicht ganz der Realität, denn nun kam es zu weiteren, größeren Kampfhandlungen mit deutscher Beteiligung wie der zwölften und letzten Isonzo-Schlacht im Oktober 1917, die für Italien fast mit einer Niederlage endete. Die Rettung brachten hier britische und französische Verbände, welche die Heere der Mittelmächte am Fluss Piave aufhielten und dann 1918 zur Gegenoffensive schritten. Hierdurch stand Italien dann doch auf der Seite der Sieger. Der Krieg verlief für Italien in dieser Hinsicht also ähnlich wie der vorausgegangene Deutsche Krieg von 1866. Italien kämpfte gelinde gesagt unglücklich, aber gehörte dank seines beziehungsweise seiner Verbündeten trotzdem zu den Siegern.

Aber anders als beim Deutschen Krieg bekam Italien diesmal nicht alles, worauf es reflektiert hatte. Zwar erhielt es die im Vertrag von London genannten Gebiete, aber Fiume (Rijeka) und Teile Dalmatiens, die es gerne zusätzlich bekommen hätte, nicht. Dies veranlasste den Dichter Gabriele D'Annunzio zu dem populären Ausspruch vom „Verstümmelten Sieg" (Vittoria Mutilata). Die Unzufriedenheit über die Beute trug das Ihrige zur Destabilisierung der jungen italienischen Demokratie und deren Ersetzung durch den Faschismus Benito Mussolinis bei. *Wolfgang Kaufmann*

»Zarteste Lyrik«

Warum man als Deutscher zu allen Strophen des »Deutschlandliedes« stehen kann

Das vor 175 Jahren verfasste „Lied der Deutschen“ ist im Vergleich zu anderen Nationalhymnen überdurchschnittlich friedlich. Der Historiker Golo Mann spricht gar von „zartester Lyrik“. Man muss die Hymne halt nur richtig interpretieren (wollen) – woran es nicht selten mangelt.

„Deutschland, Deutschland über alles, Über alles in der Welt“ – wie sind diese ersten Zeilen des Deutschlandliedes missinterpretiert worden, nicht selten in böswilliger Absicht. Den Anfang machten Deutschlands Kriegsgegner im Ersten Weltkrieg, da war das Deutschlandlied noch nicht einmal Nationalhymne. Bereits vor der Kriegserklärung seines Landes an Deutschland, nämlich 1915, übersetzte ein US-amerikanischer Lehrer die zweite Zeile mit „first of all in this world“. Großbritanniens Premierminister von 1916 bis 1922, David Lloyd George, unterstellte den ersten Zeilen, sie postulierten eine „angebliche Überlegenheit einer Zivilisation“. Und vier Jahre nach Kriegsende heißt es in einem französischen „Handatlas für Oberschulen“ über die Deutschen: „Ihr ‚Deutschland über alles‘ drückt die wilde Selbstsucht und den unverschämten Hochmut dieser Rasse aus.“

Dabei wollte Hoffmann von Fallersleben nur zum Ausdruck bringen, dass er Deutschland über alles liebt. Das ist so wenig verwerflich, wie wenn ein Mann seiner Braut sagt: „Ich liebe dich über alles.“ Das würde auch kein Mensch als Diskriminierung anderer Frauen interpretieren. Dieser Vergleich ist durchaus passend, denn Hoffmann von Fallersleben selber bezeichnet sein Vaterland als seine Braut: „Wie könnt ich Dein vergessen! Ich weiß, was Du mir bist, Wenn auch die Welt ihr Liebstes Und Bestes bald vergisst. Ich sing es hell und ruf es laut: Mein Vaterland ist meine Braut! Wie könnt ich dein vergessen! Ich weiß, was du mir bist.“

Diese Liebe spricht Ernst Scherenberg an, wenn er reimte: „Deutschland galt dein erstes Lieben, Deutschland galt dein letztes nur; Ja, du bist ihm treu geblieben, deinem edlen Sängerschwur; Riefst ihn großen Liederschalles Jubelnd einst zum Himmelszelt: ‚Deutschland, Deutschland über Alles, Über Alles in der Welt!‘“

Und als Beispiel dafür, dass man nicht ein Freund Hoffmann von Fallerslebens gewesen sein muss, wie Scherenberg es war, um dessen Zeilen nicht als gegen andere Nationen gerichtet zu interpretieren, sei abschließend der Österreicher Robert Zimmermann zitiert: „Preußen nicht, noch Österreich mehr, Bayern nicht, noch Sachsen, Deutschland über alles hehr Sprossen soll's und wachsen, Nord und Süden Hand in Hand, Frei zum Himmel schall' es Ungepresst und unverwandt: Deutschland über alles!“

Auch die folgende Zeile des „Liedes der Deutschen“ wurde ungeachtet ihres rein defensiven Charakters verunglimpft. So übersetzte der französische Philosoph Alfred Fouillée: „Wenn es stets zu Schutz und Trutze“ mit „pour se défendre et attaquer“ (zu Verteidigung und Angriff).

Doch nicht nur Angelsachsen und Franzosen agitierten gegen das „Lied der Deutschen“. So heißt es in einer von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz 2004 herausgegebenen Schrift zur fünften und sechsten Zeile der ersten Strophe: „Bereits Ende des 19. Jahrhunderts gab es kritische Stimmen zur ersten Strophe des Liedes. Denn die Maas (frz. Meuse) floss in jener Zeit zu einem Großteil durch Frankreich bzw. Belgien und die Etsch (ital. Adige) in Italien. Der Belt gehörte zu Dänemark, die Memel ist ein litauischer Fluss.“ Fakt ist, dass vor 175 Jahren erstens die Maas durch das zum Deutschen Bund gehörende Herzogtum Limburg floss, das zweitens Litauen zum russischen Zarenreich gehörte und die Memel durch das zum Deutschen Bund gehörende Königreich Preußen floss, dass drittens Italien damals nur ein geografischer Begriff war und die Etsch vollständig durch den zum Deutschen Bund gehörenden Kaiserstaat Österreich und dabei teilweise auch durch dessen deutschsprachigen Teil floss sowie dass viertens der Kleine Belt, der wohl mit „Belt“ gemeint ist, zwischen Dänemark und Schleswig lag, das überwiegend deutschsprachig war und auf ewig ungeteilt mit dem zum Deutschen Bund gehörenden Holstein sein sollte.

Die Nennung der Etsch als Südgrenze ist ein klares Bekenntnis zur großdeutschen Lösung der deutschen Frage unter Einschluss Österreichs. Als ein solches Bekenntnis wird auch die Wahl der vom Österreicher Joseph Haydn komponierten Melodie der österreichischen Kaiserhymne „Gott erhalte Franz den Kaiser“ gewertet.

Textete das „Lied der Deutschen“: August Heinrich Hoffmann von Fallersleben Bild: CF

Hoffmann von Fallersleben war ein typischer Vertreter der nationalliberalen Bewegung. Reaktionär und strukturkonservativ war er nicht. Davon zeugt auch sein spöttisches Verhältnis zum damals noch privilegierten Adel: „An meine Heimat dacht ich eben, Da schrieb ich mich von Fallersleben. Ich schrieb's und dachte nie dabei An Staatszensur und Polizei. So schrieben sich viele Biederleute Nach ihrem Ort und tun's noch heute, Und keiner dachte je daran, Durch von würd er ein Edelmann.“ Hoffmann von Fallersleben war also ein Bürgerlicher und hieß eigentlich Hoffmann. Aus Respekt vor dem Dichter der deutschen Nationalhymne wollen wir es jedoch bei dem von ihm selber gewählten Künstlernamen belassen.

Davon, dass der Burschenschafter Hoffmann von Fallersleben nicht nur national, sondern auch liberal gesinnt war, zeugt die dritte Strophe seines „Deutschlandliedes“, auf die sich mittlerweile die Nationalhymne der Bundesrepublik beschränkt. In ihr bekennt sich der Deutsche nicht nur zur Einigkeit, sondern auch zu Recht und Freiheit.

Wie viele Liberale jener Zeit begeisterte sich auch Hoffmann von Fallersleben für die Griechen, die 1821 bis 1829 ihre Unabhängigkeit von den Osmanen erkämpften. Als er während seines Studiums dem Begründer der deutschen Philologie und Altertumswissenschaft, Jacob Grimm, seine Begeisterung offenbarte, fragte dieser ihn: „Liegt Ihnen Ihr Vaterland nicht näher?“ Das gab dem Studenten zu denken, und er wand sich der damals noch jungen Germanistik zu, in der er es bis zum Professor brachte. Derart wissenschaftlich gebildet schenkte Hoffmann von Fallersleben seiner Nation neben so volkstümlichen Liedern wie „Kuckuck, Kuckuck ruft's aus dem Wald“, „Alle Vögel sind schon da“, „Morgen kommt der Weihnachtsmann“ und „Winter, ade! Scheiden tut weh“ auch das „Lied der Deutschen“.

Mittlerweile ist es en vogue, damit Furore zu machen, die angebliche Homosexualität von Personen der Geschichte zu offenbaren. Deshalb sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Hoffmann von Fallersleben zwar das Vaterland als seine Braut bezeichnet hat, aber dem weiblichen Geschlecht deshalb nicht abhold war. Davon zeugt die zweite Strophe des „Deutschlandliedes“, in der Hoffmann von Fallersleben im wahrsten Sinne des Wortes das hohe Lied auf „deutsche Frauen, deutsche Treue, deutschen Wein und deutschen Sang“ gesungen hat. Hoffmann von Fallersleben war auch verheiratet, mit seiner 33 Jahre jüngeren Nichte Ida vom Berge, die ihm vier Kinder schenkte, von denen eines das erste Lebensjahr überlebte. Vor seiner Heirat hatte er Henriette von Schwachenberg geliebt. Am 27. August 1841 schrieb Hoffmann von Fallersleben seiner Jugendliebe: „Dass ich, als ich ‚Deutsche Frauen‘ schrieb, in erster Linie Ihrer gedachte, ist kaum der Erwähnung wert. Wie mein Erstlingswerk widme ich nach genau 20 Jahren auch mein Deutschland-Lied Ihnen.“ Die Liebe blieb unerfüllt. 1848 erhielt Hoffmann von Fallersleben die Nachricht von ihrem Tode, was ihn tief erschütterte. Überhaupt ist Hoffmann von Fallerslebens weiteres Leben nicht frei von Tragik. Mit Otto von Bismarcks kleindeutscher Lösung der deutschen Frage von oben wurde er nicht warm, und der Durchbruch seines „Deutschlandliedes“ begann erst im Wilhelminismus, bis es in der Weimarer Zeit mit der Erhebung zur Nationalhymne die höchsten Weihen erhielt. Da war Hoffmann von Fallersleben schon längst tot. Ein halbes Jahr nach der Reichsgründung und zweieinhalb Jahre vor seinem Tod klagte er:

„‚Deutschland, Deutschland über alles‘ O wie sang ich es so oft! Niemals wollt' Erfüllung werden Was ich lang und heiß gehofft. Ach! die Tage der Erfüllung Meiner Hoffnung kamen nicht, ‚Deutschland, Deutschland über alles!‘ Blieb nur immer mein Gedicht.

Und im Jahre neunundfünfzig Ward es mir gar wunderbar, So als böte mir ein Engel Der Erfüllung Rose dar. Und ich sang von Deutschland wieder. Sang in Freud' und Hoffnung nur, Doch mein ‚Deutschland über alles!‘ Kam und ward – Maculatur.“

Manuel Ruoff

Wie das »Lied der Deutschen« vor 175 Jahren entstand

Vom 11. August bis 5. September 1841 hielt sich August Heinrich Hoffmann von Fallersleben auf der Nordseeinsel Helgoland auf. Sein Arzt hatte dem mittlerweile 43-Jährigen zum Seeklima geraten. Auf dem Schiff, das ihn auf die Insel brachte, befand sich auch eine Gruppe von Hannoveranern. Sie dachten politisch offenkundig ähnlich wie er, denn sie hatten ein paar Bände seiner „Unpolitischen Lieder“ bei sich. Darüber hinaus fühlte er sich den Hannoveranern landsmännisch verbunden. Er selber war zwar mittlerweile Germanistikprofessor im preußischen Breslau, aber seine Wiege hatte in Fallersleben gestanden. Am Abend traf man sich im Conversations-Haus wieder, und man hatte seinen Spaß.

Am 21. August kamen weitere Hannoveraner auf die Insel und den Abend verbrachte man wieder im Conversations-Haus. Nachdem man sich begrüßt hatte, wurde das Abendessen eingenommen. Es folgte eine Reihe von Trinksprüchen, wobei Hoffmann von Fallersleben die deutschen Frauen hochleben ließ.

Zwei Tage später hieß es Abschied nehmen. Die meisten Hannoveraner kehrten heim. Was dann geschah, beschreibt Hoffmann von Fallersleben in seinen Memoiren mit dem schlichten Titel „Mein Leben“: „Den ersten Augenblick schien mir Helgoland wie ausgestorben, ich fühlte mich sehr verwaist. Und doch that mir bald die Einsamkeit recht wohl: ich freute mich, dass ich nach den unruhigen Tagen wieder einmal auch mir gehören durfte. Wenn ich dann so wandelte einsam auf der Klippe, nichts als Meer und Himmel um mich sah, da ward mir so eigen zu Muthe, ich musste dichten und wenn ich es auch nicht gewolt hätte. So entstand am 26. August das Lied: ‚Deutschland, Deutschland über Alles!‘“

Zwei Tage später bekam der Urlauber Besuch von seinem Hamburger Verleger Julius Campe mit ersten Exemplaren des zweiten Teils der „Unpolitischen Lieder“. Das Manuskript dazu hatte der Künstler bei einem Zwischenstopp in der Hansestadt auf dem Weg nach Helgoland abgegeben. Die Veröffentlichung des zweiten Teils war ein Grund zu feiern, und so wurde im Conversations-Haus angestoßen. Campe wollte jedoch das Selbstbewusstsein seines Autoren und dessen Honorarforderungen nicht ins Uferlose wachsen lassen und sagte deshalb: „Nun erscheinen auch noch nächstens bei mir die ‚Lieder eines kosmopolitischen Nachtwächters‘ – Der Dichter hat sich nicht genannt – den könnten sie sonst wohl noch beim Kragen fassen. Dem kommen Sie nicht nach sowohl an Poesie als auch an Schärfe; einige Lieder sind ganz im Volkstone. Ja, da sind wunderbare Sachen darin. Es sind Seiten berührt, die Ihnen ganz fremd geblieben.“ Die Absicht von Campes Worten wurde Hoffmann von Fallersleben nach seinen eigenen Angaben erst Jahre später klar, aber er begriff sofort, dass dieses nicht der richtige Moment war, um mit Campe ins Geschäft zu kommen.

»Das Lied der Deutschen hat kein Glück gemacht«

Erst bei einem Strandspaziergang am nächsten Morgen bot der Autor seinem Verleger sein „Lief der Deutschen“ an: „Ich habe ein Lied gemacht, das kostet aber vier Louisdor.“ Im Conversations-Haus las Hoffmann von Fallersleben Campe seine Strophen vor. Noch ehe die Lesung beendet war, lag der geforderte Betrag auf dem Tisch. Auf Campes Hinweis, dass das Lied eine Melodie brauchte, antwortete Hoffmann von Fallersleben: „Natürlich habe ich daran gedacht. Mir geht meist eine Melodie im Kopf herum, wenn ich reime. Haydns Melodie der österreichischen Kaiserhymne war mit im Ohr, als ich die Verse schuf. Es ist eine wunderbare Weise, und fast alle Deutschen kennen sie. Nun wird also der Text ausgewechselt. Der Kaiser weicht, und Deutschland kommt hinein. Das Ganze hat einen Sinn ...“ Campe war begeistert und reiste bereits am darauffolgenden Morgen ab. Noch während Hoffmann von Fallerslebens Helgolandaufenthalt, am 1. September, war das „Lied der Deutschen“ samt Haydns Melodie gedruckt. Laut dem Verfasser selber ist sein Lied danach bis 1872 noch 58-mal vertont worden. Die Versuche waren vergebens. „Die Haydnsche Melodie ist nicht übertroffen worden und das ist mir lieb; es muss eine Melodie von einem Ende bis zum anderen gesungen werden, nämlich vom Volke“, so Hoffmann von Fallerslebens Kommentar.

Der geschäftstüchtige Campe hatte gute Beziehungen zu der Hamburger Liedertafel von 1823, und so wurde bereits am Abend des 5. Oktober 1841 das Lied in Anwesenheit Hoffmann von Fallerslebens erstmals öffentlich gesungen. Anlass war eine abendliche Feier vor dem Hotel Streit auf dem Jungfernstieg in Hamburg zu Ehren des in dem Haus abgestiegenen führenden Vertreters des süddeutschen Liberalismus Carl Theodor Welcker. Die „Hamburger Nachrichten“ schrieben hierzu: „Zuerst ward von dem ausgezeichneten Hornisten-Corps unseres Bürger-Jäger-Bataillons ein Marsch gespielt, dann beim Licht rot brennender Fackeln Hoffmann v. Fallersleben's ‚Lied der Deutschen‘ nach der Melodie: ‚Gott erhalte Franz, den Kaiser‘ gesungen.“

Nichtsdestotrotz ließ der Erfolg auf sich warten. „Das Lied der Deutschen hat kein Glück gemacht, die Kosten bekomme ich nicht heraus“, resümierte Campe gegenüber Hoffmann von Fallerleben am 18. Februar 1842. Und in der Tat sollte der Erfolg erst mit der Vereinigung von Helgoland und dem Deutschen Reich 1890 beginnen. Da war nicht nur der Dichter, sondern auch sein Verleger längst tot.

M.R.

An Verbrechen gewöhnen

Zu: Die Gestaltlose (Nr. 32).

Angela Merkels erneute Behauptung „Wir schaffen das!“ ist realitätsfremd und illusorisch. Viele Völker sehen diese unkontrollierte Einwanderung als Fehler mit verheerenden Folgen für ganz Europa. Mit Recht! Sie führte zum starken Verlust an Sicherheit.

Mit den Flüchtlingen und Migranten kamen Verbrecher aller Art sowie Terroristen ins Land. Blutige Konflikte aus anderen Ländern werden importiert und bei uns ausgetragen. 66 Prozent der Deutschen sagen, wir schaffen das nicht! Die Hälfte der bei uns in zweiter und dritter Generation lebenden Muslimen sagt: „Der Koran ist wichtiger als deutsche Gesetze.“ Die AKP-Demonstranten in Köln zeigten, für wen ihre Herzen schlagen.

Ohne eine Änderung der übertriebenen Toleranz gegenüber Zuwanderern wird Deutschland im Chaos enden. Unsere Enkel werden fragen: Warum habt ihr das damals nicht verhindert? Seit Jahren schwätzen Politiker: Wir müssen Straftäter abschieben, wir dürfen nicht zulassen, dass in Moscheen Hass gepredigt wird, wir sollen dies und jenes. Macht Schluss mit Eurer Gaukelei! Handelt endlich, um die angestiegene Kriminalität zu stoppen! Laut Umfrage im Fernsehsender n-tv wollen 93 Prozent der Bürger ein härteres Ausländerrecht. Viele wollen Taten sehen und nicht Sprüche hören. Der Nahostexperte Michael Lüders sagte neulich: „Wir müssen uns an die Art des Verbrechens gewöhnen.“ Schöne Aussichten!

Kurt Spriewald, Kassel

Merkel und die Physik der Kräfte

Zu: Verkehrte Welt (Nr. 28)

Eine Kraft (von einströmenden Migranten, d. Red.) lässt sich steuern, wenn sie nicht stärker ist als die Kraft, auf die sie stößt. Die Stärke einer Kraft kann nur einstufen, wer sie kennt. Wenn sich diese Kraft aus unbekannten Anteilen, von Kräften unterschiedlicher Eigenschaften zusammensetzt, wenn diese Anteile täglich wechseln, dieser Wechsel unvorhersehbar und unbeeinflussbar ist, ebenso ihr Maß in summa, und wenn dieses nicht Gewusste bekannt ist, dann ist erst recht keine Aussage möglich. Wenn es jedoch abgelehnt wird, den Zufluss, den diese gesamte Summe der Kräfte täglich erfährt, zu beenden, dann besteht die Unmöglichkeit ihrer Beurteilung unabsehbar fort.

Eine unabsehbar anwachsende Kraft als Summe unterschiedlicher Anteile von Eigenschaften führt zu keinem „Das“. Die Aussage „Wir schaffen das!“ ist also nicht möglich. Kein Physiker wird sich zu ihr hinreißen lassen.

Gudrun Schlüter, Hamburg

Luther sah das Unheil kommen

Zu: EKD greift Luther an (Nr. 31)

Am 25. November 1537 hielt Martin Luther eine Predigt über Matthäus 25, Verse 31–46, in der er wörtlich sagte: „Ich bin nicht gern Prophet. Aber wenn der Jüngste Tag nicht kommt, so wird doch der Türke bald kommen und so mit uns umgehen, dass wir sagen werden: Hier war einmal Deutschland. Oder ein anderer Tyrann wird's tun. Wir wollen leben, wie wir wollen ... Deutschland ist unserm Herrgott eine Torheit schuldig und wird sie bald begehen ... Ich habe Sorge, meine Weissagung wird wahr. Die Menschen sind unbußfertig, es ist kein Hören. Darum wird Deutschland überm Haufen fallen.“

Damit sah Luther seinerzeit schon das voraus, wovor der Buchautor und SPD-Politiker Thilo Sarrazin rund 475 Jahre später in seinen Werken warnt, nämlich die Abschaffung Deutschlands. Was aber würde Luther, dem das Wohl seiner Heimat stets ein Herzensanliegen bedeutete, erst sagen, wenn er die Realität im gegenwärtigen Deutschland sähe, die seine prophetischen Befürchtungen von einst längst überholt hat? Er wäre überdies wohl sehr erstaunt zu hören, dass, wer sich heute auf seine Thesen von damals beruft, wegen einer sogenannten „political correctness“ oder des vorherrschenden Zeitgeistes als „Rechtspopulist“, „Rassist“ oder sogar „Neonazi“ gebrandmarkt wird.

Aber die frühere Bischöfin Margot Käßmann, die jetzt die offizielle EKD-Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017 ist, zeichnete schon bei der Übernahme dieses Amtes im April 2012 ihre Rolle vor, als sie betonte, die Reformation sei in ihrer Abgrenzung vom Katholizismus „erst einmal nicht tolerant gewesen“. Luthers Judenfeindlichkeit sei „ein belastendes Erbe“. Auch sei er „kein großes Beispiel für Toleranz gegenüber dem Islam“ gewesen.

Martin Luther selbst würde dies alles wahrscheinlich mit den Worten kommentieren: „Gott sei's geklagt!“

Wolfgang Reith, Neuss

Schöngeredete Sure

Zu: Zynisch, aber ein Glücksfall (Nr. 32)

In dem *PAZ*-Kommentar geht es zu Anfang um die Trauerfeier für die Münchner Terroropfer, bei der unter anderem eine Muslimin aus Sure 5 des Korans zitierte. Wer sich ein wenig auskennt, merkte sofort, dass es um „Taquia“ ging, was Täuschung, Unwahrheit besagt. Diese Taquia wird angewandt, wenn der Islam schöngeredet werden soll. Die bewusste Sure 5 wird gerne zitiert, wenn die Friedfertigkeit des Islam bewiesen werden soll. Da die meisten Deutschen sich nicht die Mühe machen, den Koran zu lesen, fällt ihnen natürlich die Täuschung nicht auf.

Ich zitiere jetzt aus Sure 5 in deutscher Übersetzung von A. Th. Khoury unter Mitwirkung von Salim Abdullah: „Wir haben den Kindern Israels vorgeschrieben: Wenn einer jemanden tötet, jedoch nicht wegen eines Mordes oder weil er auf der Erde Unheil stiftet, so ist es, als hätte er die Menschen alle getötet. Und wenn jemand ihn am Leben erhält, so ist es, als hätte er die Menschen alle am Leben erhalten.“

Diese Sätze sind also nur an Israel gerichtet, und können nicht von Moslems in Anspruch genommen werden als Zeichen ihrer Friedfertigkeit, obwohl es der Welt gut täte, wenn auch die Moslems sich die Sätze zu Herzen nähmen. Leider sieht es aber ja nicht danach aus.

Christiane Niemann, Rostock

Islam ist Ideologie

Zu: Religionsideologie (Nr. 31)

Der Islam ist keine kosmische Urreligion wie das Christentum und der Buddhismus, er ist eine Mischung aus Christen- und etwas Judentum. Der Islam ist in erster Linie eine Ideologie wie der Kommunismus, nur noch weit brutaler und grausamer. Mohammed war gewiss kein Heiliger, ob er ein Prophet war, sei dahin gestellt. Wo auch immer Mohammed war, hat er eine Blutspur und verbrannte Erde hinterlassen. Die heutigen Anhänger sind seine würdigen Nachfahren, und sie setzen sein Werk der Zerstörung und die Verlängerung der Blutspur fort.

Der Schlachtruf der Muslime „Allahu Akbar“ (Allah ist der Größte), dieser Allah hat nichts mit dem Schöpfergott des Weltalls zu tun, er ist ein blutrünstiger Dämon, der sein Unwesen treibt. Alles Gemeine, Hässliche und Böse trägt immer den Keim der Selbstvernichtung in sich. Was die Menschen heute erleben und über sich ergehen lassen müssen, ist nichts anderes als die Endphase des Untergangs aller negativen und destruktiven Kräfte, auch des Islams.

Barbara Koerber, Gräfenberg



Blumenmeer nach dem Terroranschlag am Pariser Konzertsaal Bataclan im November 2015: Wenn sich politisch nichts ändert, müssen sich die Bürger an solche Verbrechen gewöhnen, die mit der Zuwanderungswelle nach Europa importiert werden Bild: action press

Schnurzegal

Zu: Die Stadt, die man hören kann (Nr. 29)

Papst Franziskus hat bei seinem Besuch des Weltjugendtages in Krakau die Polen aufgefordert, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Dazu hat sich die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydlo geäußert. Sie sagte, einerseits will man Menschen in Not helfen. Andererseits müsse man die eigene Bevölkerung schützen. Der Schutz der eigenen Bevölkerung habe Vorrang. Das sieht die Bundeskanzlerin Angela Merkel ganz anders. Sie fühlt sich in erster Linie den Ausländern verpflichtet. Das Schicksal der Bundesrepublik ist ihr schnurzegal.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

Ein hinkender historischer Vergleich

Zu: Röhm-Putsch 2.0 (Nr. 32)

Während es sich beim „Röhm-Putsch“ um eine rein innerdeutsche Angelegenheit handelte, die zwischen der SA einerseits sowie den einflussreichsten NSDAP-Bonzen andererseits ausgetragen wurde, sitzt der Chef von Erdogans Konkurrenz in den USA. So gesehen sind beide Ereignisse nicht vergleichbar.

Was die Einführung einer Todesstrafe betrifft, die Erdogan zuzutrauen sei, gehört diese doch schon längst zum Bestandteil der Europäischen Union, die sie in der EU-Verfassung (Lissabonner Vertrag im Artikel 6 Abs. 1 UAbs 3 EUV) gesetzlich zur Anwendung festgeschrieben hat, und zwar bei Kriegsgefahr, Aufständen, Aufruhr und Krawallen, also genau jenen Ereignissen, wie sie sich jetzt in der Türkei zu entwickeln begannen. Diesbezüglich heißt es dann auch im oben bezeichneten Artikel, dass Hitler und Erdogan demokratisch gewählt wurden. Da drängt sich einem doch die Frage auf: Wurden Jean-Claude Juncker und Co. auch demokratisch gewählt?

Die Charakterisierung der einstigen alliierten Regierungschefs Chamberlain und Daladier als Beschwichtigungspolitiker und Huldiger Adolf Hitlers 1938 auf dem Obersalzberg finde ich völlig daneben. Vor seinen Hitlerbesuchen in Deutschland im September 1938 sorgte Chamberlains Regierung bereits im Mai 1938 dafür, dass die Regierung der Tschechoslowakei zur Mobilmachung gegen Deutschland getrieben wurde, obwohl deutscherseits keine irgendwelchen militärischen Maßnahmen an der deutsch-tschechischen Grenze stattfanden.

Die nächsten Versuche, Deutschland in den Krieg gegen die Tschechoslowakei zu treiben, erfolgten dann im September 1938. Während erfolgloser Gespräche zwischen Hitler und Chamberlain am 15. September in Berchtesgaden und ab 22. September in Bad Godesberg erhielt die Regierung in Prag von der englischen Regierung am 22. September um 20 Uhr ein Telegramm, in dem es hieß, dass die Tschechoslowakei gegen Deutschland wieder mobilisieren solle. Darauf folgte am 23. September um 16 Uhr ein weiteres Telegramm, das empfahl, mit der Durchführung der Mobilmachung noch zu warten und diese geheim zu halten. Um 22.30 Uhr platzte schließlich in die Verhandlungen zwischen der deutschen und der englischen Delegation in Bad Godesberg die Meldung von der tschechoslowakischen Mobilmachung gegen Deutschland – zu Chamberlains klammheimlicher Freude.

Dass auch Daladier Hitler keinesfalls huldigte oder beschwichtigte, geht allein schon aus der Tatsache hervor, dass Frankreich Anfang September 1938 seine Mobilisierungsmaßnahmen zunächst an seiner Grenze zum deutschen Vertragspartner Italien und Ende September 1938 seine Generalmobilmachung direkt an der Grenze zu Deutschland in den ehemaligen deutschen Provinzen Elsass und Lothringen in Erwartung eines deutschen Einmarsches in die Tschechoslowakei beschleunigte.

Ingo Schewiola, Hamm

Die Märchen der »Klimaflüsterer«

Zu: Die Mär vom Zusammenhang (Nr. 31)

In der Tat, die Konstruktion eines Zusammenhangs zwischen dem „Arabischen Frühling“ und der „Klimaerwärmung“ ist ein Märchen aus „Tausendundeiner Nacht“. Schon vor 4000 Jahren deutete Joseph die Träume des Pharaos von den sieben fetten und sieben mageren Jahren als Folge des Rhythmus beim Nil-Hochwasser.

Die Konstruktion unsinniger Kausalverbindungen ist ideologisch erwünscht und zu einem einträglichen Geschäft zwischen Politik und Wissenschaft geworden. Der Bürger ist dabei der Betrogene, denn seine Steuergelder missbraucht die Politik, um sich ein „wissenschaftliches Mäntelchen“ umzuhängen für Maßnahmen, die der normale Bürger für völlig unsinnig hält. Eine solche Maßnahme ist der „Klimaschutz“ zwecks Abwehr einer drohenden „Klimakatastrophe“. Die Bürger interessiert das Wetter, nichts als das Wetter. Von ihm allein gehen alle Gefahren aus. Er will bessere Wettervorhersagen, um sich rechtzeitig vor Unwettern schützen zu können.

Der Bürger weiß, wie „Klima“ entsteht, dass es ein statistisch errechneter Zustand ist und kein dynamisch ablaufender Naturvorgang wie das Wetter. Er war 1986 skeptisch gegenüber der Warnung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft vor der drohenden „Klimakatastrophe“, die er selbst verursacht haben sollte. Doch als sich die Medien auf die Seite von „Wissen und Macht“ schlugen, da hatte der Bürger keine Chance mehr und wurde Opfer von Korruption und Manipulation.

Ein raffiniert installiertes Manipulationsinstrument der Politik wurde das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Es wurde von Umweltminister Klaus Töpfer 1991 gegründet. Der Physiker Hans Joachim Schellnhuber wurde 1992 Direktor und baute das PIK zu einer der besten „Klima-Denkfabriken“ weltweit aus. Er hatte eine politische Vision, und was er beabsichtigte, beschrieb er 1993 in „Homöostase und Katastrophe: Ein geophysiologischer Zugang zur Klimawirkung“. Darin schrieb er nüchtern und pragmatisch: „Der Begriff ‚Klimakatastrophe‘ hat gegenwärtig Konjunktur, – auch im handfesten ökonomischen Sinn! Ein Schreckensszenario von solcher Unbedingtheit kann kaum das zwingende Resultat seriöser wissenschaftlicher Einsicht in den Zustand des hochkomplexen Erdsystems sein.“

Schellnhuber war nicht an der Erforschung der „Physik der Atmosphäre“ interessiert, sondern an Geld und politischem Einfluss als staatlicher „Klima-Flüsterer“, als Berater der nationalen wie internationalen Politik. 2004 wurde er von Elizabeth II. zum „Commander of the Britisch Empire“ ernannt, und 2015 durfte er die Enzyklika „Laudato Si'“ von Papst Franziskus präsentieren.

Doch die Klima-Prunkgewänder, in die sich der PIK-Direktor hüllt, sind nichts anderes als des Kaisers neue Kleider, unter denen die Realität sichtbar wird: Das Wetter, das zum Glück für die Menschheit nicht „menschengemacht“ ist.

Dr. Wolfgang Thüne, Oppenheim

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 34 – 26. August 2016

MELDUNGEN

Löwenstein wird 650 Jahre alt

Löwenstein – Das Dorf im Kreis Gerdauen (Gemeinde Korschen) feierte den 650. Jahrestag seiner Pfarrgemeinde. Die Löwensteiner begingen das Jubiläum mit einer feierlichen Prozession rund um das Dorf. Heute wohnen nur noch einige Familien in Löwenstein, aber zu den Feierlichkeiten versammelten sich einige hundert früherer und jetziger Pfarrangehöriger. Am Gottesdienst nahm auch der ermländisch-masurische Woiwode, Artur Chojecki, teil: „Es ist zu sehen, dass das Sanktuarium unter den Gläubigen und unter den Pilgern eine große Wertschätzung erfährt. Ich denke, dass es wichtig ist, dass die Einwohner aus der Geschichte das Beste hüten. Ich glaube, dass der Kult, der hier gepflegt wird, Inhalt der Gedanken der Einwohner der ganzen Region wird“, sagte der Woiwode. Löwenstein wurde im Jahre 1366 vom Hochmeister Winrich von Kniprode gegründet. Seit 1954 wird die Pfarrgemeinde von Pfarrer Salezjanow geleitet. *PAZ*

Wisente für Königsberg

Königsberg – Im Gebiet des Naturparks Wystiter See sollen Wisente ausgewildert werden. Hierüber verhandelte unlängst das Umweltministerium des Königsberger Gebietes mit Jaromir Krajewski, dem Direktor des polnischen Nationalparks Bialowiezer Heide, und der polnischen Vereinigung der Wisentfreunde. Als Ziel des Projektes wird die Erhaltung dieses alten Charaktertieres Ostpreußens sowie die Förderung des Tourismus angestrebt. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing – Jazowa, Baustelle; Liebemühl – Osterode, Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Warweiden [Wirwajdy] – Thyrau [Tyrowo], Baustelle; Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Arys [Orzysz] – Lyck, Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing – Fichthorst [Jeglownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Markeim [Markajmy] – Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Spiegelberg [Sprecowo] – Hochwalde [Lugwałd], Baustelle; Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Gallingen [Galiny], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. Straße Nr. 59: Moythienen [Mojtyny], Brückenbau. Straße Nr. 63: Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Brückenbau. Straße Nr. 65: Goldap – Treuburg [Olecko], Brückenbau; Oratzen [Oracze], Baustelle. Straße Nr. 65c: Treuburg, Umgehungsstraße, Baustelle. *E.G.*

Zeugen der Geschichte bedroht

Deutsche Schule soll als Sehenswürdigkeit dienen – Zerstörung anderer Gebäude schreitet voran

Im heutigen Stadtbild von Königsberg finden sich nur noch wenige Spuren der deutschen Vergangenheit. Während einige unter Denkmalschutz stehende Gebäude liebevoll saniert werden, verschwinden andere vollends.

Eines der bemerkenswertesten Gebäude der Stadt hat sein historisches Antlitz zurückerhalten. Es ist die ehemalige Friedrich-Ebert-Schule, in der heute die Königsberger Kadettenschule Andrej Perwoswannyj untergebracht ist.

Nach dem Krieg war hier das Internat Nr. 3 beheimatet, und erst seit 2009 wurde es Kadettenschule. In diesem Jahr wird das Kadettenkorps den ersten Jahrgang Kadetten verabschieden, der sich 2009 hier eingeschrieben hatte. Für diese Veranstaltung wurde der Glockenturm restauriert und in seine ursprüngliche Form gebracht. Zum ersten Mal seit dem Krieg wurde die Glocke wieder in Betrieb genommen.

Das Gebäude der ehemaligen Volksschule wurde 1930 in der Rantauer Straße 9–11 [ul. Scheljabowa 9] erbaut. Während des Kriegs wurde das Gebäude kaum beschädigt. Allerdings ging der Mechanismus der Turmuhr verloren. Vermutlich wurde er in eine Stadt in der Sowjetunion verbracht.

Heute existieren in Königsberg nur noch vereinzelt Gebäude, die eine solche Verzierung haben. Bis zum Krieg hatte es viele solcher Türme auf einer Reihe von Königsberger Bildungseinrichtungen gegeben. Heute ist es fast unmöglich, ähnlichen architektonischen Gebäuden in der Stadt zu begegnen. Eines der erhaltenen Beispiele ist das Gebäude der Baltischen Föderalen Universität in der Stägemannstraße [Tschernyschew-Straße 56], in dem sich bis zum Krieg die Kraus- und Hippelschule für Jungen und Mädchen befunden hatte.



Gerettet: Die Friedrich-Ebert-Schule wird auch heute noch als Lehranstalt genutzt Bild: J.T.

Das Marine-Kadettenkorps ist die einzige Bildungseinrichtung im Königsberger Gebiet, die den staatlichen Status einer Kadettenschule hat. Sie wurde im Jahr 2000 auf der Grundlage des Baltischen Marine-Instituts, benannt nach Admiral Uschakow, gegründet. Die Schule nimmt Schüler der Klassen 5 bis 11 der allgemeinbildenden Schulen der Region auf. Zurzeit befinden sich 500 Schüler in Ausbildung.

Das restaurierte Schulgebäude soll zur Sehenswürdigkeit werden, da es sich im Zentrum der Stadt befindet und den Status eines Objekts des kulturellen Erbes hat, also unter Denkmalschutz steht. *Jurij Tschernyschew*

Verlorenes Kulturerbe

Die „Komsomolskaja Prawda“ beobachtet jährlich den fortschreitenden Verfall des deutschen Kulturerbes und listet die zerstörten Gebäude auf.

Allein in diesem Jahr sind wieder acht Gebäude verloren gegangen. Eines davon ist das im neogotischen Stil erbaute Gutshaus in Kalgen von 1912. Das Haus war eigentlich noch in gutem Zustand. Doch wie so oft wurde erst ein Bauzaun darum gezogen – wegen Renovierungsarbeiten, wie es auf Nachfrage hieß, – aber dann wurden das Dach abgetragen und zuletzt die Wände.

Ebenso wird es dem einstigen Insterburger Brauhaus Bruhn & Froese ergehen. Der Gebäudekomplex in der Ziegelstraße [ul. Pobedy] wurde 1890 erbaut. Nach dem Ersten Weltkrieg war hier die Drahtwarenfabrik Malk & Huth untergebracht und die Ostdeutsche Wurstfabrik. Nach dem Krieg arbeiteten hier 2500 Insterburger in einer Maschinenbaufabrik, doch zuletzt waren nur noch einige Autowerkstätten darin untergebracht. Der neue Eigentümer will die Brauerei abreißen lassen.

In Podollen, Kreis Wehlau, ist ein deutsches Haus verfallen, obwohl es auf der Denkmalschutzrolle stand. Schon vor einem Jahr hatte die „Komsomolskaja Prawda“ die zuständige Behörde auf den drohenden Verfall aufmerksam gemacht, jedoch ohne Erfolg. Von dem Haus sind nur noch die Fundamente übrig. Jetzt wird gegen den Eigentümer ermittelt.

In der Lawsker Allee in Königsberg wurde der ehemalige Kindergarten demontiert, auf der Kreuzung Flottwell-/Hindenburgstraße wurde das Gebäude der ehemaligen Sparkasse, das den britischen Bombenhagel überstanden hatte, derart umgestaltet, dass es nicht mehr erkennbar ist.

Mitte Juli haben Bauarbeiter mit dem Abtrag der Kaserne des Kürassier-Regiments „Graf Wrangel“ am Wallring begonnen. Nach Plänen der Stadt soll hier ein Hotel entstehen und ein Teil soll als Wohnungen verkauft werden. In das Zeughaus erhält niemand mehr Zugang. Seine Wände werden von Stunde zu Stunde immer mehr abgetragen.

In Seckenburg, Kreis Elchniederung, wurde in diesem Jahr ein Gasthaus von Anfang des vergangenen Jahrhunderts der Zerstörung abgerissen. Andernorts blieb nur noch die Kirche eines Dorfs stehen, weil sie den Status eines Denkmals hatte.

Laut Anatolij Bachtin, Hauptarchivar des Königsberger Gebietsarchivs, gab es nach dem Krieg noch über 800 erhaltene ostpreußische Gutshäuser. Als er in den 90er Jahren die Region bereiste, existierten nur noch zehn Prozent davon.

Wenn es nicht gelingt, Investoren und die Behörden vom touristischen Wert der Gebäude, wie im Falle der Friedrich-Ebert-Schule zu überzeugen, wird von dem erhaltenen Rest des ostpreußischen Erbes noch weniger übrig bleiben. *MRK*

Modernes Medizininstitut

Allensteiner Uni erhält Untersützung von Emil-Behring-Zentrum

Anfang August wurde in Allenstein ein Zentrum für experimentelle Medizin eröffnet. Es ist das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der Allensteiner Universität und der Selbstverwaltung. Das Institut wird von der Ermländisch-Masurischen Universität geleitet und trägt den Namen Emil Adolf von Behrings (geboren am 15. März 1854 in Hansdorf, Kreis Rosenberg in der Provinz Westpreußen; am 31. März 1917 in Marburg verstorben), des preußischen Immunologen und Serologen sowie Trägers des ersten Nobelpreises für Physiologie und Medizin.

> Benannt nach erstem Nobelpreisträger für Medizin

Der vor neun Jahren eröffnete medizinische Studiengang in Allenstein, der bereits sehr gute Resultate zeigt, soll durch das neue Zentrum für experimentelle Medizin gestärkt werden. Die Institution befindet sich auf dem Gelände der Uniklinik und soll sowohl den Studenten und Wissenschaftlern als auch den Patienten dienen. Schon bald wird das Zentrum mit einem wissenschaftlichen Projekt, das an Patienten mit Rückenmarkverletzung gerichtet wird, starten.



Neu eröffnet: Emil-Behring-Zentrum in Allenstein Bild: olsztyn.wm.pl

Das Emil-Behring-Zentrum in Allenstein ist eine der modernsten Einrichtungen dieser Art in der Republik Polen. Es ermöglicht die Ausbildung von Medizinstudenten sowie die wissenschaftliche Forschung in den folgenden Bereichen: Molekularbiologie, Pharmakologie, Pathophysiologie, Toxikologie, Neurologie und Neurochirurgie. *Edyta Gladkowska*

Erfolgreich

Schiemanen begrüßte den 10000. Gast

Der Flughafen „Olsztyn-Mazury“ in Schiemanen hat bereits über 10000 Passagiere zu verzeichnen. Seit der Eröffnung ist über ein halbes Jahr vergangen. Der 10000. Passagier war eine Frau, die am 7. Juli aus Londonin Schiemanen ankam. Sie erhielt ein Ehren-Zertifikat. Der Marschall der ermländisch-masurischen Woiwodschaft, Gustaw Marek Brzezin, unterstrich, dass der Flughafen „lebt“, die Zahl der Passagiere wachse, erkennbar sei auch das Interesse der Reiseunternehmer.

Die Woiwodschaft ist der Alleineigentümer der Gesellschaft „Warmia i Mazury“, die den Flughafen in Schiemanen betreibt. Der Flughafen arbeitet mit fünf Reiseunternehmen zusammen, die zur Zeit die internationale Verbindung nach London (Luton), München und Berlin sowie innerstaatliche Flüge nach Krakau, Breslau und Warschau betreiben. Ab Oktober wird eine zweite Verbindung nach London zum Flughafen Stansted geschaffen. Nach Angabe des Flughafenbetreibers war auch ein großes Charter-Flugzeuges eigeplant. Aus Frankreich waren mehr als 190 junge Pilger gekommen, die eine Woche im südlichen Ostpreußen blieben, ehe sie zum Weltjugendtag nach Krakau weiterreisten. Zu Beginn dieses Jahres wurden die Umbauarbeiten am früheren Militär-Flugplatz Schiemanen beendet. Sie kosteten gut 47 Millionen Euro, wovon 76 Prozent mit Geldern der Europäischen Union finanziert wurden. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

für anerkennende Worte für unsere Familie trifft immer wieder ein altes ostpreußisches Sprichwort zu: Sie sind einfach „Ölke oppet Seelke“. Für die Dankesworte, die uns jetzt unser Landsmann **Werner Mai** aus Maisach-Malching frei Haus liefert, langen aber nicht ein paar Tropfen, da muss die Seele schon ein Ölbad nehmen, denn sein Schreiben beginnt mit den Worten: „Ich bedanke mich, dass es Euch gibt, und dass man sich immer wieder mit Suchwünschen an Euch wenden kann.“ Eine seiner bisher von ihm gestellten Fragen hat nun zu dem schönsten Ergebnis geführt, das sich Suchende wünschen können: ein Wiedersehen mit einem Freund, den man seit gemeinsam verlebten Königsberger Kindertagen nicht mehr gesehen hat. Und da lasse ich ihn am besten selber erzählen:

„Ich möchte eine freudige Begebenheit kundtun: Das „Freudentreffen“ mit **Siegfried Lagerpusch**, das durch die Vermittlung und Suche im *Ostpreußenblatt* mit der hilfreichen Familie erfolgte, hat stattgefunden. Wir hatten vorher telefonisch Treffpunkt und Ankunftszeit vereinbart, aber auch darüber abgestimmt, was wir anziehen werden. Das war gut so, denn wir hätten uns bestimmt nicht erkannt. Wir sind zwei Freunde geworden, die sich durch Kindheitserinnerungen – zu wenige sind es – bestätigen konnten, im selben Haus in der Königsberger Schönstraße13 gewohnt zu haben. Wir fragten uns: Weißt du noch? Siegfried erzählte, dass sie mit der ‚Gustloff‘ noch rausgekommen sind. Wir oft hat man diese Tour zur Rettung der Flüchtlinge gemacht?“

Und auch hier gibt es gemeinsame Erinnerungen an das Schiff, das für beide Jungen damals die Rettung bedeutete: für Siegfried die geglückte Flucht über See – für Werner, weil die erhoffte Fahrt, wenn sie zustande gekommen wäre, wahrscheinlich seinen Tod bedeutet hätte. Denn so erzählt er weiter:

„Ich war mit meiner Mutter bereits an Bord der ‚Gustloff‘, ehe sie zu ihrer letzten Fahrt auslaufen sollte, die zu ihrem Untergang führte. Das Schiff war vollkommen überfüllt mit Flüchtlingen und Wehrmachtsangehörigen. Wir suchten nach meiner Tante, der Frau von Mutters Bruder, und ihren Kindern – nicht gefunden. Meine Mutter bekam es mit der Angst zu tun und zerrte mich kurz vor dem Auslaufen des Schiffes mit den Worten von Bord: Komm, komm, das schaffen die nie! Wir überlebten – und erlebten das grausame Geschehen durch die Sieger an den wehrlosen Frauen und Kindern.“

Aber selbst diese Erinnerungen können Werner Mai nicht die Liebe zu seiner Heimat trüben, er ist und bleibt Königsberger mit Leib und Seele. 19-mal war er wieder in Ostpreußen, neunmal hat er seine Heimatstadt aufgesucht. Vier Reisen hatte er bereits 1991 unternommen. „Was man damals alles auf sich nehmen musste, glaubt einem keiner. Dabei haben wir doch nur versucht, mit Hilfsgütern die größte Not zu lindern. Wenn man uns überhaupt ließ, Krankenhäuser, Kliniken und Familien direkt zu beliefern. Es war wirklich sehr schwierig, diese humanitären Vorhaben in die Tat umzusetzen.“

Darüber wird Werner Mai auf dem ersten Wiedersehen nach 72 Jahren seinem Freund berichtet haben, aber die Erinnerungen, die sie nun gegenseitig in dem anderen weckten, haben mit Sicherheit hauptsächlich zu dem Gelingen dieses Treffens beigetragen. Sie verbrachten einen halben Tag zusammen in München und fragten immer wieder: Weißt du noch? Dann trennten sich zwei alte-neue Freunde, die sich nun öfters treffen wollen. Und noch einmal bestätigt Werner Mai am Schluss seines langen Dankschreibens: „Die Ostpreußische Familie hat dies ermöglicht.“

Das erweckt natürlich Hoffnung bei allen, deren Fragen wir in letzter Zeit veröffentlicht haben, aber die meisten wissen auch, dass die Suche nach Menschen aus den Vertriebenengebieten immer schwieriger wird. Doch manche sind schon beruhigt, dass wir uns überhaupt ihres Problems angenommen haben, das sie schon lange mit sich herumtragen oder das sich erst durch späte Zufälle ergab. Wie bei Frau **Rita Pumm** aus Grafing, deren Suchwunsch wir in Folge 28 brachten, der leider bisher ohne Resonanz geblieben ist. Aber Warten hat Frau Pumm ja gelernt, denn sie sucht schon seit Jahrzehnten nach Informationen über ihre Vorfahren aus dem kleinen Dorf Materschobensee im Kreis Ortelsburg, wandte sich aber erst jetzt an uns mit der Bitte, ihr bei der Nachforschung zu helfen. Ein kleines Dankeschön kam jetzt mit einer Anerkennung für unsere Familienarbeit: „Man spürt, wie mit viel Einfühlungsvermögen über das Schicksal einzelner Personen berichtet wird. Auch ich möchte mich bedanken für die ansprechenden Worte, die Sie für meine Angelegenheit gefunden haben. Bleibt nun noch übrig zu warten, ob sich jemand aus dem ehemaligen Materschobensee oder Umgebung findet, der mir nähere Auskunft über die Familie Order geben kann.“ Um diese handelt es sich in erster Linie, Frau Pumms Urgroßvater **Samuel Order** war in dem nur acht Kilometer von Ortelsburg entfernten 250-Seelen-Ort als Zimmermann tätig. Diese Linie betrifft die Kernfrage ihrer Suche. Andere Namen aus ihrer Familiengeschichte sind leider mit Fragezeichen versehen, sodass wir uns vorerst auf diesen Zweig beschränken, aus dem Frau Pumms Großmutter **Karoline Kerstan** stammt, und hiermit noch einmal nachfassen: Wer kannte die Familie Order aus Materschobensee und kann auch über diesen kleinen masurischen Ort etwas sagen? (Rita Pumm, Breitensteinstraße 14 in 85567 Grafing, Telefon 08092/3507, E-Mail: ripu14@t-online.de)



Schicksalsschiff für zwei Königsberger Jungen: Die „Wilhelm Gustloff“ Bild: Bundesarchiv, Bild 183-H27992 / Sönnke, Hans / CC-BY-SA 3.0

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Es ist immer schwierig, wenn Namen oder Ortsbezeichnungen nur mündlich weiter gegeben werden, und für die aus Ostpreußen kommt noch erschwerend hinzu, dass viele Ortsnamen im Jahr 1938 umbenannt wurden. Da finden manche Familienforscher in eigener Sache oft nicht mehr durch. Deshalb gebe ich manche gesuchten Namen nur mir Vorbehalt weiter, vor allem, wenn sie mir telefonisch übermittelt wurden. So erreichte mich vor Kurzem ein Anruf, den ich zuerst nicht einordnen konnte, ich verstand kein Wort von dem, was die Anruferin mir mitteilen wollte. Warum – das stellte sich erst am Ende des immer wieder gestörten Gesprächs heraus: Der Anruf kam aus Südamerika. Es ergab sich dann im Laufe des mühsamen Telefonats, dass die Dame eine ostpreußische Familie suchte, die zum Glück aus Königsberg stammt – *den* Namen konnte ich mühelos verstehen. Ob der Familienname stimmt, kann ich nicht genau sagen, aber ich glaube, ich habe ihn richtig verstanden: Es handelt sich um die Familie von **Otto Schnitter**, Besitzer oder Betreiber einer Brauerei in oder bei Königsberg. Die Anruferin muss nach der Flucht mit dieser Familie in Verbindung gestanden haben, denn sie berichtete, dass nach dem Krieg die jüngste Tochter von den drei Kindern des Ehepaares, **Annette**, in Hannover lebte. Das sind alle mir übermittelten Angaben zu den Gesuchten, die aber – vorausgesetzt sie stimmen – für eine erste Suchaktion genügen. Meldungen und Hinweise bitte an die *Preußische Allgemeine Zeitung*, Redaktion „Ostpreußische Familie“. Die Anruferin wird sich in Kürze wieder bei mir melden, denn ich habe weder ihre Telefonnummer noch Anschrift, ich weiß nicht einmal, in welchem Land sie wohnt. Aber da könnte mir vielleicht eine Leserin oder ein Leser helfen, denn die Dame sagte, als ich sie fragte, woher sie meine Telefonnummer wüsste – der Anruf kam am späten Abend –, dass ihr eine Bekannte den Rat gegeben habe, sich an mich zu wenden. Da diese meine Telefonnummer kannte, hat sie wahrscheinlich schon einmal mit mir in Verbindung gestanden. Diese Leserin möchte ich um einen Anruf bitten, weil ich dann von ihr Informationen über die Dame aus Südamerika erhalten könnte, damit ich für das nächste Telefongespräch besser gerüstet bin.

Nicht einmal vier volle Zeilen enthält die E-Mail, die uns Herr **Gerd D. Kelch** aus Hamburg zusandte – aber sie könnten ausreichen, um ganze Seiten zu füllen, weil sie einen Namen enthalten, der uns Älteren noch vertraut ist. Vor allem den Leserinnen, die sich noch an die Stummfilmzeit erinnern können, denn der Schauspieler **Harry Liedke** war damals der Liebling der Frauen, ein Beau wie aus dem Bilderbuch, obgleich er nicht an der Seine, sondern am Pregel geboren wurde. In dem Schreiben spielt er allerdings nur eine Nebenrolle, denn es handelt sich um eine Suchfrage, die in erster Linie die Familie Kelch betrifft. Hier kann der Anfragende mit einigen konkreten Angaben aufwarten. Er sucht Nachkommen des evangelischen Pfarrers **Max (Rudolf Gustav Adolph) Kelch**, *23. Juni 1865 in Klein Szemblonen. Der Ort liegt im Kreis Gerdauen und wird namentlich schon im 16. Jahrhundert erwähnt. Die Vorfahren von Max Kelch dürften zu den alteingesessenen Familien gezählt haben, die als freie Bauern nach kölmischen Recht dort sesshaft waren. Der Ort wurde 1938 in Semblonen umbenannt. Max Kelch studierte Theologie, wahrscheinlich in Königsberg, denn dort heiratete er am 10. Oktober 1896 **Sarah Liedtke** – und damit wären wir bei dem Filmstar angelangt, denn Sarah, *8. Dezember 1869, war die sehr viel ältere Schwester des 1888 geborenen Harry Liedtke. Mehr geben die Angaben von Herrn Kelch nicht her, aber vielleicht genügen sie, um heutige Nachkommen des Pfarrers zu finden. Für die dürfte allerdings der Name Liedtke in der Ahnenreihe nicht so viel besagen wie für uns, die wir noch einen seiner Filme gesehen haben. Der Stummfilmstar, der die beste Periode deutscher Filmkunst verkörperte, fand nur schwer den Anschluss an den Tonfilm wie auch seine erste Frau, die nicht minder berühmte **Käthe Dorsch**. Trotzdem drehte er noch 1943 den Film „Sophienlund“ – zwei Jahre später endete sein Leben auf furchtbare Weise: Harry Liedtke wurde am 27. April 1945 in Pieskow bei Berlin beim russischen Einmarsch erschlagen, wie auch seine zweite Frau **Christa Tordy**, vor die er sich schützend gestellt hatte. Solche Erinnerungen kann noch nach Jahr und Tag ein einziger Name erwecken, aber sie können vielleicht mithelfen, den Blickpunkt auf den eigentlichen Kern der Sache zu lenken: Nachkommen von Pfarrer Max Kelch gesucht! (Gerd D. Kelch, Kronenbarg 4c in 21077 Hamburg, Telefon 01702/821166, E-Mail: gdkelch@t-online.de)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Haft für »polnische Konzentrationslager« gefordert

Auch Nichtpolen, die außerhalb Polens die Wortkombination verwenden, sollen von der polnischen Staatsmacht verfolgt werden

In ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause beschäftigte sich die polnische Regierung mit einer von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz vorgeschlagenen Novellierung des Strafrechts. Es geht dabei um „Straftaten aufgrund der Schuldzuweisung an die Republik Polen oder die polnische Nation im Hinblick auf die Verantwortung oder Mitverantwortung für die durch das Dritte Reich verursachten deutschen, nationalsozialistischen Verbrechen“. Für das Begehen einer solchen Straftat würde eine Geldbuße oder eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren verhängt werden können.

Strafbar würden sich im Falle der Annahme der Gesetzesneufassung auch Personen machen, die „auf eine andere extreme Weise die Verantwortung der tatsächlichen Verbrechensverursacher mindern“, es sei denn, dies geschehe „im Rahmen einer künstlerischen oder wissenschaftlichen Tätigkeit“. Diese Rechtsvorschrift solle sowohl polnische, als auch ausländische Staatsbürger „unabhängig von der Rechtslage am ‚Tatort‘ der Straftat“ betreffen, zitiert der Fernsehsender TVP. Das heißt, auch ein in Deutschland geäußertes Wort zur geografischen Verortung – wie etwa „polnisches Lager“ – würde beim Grenzübertritt strafrechtliche Relevanz erlangen.

> Der Terminus Lager ist quasi den Deutschen vorbehalten

„Ich beobachte seit einigen Jahren ein seltsames Phänomen der Verantwortungsverlagerung im Hinblick auf den Holocaust. So wird zum Beispiel in einem schlesischen Museum zur jüdischen Geschichte auf einer Texttafel der Holocaust von 1933 bis 1945 mit kommunistischen Pogromen der Nachkriegszeit gleichgesetzt. Für mich ist das eine gewagte Theorie. Oder beim Papstbesuch fand ich während des Weltjugendtags im Internet eine Karte mit der päpstlichen Polenroute, wo alle Aufenthaltsorte in Deutsch erschienen bis auf Auschwitz – nur dort stand Oswiecim. Dies suggeriert doch bei Geschichtsunkundigen, Auschwitz wäre ein polnisches Lager“, ärgert sich Jerzy. Der Anfang 40-Jährige ist Mitarbeiter einer deutschen Mediengesellschaft in Polen und bezeichnet sich als der Bürgerplattform nahe stehend. Er arbeitete an einer Filmdokumentation über das Trauma der verbliebenen deutschen Bevölkerung in Schlesien in der Nachkriegszeit. Den polnischen Adressaten des Filmdokuments erklärt er in dem Streifen, dass jede Nation das Recht auf das Betrauern ihrer Opfer habe und dass Täter Täter blieben – unabhängig von ihren Motiven. Er ließ sich dabei von der Annahme leiten, dass zu häufig zu hören sei, die Deutschen seien doch für ihr Schicksal selbst verantwortlich.



Bild: Adrian Grycuk

Minister Antoni Macierewicz

Themen offen anzusprechen ist für Jerzy jedoch der bessere Weg zur Geschichtsaufarbeitung als ein Gesetz. In der Republik Polen findet sich im Allgemeinen kaum die Haltung, sich durch unliebsame Terminologien selbst zu reglementieren. Aber es gibt sie – geradezu verpönte Begriffe. Davon konnte sich im April vergangenen Jahres ein Mitarbeiter eines öffentlich-rechtlichen Radiosenders in der Woiwodschaft Ermland-Masuren überzeugen. Er ließ einen deutschen Filmemacher über kommunistische Nachkriegslager sprechen, die eben nur bis 1945 keine polnischen Lager waren. Der Interviewte nannte diese folglich „polnische Konzentrationslager“. Auch ohne Gesetz verselbstständigte sich der Empörungsmodus. Die Sendung, in der das Interview lief, wurde aus dem Programm genommen und Redaktionsköpfe rollten. Es stellt sich also die Frage, ob selbst bei Berücksichtigung des Gesetzestextes eine im Grunde zwingende Differenzierung zwischen der Zeit bis und nach 1945 noch getroffen wird oder ob nicht ohnehin die Einschüchterung das eigentliche Ziel der Novelle ist. Erschwerend kommt hinzu, dass in der polnischen Alltagssprache im Grunde keine Unterscheidung zwischen Vernichtungs- und Konzentrationslager getroffen wird. Der Terminus Lager ist quasi den Deutschen vorbehalten.

Chris W. Wagner



ZUM 97. GEBURTSTAG

Napp, Eva, geb. **Noetzel**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 29. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hüttig-Langer, Hanna, geb. **Matzick**, aus Kleinsommershöfen, Kreis Elchniederung, am 31. August
Jakel, Frieda, geb. **Cytterich**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 26. August
Witt, Traute, geb. **Hundertmark**, aus Cavern, Kreis Preußisch Eylau, am 26. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hetke, Anneliese, geb. **Gieske**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 1. September
Storm, Hertha, geb. **Bade**, aus Lyck, Yorkplatz 1, am 27. August
Walendy, Alfred, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 28. August
Wandke, Lydia, geb. **Neschokat**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 29. August
Warda, Elisabeth, geb. **Wascheszio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 1. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baldzun, Ella, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. August
Czerwinski, Luise, geb. **Kuntsch**, aus Millau, Kreis Lyck, am 26. August
Feldten, Lisbeth, aus Lyck, am 26. August
Jannsen, Erna, aus Lyck, am 29. August
Nowatzki, Elisabeth, geb. **Kobus**, aus Klein Stürlack, Kreis Lötzen, am 31. August
Palfner, Hildegard, aus Ebenrode, am 29. August
Schwittay, Gertraud, geb. **Bertsch**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 29. August
Walleit, Erich, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 31. August
Zabel, Luise, aus Neidenburg, am 30. August
Zawallich, Gertrud, geb. **Labusch**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 26. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gold-Schmidt, Ella, geb. **Will**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 30. August
Hein, Hedwig, geb. **Gebert**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. September
Hensel, Emil, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 30. August
Napierski, Gerda, geb. **Bielinski**, aus Walden, Kreis Lyck, am 28. August
Rosan, Horst, aus Neidenburg, am 30. August
Rosslan, Erich, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 28. August
Zielasko, Kurt, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Albrecht, Alma, geb. **Köpke**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 27. August
Emde, Karl-Heinz, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 31. August
Friedrich, Käthe, geb. **Pilzecker**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 31. August
Frotscher, Hilde, geb. **Wiechert**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 1. September
Kattanek, Helmut, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 31. August
Moser, Christa, geb. **Schneidereiter**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 27. August
Rembitzki, Helmut, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. September
Riedel, Herta, geb. **Rohmann**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 30. August
Ruch, Heinz, aus Röblau, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Sander, Hildegard, geb. **Goerke**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 29. August
Schellmat, Helga, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 31. August
Steffan, Gerda, geb. **Kujus**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 28. August
Wilimzik, Ella, geb. **Grubert**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bendtfeld, Marga, geb. **Meyer**, aus Wehlau, am 26. August
Broszeit, Leo, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 30. August
Grüner, Ruth, geb. **Watteler**, aus Wehlau, am 28. August
Hajduk, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 28. August
Konstanski, Ingrid, geb. **Pyko**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 27. August
Kowitz, Emilie, geb. **Miszick**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 30. August
Lange-Birkenhof, Lucia, geb. **Böhnke**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 1. September
Nelius, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 26. August
Reimer, Lore, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 1. September
Ronneberger, Marga-Marta, aus Maschen, Kreis Lyck, am 26. August
Ruddigkeit, Bruno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 29. August
Seinwill, Gustav, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 26. August
von Hanstein, Donata, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 29. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bast, Frieda, geb. **Klein**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 28. August
Berwein, Ilse, aus Ortelsburg, am 1. September
Förster, Lisbeth, geb. **Slaby**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 31. August
Fuest, Elisabeth, geb. **Jakubowski**, aus Neidenburg, am 26. August
Grunau, Erna, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 1. September
Günther, Elfriede, geb. **Malinka**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 31. August
Hüser, Hansgeorg, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. August
Kösling, Gertrud, geb. **Zimmer**, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, am 30. August
Kruschewski, Werner, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 31. August
Libuda, Christel, geb. **Steinert**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 26. August
Lubs, Magdalene, geb. **Siedler**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 1. September
Maertin, Ursula, geb. **Weiß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. August
Manke, Inge, geb. **Schneller**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 30. August
Meyer, Charlotte, aus Marienfelde, Kreis Bromberg, am 28. August
Nowotschyn, Marianne, geb. **Rhode**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 30. August
Piechottka, Ruth, geb. **Gottschalk**, am 26. August
Schlie, Christel, geb. **Trzaska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 29. August
Schubert, Ursula, aus Insterburg, am 1. September
Siebert, Erna, geb. **Nowak**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 28. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Balczun, Otto, am 29. August
Ballay, Willy, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 29. August
Brust, Munin, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 30. August
Buchholz, Heinz, aus Neidenburg, am 30. August
Guenter, Barbara, aus Neidenburg, am 1. September
Hartwich, Erich, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 29. August
Heyden, Ruth, geb. **Sawischlewski**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 29. August
Jahn, Gertrud, geb. **Symanzik**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 29. August
Jera, Manfred, aus Treuburg, am 29. August
Kleinfeld, Eva, geb. **Termer**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 31. August
Lange, Horst Erich, aus Ortelsburg, am 1. September
Lemke, Helmut, aus Rudau, Kreis Samland, am 26. August
Scharkowski, Heinz, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 30. August
Schemschat, Elsbeth, geb. **Hoffmann**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 31. August
Schnellbügel, Hildegard, geb. **Lichtenstein**, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 29. August
Schönwald, Ursula, geb. **Tchetza**, aus Lötzen, am 31. August
Schuff, Eva, geb. **Szielasko**, aus Treuburg, am 28. August
Striewski, Reinhard, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 26. August
Strümper, Georg, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 28. August
Tack, Eva, geb. **Melchien**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 27. August
Tarrasch, Friedrich, aus Wilkenhof, Kreis Johannisburg, am 26. August
Warstat, Eva, aus Wehlau, am 28. August
Wilhelm, Edith, geb. **Kulessa**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Brosowski, Christel, geb. **Feyer**, aus Wehlau, am 1. September
Buch, Elli, geb. **Lau**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 28. August
Domfeld, Ruth, geb. **Fröhlian**, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 1. September
Dryßen, Marlene, geb. **Barkowsky**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 30. August
Grube, Prof. Dr. Joachim, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 1. September
Härdter, Waltraud, geb. **Grimm**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 29. August
Haines, Elisabeth, geb. **Girrulat**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 26. August
Heinrich, Erika, geb. **Dost**, aus Treuburg, am 29. August
Hoppe, Gerda, geb. **Kiauka**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 1. September
Irrgang, Klara, geb. **Kessler**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 27. August
Karl, Erika, geb. **Griga**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. August
Konietzko, Dr. Ilse, aus Wehlau, am 27. August
Krauskopf, Joachim, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 1. September
Kreitlow, Hannelore, geb. **Kolberg**, aus Großeppingen, Kreis Neidenburg, am 29. August
Kruck, Christel, geb. **Huwe**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. September
Mertner, Dorothea, geb. **Schwarz**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 31. August
Murach, Hannelore, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 28. August
Nesterowski, Ingrid, geb. **Krösing**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. August
Roßmann, Irmgard, geb. **Willuhn**, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 1. September
Schwarz, Heinz-Werner, aus Allenstein, Hohensteiner Straße 79, am 1. September
Schwarz, Werner, aus Borken, Kreis Lyck, am 1. September
Vorländer, Anneliese, geb. **Duschneit**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 28. August
Weiß, Hildegard, geb. **Kluge**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 29. August
Wilke, Dorothea, geb. **Hanke**, aus Lyck, am 27. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Brandstäter, Henner, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. August
Ewert, Dieter, aus Lehmbruch, Kreis Elchniederung, am 31. August
Ganswind, Fred, aus Preußisch Eylau, am 1. September
Hartkopf, Edeltraut, geb. **Fischer**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 31. August
Konopka, Dietmar, aus Jarken, Kreis Treuburg, am 29. August
Möller, Ursula, geb. **Haack**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 27. August
Potschka, Dieter, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 1. September
Powalka, Klaus, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 30. August
Pruss, Hans, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 30. August
Solluntsch, Hans, aus Watzum, Kreis Samland, am 30. August



Rattay, Manfred, aus Neuhausen, Kreis Samland, und Ehefrau Renate, am 29. August

Termine der LO

2016
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Hörfunk & Fernsehen

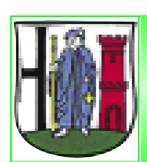
Sonntag, 28. August, 13.35 Uhr, Einsfestival: Grzimek (2/2). Biografiedrama, D 2015.
Sonntag, 28. August, 16 Uhr, Tele 5: Der Graf von Monte Christo. Literaturverfilmung, F/D/I 1998.
Sonntag, 28. August, 20.05 Uhr, N24: The World Wars – Wie zwei Kriege die Welt veränderten, USA 2014.
Sonntag, 28. August, 0.10 Uhr, ZDF: Zeugen des Jahrhunderts: Schriftsteller Martin Walser im Gespräch mit Thea Dorn.
Montag, 29. August, 22.45 Uhr, Das Erste: Entscheider unter Druck – Der harte Job im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dokumentation, D 2016.
Montag, 29. August, 23.55 Uhr, MDR: Der Fall Gleiwitz. Dokudrama über den Anlass des Zweiten Weltkrieges, DDR 1961.
Montag, 29. August, 2.05 Uhr, Arte: Schlachthof 5. Literaturverfilmung über die Bombardierung Dresdens, USA 1972.
Dienstag, 30. August, 20.15 Uhr, Arte: Von 9/11 zum Kalifat – Die geheime Geschichte des IS. Dokumentation, USA 2016.
Dienstag, 30. August, 22.05 Uhr, Arte: Schweig Verräter! – Whistleblower im Visier. Dokumentation, USA 2014.
Dienstag, 30. August, 22.45 Uhr, RBB: Polen und seine Deutschen. Dokumentation, D 2014.
Freitag, 2. September, 16.15 Uhr, ZDFinfo: Die geheime Geschichte des IS – Amerikas Fehler in Nahost.
Freitag, 2. September, 17.45 Uhr, 3sat: Deutsche Dynastien (39): Die Hohenzollern.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



Kreistreffen vor imposanter Kulisse: Im Bad Nenndorfer Hotel Esplanade versammeln sich die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Elchniederung Bild: Hotel Esplanade



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@t-online.de

61. Jahrestreffen

Das jährliche Treffen der Stadtgemeinschaft Allenstein in Gelsenkirchen findet in diesem Jahr vom 9. bis 11. September statt. Eröffnet wird das Treffen am Freitagnachmittag im Hotel Ibis mit der Stadtversammlung, die die Berichte des Vorstandes entgegennimmt. Am Abend treffen sich ehemalige und heutige Bewohner unserer Heimatstadt zu einem gemütlichen Beisammensein im Restaurant Dubrovnik neben dem Hans-Sachs-Haus.

Der Sonnabend beginnt um 10.45 Uhr in der Propsteikirche mit einer ökumenischen Andacht und der Kranzniederlegung an der Gedenktafel, die den verstorbenen Allensteinern gewidmet ist. Anschließend besteht Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen.

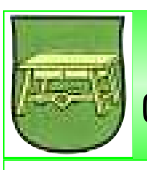
Ab 13 Uhr treffen sich Stadt- und Kreisgemeinschaft Allenstein im Schloss Horst. Ein reichhaltiges Angebot an Büchern und Informationen über Allenstein und Ostpreußen sowie eine Ausstellung alter Postkarten erinnern an vergangene Zeiten.

Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle, unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka musikalisch umrahmt wird. Neben Vertretern der Partnerstädte Gelsenkirchen und Allenstein werden auch zahlreiche Angehörige der deutschen Minderheit aus Allenstein unter den Gästen sein.

Nach der Feierstunde ist ein Vortrag von Annette Jakobsen geplant. Sie lebt in Gammel Rye in Dänemark. Ihr Vortrag spannt den Bogen von der Flucht aus Ostpreußen bis hin zur Repatriierung aus Dänemark und zeigt anhand des Lagers Rye, wie sich der Aufenthalt der deutschen Flüchtlinge in Dänemark gestaltete, von überfüllten Erstlagern bis zu durchorganisierten Großlagern. Besonders beleuchtet sie das gut dokumentierte zum Teil tragische Schicksal einzelner Allensteiner und Wartenburger, die im Lager Rye waren.

Anschließend spielt Andreas Kokosch beliebte Oldies zum Tanz und zur Unterhaltung. Wer es ruhiger mag, kann sich auch zum Schabbern in den Rittersaal oder den Garten zurückziehen.

Mit dem Besuch der Gottesdienste am Sonntagvormittag geht das Treffen zu Ende.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Noreitscher Treffen

6. bis 8. September, Hoyerswerda: Noreitscher Nachbarschaftstreffen, Kirchspiel Rodebach. Die Teilnehmer treffen sich im Hotel zur Mühle, An der Mühle 4, 02977 Hoyerswerda. Anmeldung und Information: Helmut Perrey, Telefon (0521) 330364.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Versammlung der Mitglieder

Im Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, Bad Nenndorf, findet vom 9. bis 11. September das Kreistreffen und die Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft statt. Hier ist das Programm:

Freitag, 9. September

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer

14 Uhr: Delegierten-Versammlung im Raum Zürich

14 Uhr: Treffen im Restaurant

16 bis 18 Uhr: Film- und Diavorführung im Raum Luzern (UG)

Sonnabend, 10. September

9 Uhr. Eröffnung des Tagungsbüros

ab 9.30 Uhr: Gemeinsames Treffen im Restaurant

10 bis 12 Uhr: „... du sollst ein Segen sein – Katharina von Rauter“ – Lesung von Frau Brand-Berg und Bilder aus dem Heimatarchiv vorgestellt von W. Nienke. Beide Veranstaltungen finden im Raum Luzern statt.

12 Uhr: Mittagessen

14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung. Die geistlichen Worte spricht Pfarrerin Erika Juckel. Das Grußwort hält Landrat F. Kethorn, Grafschaft Bentheim. Im Anschluss: Berichte der Kirchspielvertreter, Wahlen und Ehrungen

Ab 16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, plachandern

16 bis 18 Uhr: Weitere Bilder, Filme, Bilderfassung im Raum Luzern

Ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung

Sonntag, 11. September

10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses, Ausklang im Hotel



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Heimattreffen 2016

Vom 2. bis 4. September findet in Stade das diesjährige Heimattreffen statt. Das Programm:

Freitag, 2. September

12 Uhr bis 17 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade, hat geöffnet. Heike Zander ist als Ansprechpartner für Familienforscher vor Ort.

Sonnabend, 3. September

9.30 Uhr: Kreistagssitzung (nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter). Ort: Hollerner Hof, Hollernstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth.

11 Uhr: Kreisversammlung (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft (nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft) im Hollerner Hof.

13 Uhr: Gemeinsames Mittagessen und gemütliches Beisammensein im Hollerner Hof.

14.30 Uhr: Busfahrt ab Hollerner Hof zum „Heimathof Hüll“ in Drochtersen mit Führung und gemütlichem Kaffeetrinken. Unkostenbeteiligung für Nichtmitglieder der fünf Euro pro Person.

17.30 Uhr: Öffnung des Saales im Hollerner Hof mit Verkauf von Heimatartikeln und Besichtigung der Ausstellung.

18 Uhr: Ostpreußischer Abend im Hollerner Hof.

18.30 Uhr: Führung durch die Ausstellung „Die Landwirtschaft in Ostpreußen“ mit Annelies und Gerhard Trucewitz. Zu den Ausstellungstafeln werden historische Fotos aus dem Kreis Goldap, Gemälde und Exponate aus dem Archiv des Patenschaftsmuseums Goldap in Ostpreußen gezeigt.

19 Uhr: Imbiss.

20 Uhr: Lesung mit Tatjana Gräfin Dönhoff aus ihrem Buch „Weit ist der Weg nach Westen“ (auf den Spuren ihres Großvaters Dieter Graf Dönhoff und ihrer Großtante Marion Gräfin Dönhoff). Unkostenbeteiligung für Nichtmitglieder der fünf Euro. Anschließend: Bunter Abend für alle mit ostpreußisch Platt, Unterhaltung mit Musik und Tanz. Es spielt Dieter Kohn.

Sonntag, 4. September

9.30 Uhr: Bustransfer vom Hollerner Hof nach Stade zur St. Wilhadi Kirche

10 Uhr: Evangelisch lutherischer Gottesdienst in der Kirche St. Wilhadi. Den Gottesdienst halten Pastorin Brandy und Pfarrer Dawid Banach (Goldap)

11 Uhr: Bustransfer von der Kirche zum Mahnmal in den Wallanlagen

11 Uhr: Öffnung des Saales im Hollerner Hof, Hollernstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth

11:30 Uhr: Feierstunde am Mahnmal in den Wallanlagen in Stade

– Begrüßung durch Stephan Grigat, Kreisvertreter
– Gedichtvortrag „Es war ein Land“ von Gertrud Braumann
– Totenehrung durch Stephan Grigat, Kreisvertreter
– Festansprache von Peter Winkler, stellvertretender Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Niedersachsen
– Ostpreußenlied
– Nationalhymne

Musikalische Umrahmung: Posaunenchor der St. Johanniskirche zu Stade

12:30 Uhr: Bustransfer vom Mahnmal zum Hollerner Hof

13 Uhr: Hauptkreistreffen mit gemeinsamem Mittagessen und gemütliches Beisammensein im im Hollerner Hof

15 bis 18 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade, hat geöffnet.

Ausklang

Michael Tschierschke ist mit dem aktuellen Verkaufsangebot von Heimatartikeln während aller Veranstaltungen beziehungsweise während der Öffnungszeiten im Hollerner Hof für Sie da. Der Goldap-Kalender 2017 ist vorrätig!

Lesung mit Tatjana Gräfin Dönhoff

Tatjana Gräfin Dönhoff liest am 3. September ab 20 Uhr im Rahmen des Goldaper Heimattreffens im Hollerner Hof in Hollern-Twielenfleth bei Stade aus ihrem Buch „Weit ist der Weg nach Westen“. Die Lesung wird von einer Fotoschau mit Bildern aus dem gleichnamigen Buch begleitet. Gäste sind herzlich willkommen, der Unkostenbeitrag für Nichtmitglieder beträgt fünf Euro.



Goldap: Tatjana Gräfin Dönhoff liest aus „Weit ist der Weg nach Westen“ Bild: Archiv

Zusammen mit dem renommierten Fotografen Jo Röttger begab sich Tatjana Gräfin Dönhoff kurz vor dem Beitritt Polens zur EU auf die Fluchtroute ihrer Familie von Ostpreußen nach Westfalen. Drei Wintermonate recherchierte sie dafür in der nördlichsten Region des heutigen Polen. Daraus entstand ein politisches Reisebuch über das ehemalige Ostpreußen und das gegenwärtige Polen.

Seitdem besuchte sie regelmäßig den Norden der Republik Polen sowie das Königsberger Gebiet und verfolgte die weiteren Entwicklungen. Die Autorin ist seit vielen Jahren Journalistin für internationale Magazine sowie Autorin historischer Romane und Bücher. Sie lebt in Hamburg und im Osten.



Bundestreffen von Gumbinnen: Auch der Kammerchor Kant wird dabeisein Bild: Archiv

GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Einladung zum Bundestreffen

Am 10. und 11. September findet in der Patenstadt Bielefeld das 63. Bundestreffen der Kreisgemeinschaft Gumbinnen statt. Tagungsort ist das „Brenner Hotel“, Otto-Brenner-Straße 135, wo sich ehemalige Gumbinner, ihre Nachkommen und Freunde von fern und nah versammeln.

Am Sonnabend, 10. September, ab 13.30 Uhr beginnt die jährliche Kreisversammlung. Um 14 Uhr begrüßt die Vorsitzende Karin Banse die Mitglieder der Kreisgemeinschaft und berichtet von der Arbeit des letzten Jahres. Es folgen Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte des Vorstandes, ebenso Berichte von der „Stiftung Gumbinnen“ und der Arbeitsgruppe „Ostpreußisch Platt“. Nach dem Mittagessen bleibt genügend Zeit sich über die Namens- und Bilddateien zu informieren und Einblick in die Archivunterlagen, zunehmen, aber auch zum Kaffeetrinken und Plachandern unter Freunden.

Wie schon in den vergangenen Jahren findet um 19.30 Uhr in der Lutherkirche gegenüber vom Tagungshotel ein Konzert mit dem Kammerchor Kant aus Gumbinnen (Gusev) gemeinsam mit dem Männer-Gesangverein Sieker statt, dazu sind auch Bielefelder Gäste herzlich eingeladen. Der Abend im Brenner Hotel bietet anschließend Zeit für ein gemütliches Beisammensein und Gespräche mit alten und neuen Freunden, Bekannten und ehemaligen Nachbarn und den Freunden aus dem Kant- Chor.

Der Sonntag, 11. September, beginnt um 10 Uhr im Brenner Hotel mit einer Öffentlichen Gemeinschaftsstunde, zu der auch Vertreter der Patenstadt Bielefeld und Gäste eingeladen sind. Die Andacht wird von Pfarrer im Ruhestand Christian Kohn gesprochen, danach folgt das Totengedenken.

Neben dem Bericht der Vorsitzenden und den Grußworten der Gäste werden Bundeswehrreservisten aus Meppen von ihrer Arbeit berichten. Sie sind im Auftrage des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge seit 1995 im Gebiet um Gumbinnen unterwegs, um die Kriegsgräber aus dem 1. Weltkrieg wieder herzurichten und für Tote aus dem 2. Weltkrieg eine würdiges Ruhestätte zu bereiten.

Nach der Feierstunde, die mit dem Ostpreußenlied und dem Singen der Nationalhymne abschließt, gibt es nach dem Mittagessen noch genügend Zeit zum Plachandern mit alten und neuen Freunden, zum Austausch von Erlebnisberichten und zum Informieren anhand der Adressendateien, der Bild- und Archivunterlagen, die alle digital eingesehen werden können. Am Nachmittag klingt das Treffen aus.

Karin Banse



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Jahreshaupttreffen

Vom 23. bis 24. September 2016 findet das 64. Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft in unserer Patenstadt Krefeld statt. Das Gesamtprogramm (Änderungen bleiben vorbehalten):

Freitag, 23. September

15 Uhr: Öffentliche Sitzung der Mitglieder und der Ratsversammlung im Sitzungssaal C 2 im Rathaus Krefeld, Von-der-Leyen-Platz 1. Die Tagesordnung wird auf der Homepage www.insterburger.de veröffentlicht oder kann in der Geschäftsstelle in Krefeld angefordert werden.

Da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen für Gäste im Rathaus zur Verfügung steht, bitten wir um rechtzeitige Anmeldung in der Geschäftsstelle, Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141,

E-Mail: info@insterburger.de. Postanschrift: Kreisgemeinschaft Insterburg e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld.

Sonnabend, 24. September

11 Uhr: Öffnung des kleinen Gemeindesaals der Friedenskirche, 47799 Krefeld, Eingang Mariannenstraße 106 (Internet: www.friedenskirche-krefeld.de). Dazu eine Information: Wir sind in diesem Jahr im kleinen Saal (Jugendzentrum) über den Hof hinter der Kirche!

Ab 12 Uhr: Mittagessen im kleinen Gemeindesaal der Evangelischen Friedenskirche

Ab 13.30 Uhr: Begrüßung, Programm mit Vorträgen und Musik sowie mundartlichen Gedichten und Geschichten – lassen Sie sich überraschen.

Zwischenzeitlich gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen.

17. bis 18.30 Uhr: Unser Heimatmuseum im Alten Rathaus,

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Am Marktplatz 10 in 47829 Krefeld-Uerdingen, ist geöffnet und bietet die Möglichkeit zu einem Rundgang.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen in heimatlicher Gemeinschaft. Alle Mitglieder, Insterburgerinnen und Insterburger sind herzlich eingeladen! Ihre Kinder und Enkel, ebenso Gäste, die uns kennenlernen möchten, sind ebenso willkommen!

Eine Anmeldung wäre für unsere Planung hilfreich. Dazu können Sie sich gerne jederzeit mit unserem Büro in Krefeld in Verbindung setzen. Wir freuen uns auf Ihre Nachricht: Telefon (02151) 48991, Fax: (021519) 491141, E-Mail: info@insterburger.de. Postanschrift: Kreisgemeinschaften Insterburg e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld.

Anreise

Die Evangelische Friedenskirche, Mariannenstraße 106, 47799 Krefeld (www.friedenskirche.de) erreichen Sie über öffentliche Verkehrsmittel: Krefeld-Rheinstraße (210 m) U70, U76.

Parkmöglichkeiten finden Autofahrer im nahe gelegenen Parkhaus der Sparkasse Krefeld, Ostwall 155, 47798 Krefeld, Einfahrt Neue Linner Straße 81, Geöffnet ist es am Sonnabend von 8 bis 19 Uhr. Die Ausfahrt mit dem Parkticket ist täglich 24 Stunden möglich.

Termine der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel: Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Heimatgruppe Darmstadt: Sonnabend, 10. September, 11.30 Uhr, Taverna Hellas, Griechisches Grillrestaurant, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen.

Heimatgruppe Schwerin: Mittwoch, 14. September, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Gemeinsames Treffen. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Heimatgruppe Hamburg: Mittwoch, 7. September, 12 Uhr, Raum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg; Videovortrag oder Autorenlesung. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.





JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

61. Kreistreffen

Die Kreisgemeinschaft veranstaltet am Sonntag, 4. September, im Goldsaal des Kongresszentrums Westfalenhallen in Dortmund ihr 61. Heimatkreistreffen. Das Treffen steht unter dem Leitwort: „Identität schützen – Menschenrechte achten." Es werden Teilnehmer aus vielen Teilen der Bundesrepublik Deutschland und auch heimatverbliebene Landsleute aus Polen, aus dem Kreis Johannisburg [Pisz], erwartet. Die offizielle Feierstunde beginnt um 11 Uhr und endet etwa um 12.30 Uhr. Einlass ist ab 9 Uhr. Der Programmablauf:

– Musikalische Einleitung: Taissia Fischer
– Begrüßung: Dr. Manfred Solenski, Kreisvertreter
– Gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung: „Großer Gott wir loben Dich" (Choral)
– Andacht: Gerhard Boesler, Stellvertretender Kreisvertreter
– „Die Sonn erwacht" (W. von Weber): Chor „Heimatmelodie" der „Deutschen aus Russland" unter Leitung der von Taissia Fischer
– Totenehrung: Gerhard Boesler,
– „Ich hatt einen Kameraden": Taissia Fischer
– „Lasst Frieden sein" (Klaus Ochs): Chor „Heimatmelodie"
– Grußwort der Gäste
– Jahresbericht: Manfred Solenski
– Masurenlied „Meine Heimat ist so schön": Chor „Heimatmelodie"
–Schlussworte: Manfred Solenski
– Gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung: „Land der dunklen Wälder" und Deutschlandlied, 3. Strophe.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Zum 85. von Carl Mückenberger



Gratulation nach Minden: Carl Mückenberger feierte am 24. Juli seinen 85. Geburtstag Bild: privat

Carl Mückenberger, geboren am 24. Juli 1931 in Preußisch Thierau, Kreis Heiligenbeil, hat sich um die Heimatkreisgemeinschaft unseres Landkreises verdient gemacht. Er, der seine Kindheit in Stangau bei Arnau verleben durfte und nach der Flucht in verschiedenen Orten Westdeutschlands wohnte, ist seit vielen Jahren in Minden zu Hause. Dieser Umstand war für die Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg ein Glücksfall; denn der Kreis Minden war seit 1955 der Patenkreis des ehemaligen Landkreises Königsberg. So kann Carl Mückenberger seit 14 Jahren als stellvertretender Kreisvertreter und als Geschäftsführer der Heimatkreisgemeinschaft eng Verbindung halten zu den Vertretern des Landkreises Minden-Lübbecke. Das Preußen-Museum, in dem die Kreisgemeinschaft ihre Geschäftsstelle und ihr Museum unterhielt, bot die Möglichkeit, fast täglich alle anstehenden Arbeiten zu verrichten. Darüber hinaus hat Carl Mückenberger öffentliche Veranstaltungen organisiert, wie Vorträge von Tatjana Gräfin Dönhoff, Arno Surminski und Ulla Lachauer.

Ein einschneidendes und für ihn und die Heimatkreisgemeinschaft fast tragisches Ereignis war die Mitteilung des Kreises Minden-Lübbecke Ende des vergangenen Jahres, die die Kündigung unseres Samland-Museums im Preußen-Museum für den 31. Dezember 2016 zum Inhalt hatte. Auch die Geschäftsstelle, die direkt neben dem Museum über einen großen Büroraum verfügte, war von der Kündigung betroffen. So musste Carl Mückenberger, zunächst sehr niedergeschlagen, den Umzug nach Frille, bei Petershagen, etwa 15 Kilometer vom bisherigen Standort entfernt, organisieren und durchführen. Nachdem alle Exponate und Archivalien des Museums nach Lüneburg beziehungsweise Ellingen verbracht worden waren, begab er sich wieder an die gewohnte Arbeit, allerdings unter viel schwierigeren Verhältnissen.

Die ehrenamtliche Arbeit nahm und nimmt ihn voll in Anspruch. Für sein selbstloses Engagement wurde er bereits vor zwölf Jahren mit der Silbernen Ehrennadel ausgezeichnet, 2015 verlieh ihm die Landsmannschaft Ostpreußen die Goldene Ehrennadel.

Der Kreisausschuss des Landkreises Königsberg gratuliert Carl Mückenberger sehr herzlich zum 85. Geburtstag und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit und auch Freude an der Heimatarbeit.

Kalender für 2017

Liebe Landsleute, liebe Freunde Ostpreußens,

wir möchten Sie auf unseren Kalender für das Jahr 2017 hinweisen. Er nimmt sich einer besonderen kulturellen Leistung Ostpreußens an.

Es ist Kaiser Wilhelm II. zu verdanken, dass nach 1900 in Cadinen am Frischen Haff eine Majolikamanufaktur gegründet wurde. Er war nicht nur Eigentümer der dort schon bestehenden Ziegelei. Er organisierte und finanzierte auch das neue Unternehmen und beteiligte sich an der künstlerischen Arbeit. Bei der Errichtung des Unternehmens bediente man sich auch der Ratschläge der Königlichen Porzellanmanufaktur in Berlin und bezog Maschinen aus Meißen, die mit denen der Meißener Porzellanmanufaktur mithalten konnten. Er war es auch, der angesehene Künstler für die Gestaltung der Majolikaprodukte gewinnen konnte.

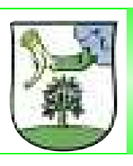
Die Erzeugnisse, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in Cadinen hergestellt wurden, waren vielfältig: Teller, Schalen, Vasen, Tierplastiken aber auch Plaketten und Reliefs und sogar Büsten verließen die Manufaktur. Es folgte dann die künstlerische Baukeramik, die, wenn auch leider nur noch vereinzelt, noch heute besichtigt werden kann.

Königsberg Land: Kostbarkeiten der Majolikamanufaktur in Cadinen zeigt der neue Kalender für 2017 Bild: Königsberg Land

In unserem Kalender sollen nun Exponate gezeigt werden, die sich vor allem in Besitz des Museums Königsberg in Duisburg befanden, und heute im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg ihren Platz gefunden haben. Lorenz Grimoni und Jörn Barfod danken wir. Ohne ihre Hilfe hätte ein solcher Kalender nicht gestaltet werden können.

Der Kalender kann bereits jetzt bestellt werden bei Gisela Broschei, Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, oder bei Carl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden, Telefon (0571) 46297. Die Spende einschließlich Porto sollte wie in den letzten Jahren mindestens zwölf Euro betragen (Konto: Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg IBAN DE 96490501010064006885, BIC WELADED 1MIN).

Ihre Gisela Broschei, Kreisvertreterin, Ihr Carl Mückenberger, stellvertretender Kreisvertreter



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Hauptkreistreffen

Herzlich eingeladen sind die Labiauer aus Stadt und Land sowie alle Freunde und Gäste des Heimatkreises zum Hauptkreistreffen in der Stadthalle am Fröbelweg in Otterndorf/Niederelbe, im Patenkreis Landkreis Cuxhaven. Die Stadthalle ist ab 9 Uhr geöffnet. Alle, die schon am Freitag, 9. September, anreisen, können sich in der Stadthalle ab 19.30 Uhr zu einem Begrüßungsabend treffen. Hier das Programm (Änderungen vorbehalten) für Sonnabend, 10. Septemer:

9.30 Uhr: Gedenkfeier für Hildegard Knutti am Labiauer Stein, Am Großen Specken.

10 Uhr: Offizielle Eröffnung des Kreistreffens

11 Uhr: Feierstunde in der Stadthalle.

16 Uhr: Otterndorfer Kinder tanzen für uns Ballett

19 bis 22 Uhr: Gemütlicher Abend bei Musik und Tanz.

Manfred Zink zeigt Freitag und Sonnabend die Ausstellung „Labiauer Firmengeschichten". Für Familienforscher steht Horst Warthun zur Verfügung. Die Bildausstellung „Labiau – Stadt und Land – wie es einmal war", wird am Freitag und Sonnabend in der Veranstaltungshalle gezeigt. Das Torhaus Otterndorf ist an beiden Tagen zu gewissen Zeiten geöffnet. Die Zeiten sind in der Festhalle angegeben.

An einem Informationsstand der Geschäftsstelle lassen sich Postkarten, Heimatbrief und vieles mehr erwerben. Andere Stände bieten zum Beispiel Bücher , Marzipan, Labiauer Korporal, Meschkinnes. Für das leibliche Wohl ist wieder gut gesorgt. Am Samstag gibt es Mittag- und Abendessen nach kleiner Karte, nachmittags Kuchenbüfett.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Moorbahnfahrt

Mit allen, die am Sonntag noch da sind, wollen wir noch schöne gemeinsame Stunden verbringen. Dazu sind auch die Familienmitglieder eingeladen. Wir machen eine gemeinsame Moorfahrt in Wanna, wie bereits im vergangenen Jahr angekündigt. Wir bilden Fahrgemeinschaften, denn Wanna ist etwa zehn Kilometer von Otterndorf entfernt.

Mit der Moorbahn (überdacht, auch für Rollstuhlfahrer geeignet) wird ein 5,7 Kilometer langer Rundkurs (Dauer etwa zwei Stunden und 15 Minuten), durch wiedervernässte Torfabbauflächen in unterschiedlichen Entwicklungsstadien, unberührte Hochmoorflächen und durch einstmals landwirtschaftlich genutzte Ländereien, befahren. Zwischenstopps an vier unterschiedlich gestalteten Haltepunkten dienen der umfassenden Information des Fahrgastes durch den fachkundigen Moorbahnführer. Hier erfährt der Naturfreund Wissenswertes über die Entstehung des Hochmoores, die Nutzung der Moore durch den Menschen, Renaturierung und vieles mehr. Seltene Pflanzen und mit etwas Glück seltene Tiere, die sich einem extremen Lebensraum angepasst haben, wollen entdeckt werden. Auch wird während der Fahrt experimentiert: Meterlange Metallstangen werden im Moor versenkt um Irrlichter zu produzieren. Es versteht sich von selbst, dass Geschichten mit Gruselpotenzial erzählt werden. Die Moorbahn bietet eine wundervolle Möglichkeit, dieses in seiner Charakteristik einmalige Naturschutzgebiet intensiv und informativ zu erleben. Holzstege, Plattformen und ein Aussichtsturm an der Strecke sorgen für einen guten Überblick. Die Bahn ist auch auf Rollstuhlfahrer eingerichtet.

Anschließend werden wir im „Festsaal Zur Post“ in Wanna ein Mittagessen einnehmen (Krustenbraten mit Beilagen und einem Getränk).

Teilnahmekosten Moorfahrt und Essen: 19 Euro pro Person.

Kinder bis zwölf Jahre fahren ermäßigt. Um etwa 14.30 Uhr sind wir dann wieder in Otterndorf. Es wäre sehr schön, wenn Sie sich bereits im Vorfeld zur Teilnahme anmelden würden, damit wir besser planen können.

Allen Labiauern aus Stadt und Land sowie allen Gästen ein herzliches Willkommen!

Brigitte Stramm, Kreisvertreterin



Labiau: Eine Bahnfahrt durchs malerische Ahlenmoor soll das Hauptkreistreffen am Sonntag abschließen Bild: Geoz/ Wikipedia



MEMEL-STADT

Kreisvertreter: Uwe Jurgstieß, Kirchblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Fax (06203) 43200. Gst. Für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties.

Ehrung für Magdalena Piklaps

Am 2. August lud der Verein der Deutschen in Memel Mitglieder und Gäste in das Simon-Dach-Haus zu einer Ehrungsfeier ein. Zu Beginn erfolgte die Gratulation von Seiten des Vereins für den neuen Ehrenbürger der Stadt Memel (Klaipeda), Uwe Jurgsties. Auch Manfred Wagener gratulierte im Namen von Vokietuva. Anschließend ehrte der Erste Vorsitzende im Namen des gesamten Vorstands Magdalena Piklaps mit der Ernennung zur Ehrenvorsitzenden. Diese Auszeichnung hat Magdalena Piklaps mehr als verdient. Hat sie doch 25 Jahre lang all ihre Kraft und Zeit für ihre im Memelland wohnenden Landsleute wie auch den Besuchern von Deutschland geopfert. Es war nicht immer leicht, all die Arbeit trotz ihrer Doppelbelastung als Lehrerin und Vorsitzende vom Diakonischen Werk „Sandora“ zu bewältigen. Sie war unter anderem die treibende Kraft zur Gründung einer Deutschen Schule, dem heutigen Hermann-Sudermann-Gymnasium. Die Feier wurde musikalisch umrahmt durch Familie Tarasovas. Viaceslavas ist Opernsänger am Musiktheater Klaipeda, seine Frau Jana ausgebildete Opernsängerin, Sohn Vladimir begleitete sie am Klavier und Akkordeon. Die 8-jährige Tochter Antanina glänzte durch ihr hervorragendes Können auf der Violine. Zum Abschluss luden die Vereinsmitglieder alle Gäste zu einem Buffet ein.



Gratulation von Klaus Grudzinskas: Der Vorsitzende des Vereins der Deutschen in Memel überreicht der neuen Ehrenvorsitzenden einen Blumenstrauß Bild: privat



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Kreistagssitzung

Am 17. September um 12.30 Uhr findet die öffentliche Kreistagssitzung mit folgender Tagesordnung, statt:

– Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung.
– Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
– Genehmigung der Tagesordnung
– Protokoll-Genehmigung
– Bericht des Vorstandes
– Kassenbericht über das Haushaltsjahr 2015
– Bericht der Kassenprüfer
– Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes
– Satzungsänderung
– Archivangelegenheiten
– Auslagen in den „Mohrunger Stuben“
– Haushaltsvoranschlag 2017.

Die Kreistags-Mitglieder haben fristgemäß eine schriftliche Einladung erhalten.

Unser diesjähriges Heimatkreistreffen findet am 17. und 18. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade L'Orangerie, Bahnhofstraße 8, statt. Wenn Sie eine Übernachtung in Kauf nehmen wollen, dann können Sie die Zimmerbuchungen im Grandhotel Esplanade unter Telefon (05723) 798110 oder E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de vornehmen. Ebenso ist Ihnen die Tourist-Information unter Telefon (05723) 748560 oder per E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de behilflich.

Wir laden Sie herzlich dazu ein und würden uns sehr freuen, viele Landsleute, deren Nachkommen und Heimatfreunde in Bad Nenndorf begrüßen zu dürfen.

Der Programmablauf:

Sonnabend, 17. September

10 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume
12.30 Uhr: Kreistagssitzung
17 Uhr: Filmvorführung
Ab 19.30 Uhr Gemütliches Beisammensein mit Musik.

Sonntag, 18. September

9.30 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume
10 Uhr: Besuch des Agnes-Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung
10.40 Uhr: Feierstunde mit gemeinsamem Gesang: „Land der dunklen Wälder“
– Begrüßung durch die Kreisvertreterin
– Grussworte der Ehrengäste
Totenehrung durch Elisabeth Krahn, gemeinsam singen wir „Großer Gott wir loben dich“
– Festrede zum Thema „Erntefest in Ostpreußen“ von der Kulturreferentin: Gisela Harder
– Reisebericht „Fahrt mit dem Traktor nach Mohrungen“ von Bodo Richter
Ehrungen
– Schlussworte und gemeinsamer Gesang des Deutschlandliedes, 3. Strophe
14 Uhr: Mitgliederversammlung
Danach gemütliches Ausklingen bei Kaffee und Kuchen sowie guten Gesprächen.

Schon jetzt bedanken wir uns ganz herzlich für Ihr Kommen zu unserem diesjährigen Heimatkreistreffen!

Bis zum Wiedersehen in Bad Nenndorf grüßt Sie in heimatlicher Verbundenheit der Vorstand der Kreisgemeinschaft



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Hauptkreistreffen

Es ist nie zu spät! Großeltern und Eltern schafften es immer wieder, nach der Flucht und Vertreibung die Erinnerung an ihre Heimat zu erhalten. Auch für mich ist die Bedeutung der Heimat und diese Erinnerung wieder gewachsen. Es sind unsere Wurzeln, die uns stark machen.

Ich habe die Bitte, liebe Landsleute, Verwandte, Freunde und Bekannte, kommt zum Treffen der Kreisgemeinschaft Rößel am 17. und 18. September nach Neuss!

Die Verantwortlichen haben in den vergangenen Jahren keine Mühen gescheut, das Treffen eindrucksvoll zu gestalten. Bekanntlich kann der Mensch vieles entbehren, nur den Menschen nicht. Also, nehmt die Gelegenheit wahr und kommt zum Treffen von Samstag bis Sonntag nach Neuss. Für Übernachtungsgäste gibt es kurze Fußwege zur Veranstaltung: Im Ibis-Hotel, Telefon (02131) 1040, kostet das Einzelzimmer 59 Euro und das Doppelzimmer 69 Euro inklusive Frühstück. Auch Landsleute aus anderen Heimatkreisen, die Verbindungen zum Kreis Rößel haben, sind uns herzlich willkommen. Eine Anmeldung wäre schön (bei Uschi Schlempke, Telefon 02131/28633), ist aber keine Voraussetzung. Wir freuen uns auf Euch.

Egbert Neubauer, ehemals Seeburg

Multimedia-Vortrag

Zum Programm des Hauptkreistreffens gehört am Sonnabend, 17. September, ein Multimedia-Vortrag mit Lichtbildern und Musik: Gisela Heese liest aus dem biografisch-dokumentarischen Roman „Kinokinder – Geschichte einer Kinofamilie aus Bischofsburg, Kreis Rößel“.

TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

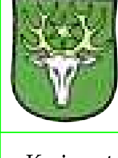
Eiserne Hochzeit

Alfred Pipien, nun fast 91 Jahre alt, wurde am 1. September 1925 in Tilsit, Hindenburgstraße 22, geboren. Seine Frau Elsbeth stammt aus Westfalen. Das Jahr ihrer Hochzeit von 1951 liegt weit zurück. Nur wenige Ehepartner haben das Glück 65 Jahre miteinander zu leben und verheiratet zu sein.

Ein Sohn und eine Tochter gingen aus dieser Ehe hervor. Alfred konnte den Zweiten Weltkrieg bei der Luftwaffe trotz zweimaliger Verwundung überleben. Nach der Entlassung aus amerikanischer Gefangenschaft 1946 fand die sechsköpfige Familie Pipien sich wieder in Hannover zusammen. Der gemeinsame Hausbau in Hannover verbesserte sehr positiv die Lebensverhältnisse der Familie.

Viele Jahrzehnte hat Alfred Pipien durch seine Arbeit die Entwicklung der Stadtgemeinschaft Tilsit entscheidend mitgeprägt. Nach dem Krieg nahm er bald Verbindung mit Landsleuten aus seiner Heimatstadt auf und organisierte die Schwedenfelder Schulgemeinschaft. Er wurde ihr Schulsprecher. Es gelang, ihm auch die Großschulgemeinschaft, bestehend aus Tilsit-Schwedenfeld, Splitter-Stadtheide, Kaltekken, Stolbeck zu gründen. Viele Textbeiträge in den Tilsiter Rundbriefen stammen aus seiner Feder. Seine handwerklichen und künstlerischen Fähigkeiten setzte er in vollem Umfang für den Bau von Modellen der Heimat ein. Sein langes, unermüdliches Wirken für die Stadtgemeinschaft wurde mit der Verleihung der Silbernen Ehrennadel und der Bismarckmedaille gewürdigt. Trotz seines hohen Alters ist Alfred Pipien auch heute noch Mitglied der Stadtvertretung Tilsit und deren Ehrenmitglied. Die Stadtgemeinschaft Tilsit übermittelt anläßlich der Eisernen Hochzeit herzliche Glükkwünsche und wünscht alles Gute für das weitere Leben zu zweit.

Siegfried Dannath-Grabs



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen und Versammlung der Mitglieder

Liebe Mitglieder der Kreisgemeinschaft Wehlau,

hiermit laden wir herzlich zu unserer diesjährigen Mitgliederversammlung mit anschließendem Hauptkreistreffen am Sonnabend, den 10. und Sonntag, den 11. September, ins Gasthaus Vollmer, Hauptstraße 60, in 28857 Syke, ein. Beginn ist um 13 Uhr. Die Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden
2. Feststellen der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
3. Jahresberichte des Vorstandes
– a. Vorsitzender
b. Stellvertretender Vorsitzender, Heimatbriefredaktion und Internetauftritt
– c. Schatzmeisterin
– d. Beisitzer
4. Bericht der Kassenprüfer
5. Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes
6. Nachwahl eines Beisitzers
7. Berichte über Heimattreffen, Schüleraustausch, Reisen, Bruderhilfe
8. Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2017
9. Beratungen über eingegangene Anträge
10. Beratung und Beschluss über die Terminplanung 2017
11 Anfragen und Anregungen der Mitglieder
12. Schlusswort des Vorsitzenden.

Über eine zahlreiche Beteiligung würden wir uns, auch im Interesse unserer Gemeinschaft, sehr freuen.

Gerd Gohlke, Werner Schimkat, Ingrid Eigenbrod,

Hauptkreistreffen

Am Sonnabend, 10. September, beginnt unser Hauptkreistreffen um 13 Uhr mit der Jahreshauptversammlung im Gasthaus Vollmer. Unmittelbar nach der Jahreshauptversammlung, gegen 16 Uhr beginnt ebenfalls im Gasthaus Vollmer unser Hauptkreistreffen

Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden werden wir mit einer unterhaltsamen Gesprächsrunde beginnen, in der hauptsächlich über Neues aus der Heimat berichtet wird. Wer kürzlich in Ostpreußen war, kann gerne seine Eindrücke vortragen.

Die Unterhaltung werden wir mit einigen Heimatliedern bereichern, für die uns wiederholt der Alleinunterhalter Robert Thorn begleiten wird, bevor wir eine Pause zum Abendessen einlegen.

Selbstverständlich sind unsere Mediawände mit Bildern aus der Heimat im Einsatz. Ingrid Eigenbrod erteilt Informationen aus der Heimatkreisdatei und bietet an einem Verkaufsstand Bücher und andere Artikel mit Bezug zu unserem Heimatkreis an. Nach dem Abendessen wird der unterhaltsame Teil mit viel Zeit zur Unterhaltung fortgesetzt. Ausklang des Abends ist gegen 23.30 Uhr.

Fortgesetzt wird das Treffen, am Sonntag, 11. September, um 9.15 Uhr mit einem Gedenken am Wehlauer Stein auf dem Hof des Kreishauses in Syke. Auch die Bürgermeisterin von Syke, Suse Lauer, wird daran teilnehmen.

Um 10 Uhr beginnt die Feierstunde im Gasthaus Vollmer mit
- der Totenehrung
- den Festreden. Unter anderem berichtet Bürgermeisterin Suse Laue über ihre Radtour durch unseren Heimatkreis
- Ehrungen
- Ostpreußenlied

Um 12 Uhr lädt die Kreisgemeinschaft zum gemeinsamen Erbsensuppenessen ein. Um 15 Uhr ist eine öffentliche Führung durch das Wehlauer Heimatmuseum im Rahmen des Tages des offenen Denkmals, an dem im Kreismuseum Syke ein Kürbisfest stattfindet. Auf der Diele werden Kaffee und Kuchen angeboten, womit wir Gelegenheit haben den Tag dort bei weiteren Unterhaltungen ausklingen zu lassen. Über eine zahlreiche Beteiligung würde sich der Vorstand der Kreisgemeinschaft Wehlau sehr freuen.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



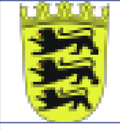
BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober, Bad Honnef: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Thema des Seminars: „150 Jahre Deutscher Krieg – Preußen und Österreich in Geschichte und Gegenwart“ (Zum Programm siehe unten. Weitere Informationen: www.facebook.com/events/1032910313418878/2

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

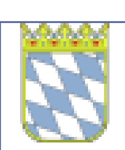


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Mittwoch, 7. September, 11.30 Uhr, Restaurant Glashaus, Weberstraße 15, 73084 Salach: Feier zum 65-jährigen Jubiläum der Kreisfrauengruppe. Vorherige Anmeldungen sind erbeten. Bitte bis zum Mittwoch, 31. August, an Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 10. September, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Die neue Ausgabe des Preußen-Kurier ist auf der Internetseite der Landesgruppe abrufbar. Auf www.low-bayern.de in der oberen Leiste Mediathek anklicken, dann den Unterpunkt Publikationen wählen.

Ansbach – Sonnabend, 10. September, 15 Uhr, Orangerie: Erntedank.

Landshut – Mittwoch, 7. September: Floßfahrt.

München – Sonnabend, 3. September, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Vorführung des Films „Mit dem Blick nach Osten – Eine Reise nach Trakehnen“. Zuvor gemeinsame Kaffeetafel. – Freitag, 9. September, 14 Uhr, Haus der Deutschen Ostens: Zusammenkunft der Frauengruppe.

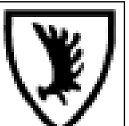


BERLIN

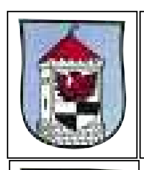
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Frauengruppe – Montag, 12. September, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Erntedank. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354





Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 15. September, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Erntedank in Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker Telefon (030) 7712354

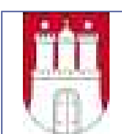


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonnabend, 3. September, 15 Uhr (Einlass ab 14.14 Uhr) Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken. Im Vorprogramm wird die Akkordeon-Spielgruppe „Bremer Handörgler“ aufspielen und auch zum Mitsingen jahreszeitlich passender Lieder einladen. In diesem Jahr ist auch wieder ein kurzer Vortrag vorgesehen. Ulrich Krause aus Loxstedt-Nesse, gebürtig aus Elbing, wird passend zu „Sommerausklang – Erntedank – Ernährung“ einen Vortrag über „Lebensmittelveredlung und -behandlung durch Gewürzmischungen“ halten. Damit wird er zugleich den Weg seiner „Gewürzmühle Nesse“ vom Backzutatenhersteller (Staesz-Pfefferkuchengewürz) zum Großlieferanten der Lebensmittelindustrie erzählen.

Die Preise der Veranstaltung betragen für Eintritt und Schmandschinken 17 Euro, für Eintritt Beetenbartsch 10 Euro. Die Teilnahme ohne Essen ist nicht möglich. Im Preis ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene „Stobbe-Machandel“ enthalten. Eine Anmeldung in unserer Geschäftsstelle (eventuell auch telefonisch unter 0421/3469718) ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einstehen müssen! Die Bezahlung kann auch per Überweisung erfolgen. IBAN: DE92 2905 0101 0001 0805 14 (bei der Überweisung bitte die Leerstellen weglassen!).



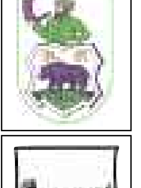
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

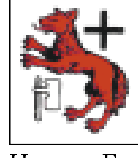
– Tag der Heimat –

Landesgruppe – Sonnabend, 3. September, 7.30 Uhr (Abfahrt 7.45 Uhr), ZOB Hamburg: 46. Berlinfahrt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L. v. D.) zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in Berlin unter dem Leitwort: „Identität schützen - Menschenrechte achten“. Programm zum 65. Tag der Heimat: 1) Festakt in der Urania, An der Urania 17, Humboldt Saal. 2) Auf der Hin- und Rückfahrt werden Imbisse gereicht. Im Bus erhalten Sie die Einlasskarte, die in Berlin in eine Eintritts- und Platzkarte getauscht wird. Dort gibt es auch ein Festprogramm und weitere Unterlagen über Aktuelles. 3) Bundestagsmitglied Bernd Fabritius eröffnet als Präsident der Vertriebenen den Tag und begrüßt die Teilnehmer. Die Festrede hält Bundespräsident Joachim Gauck. Wir erwarten weitere Ehrengäste und hoffen, dass auch die letzten BdV-Ehrenplakettenträger wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ehrenpräsidentin Erika Steinbach und andere teilnehmen werden. Das Programm wird erneut von den Potsdamer Turmbläsern umrahmt. 4) Für uns Hamburger findet eine historische Berlin-Stadtrundfahrt statt, da wir leider nicht an der Kranzniederlegung teilnehmen können. 5) Einen Mittagsimbiss nehmen wir am Alexanderplatz ein. Sie erhalten einen Bonus. Den Abschied von Berlin begehen wir am Reiterdenkmal Friedrichs des Großen, Unter den Linden, mit einem traditionellen Sektumtrunk und Volksliedern. 6) Rückfahrt von Berlin ist etwa um 19 Uhr; Ankunft in Hamburg gegen 22.30 Uhr. Wir bitten Sie, die 38 Euro Reisekosten auf das Konto des L.v.D. , IBAN DE 57 200 505 50 13 15 12 46 18 bei der Hamburger Sparkasse zu überweisen oder bar einzuzahlen in der Geschäftsstelle des L.v.D. / Haus der Heimat (10 bis 14 Uhr), Telefon/Fax (040) 346359.

KREISGRUPPEN



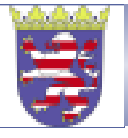
Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Heiligenbeil – Sonnabend, 24. September, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, 1. Etage, Stadtteilhaus Horner Freiheit, Am Gojenboom 46: Herbstfest. Die Mitglieder der Gruppe wollen mit ihren Freunden und Gästen, bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde, einige fröhliche und besinnliche Stunden miteinander verbringen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U2 Richtung Mümmelmannsberg, oder U4 Richtung Billstedt, beides bis Horner Rennbahn, hier den Ausgang, Am Gojenboom benutzen, direkt daneben ist das Stadtteilhaus. Für Rolatoren und Rollstuhlfahrer, gibt es einen Fahrstuhl, der zum Einkaufszentrum hinauf führt, hier sind es dann einige Minuten Fußweg, bis zum Ziel. Anmeldung bis zum 23. September bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041, Kostenbeitrag für Kuchen und Kaffee 5 Euro.

STADTTEILGRUPPEN

Bergedorf – Freitag, 26. August, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Treffen der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen mit einem Vortrag zum Thema: „Dr. Alfred Lau – Kenner der ostpreußischen Mundart und des ostpreußischen Humors“.



HESSEN

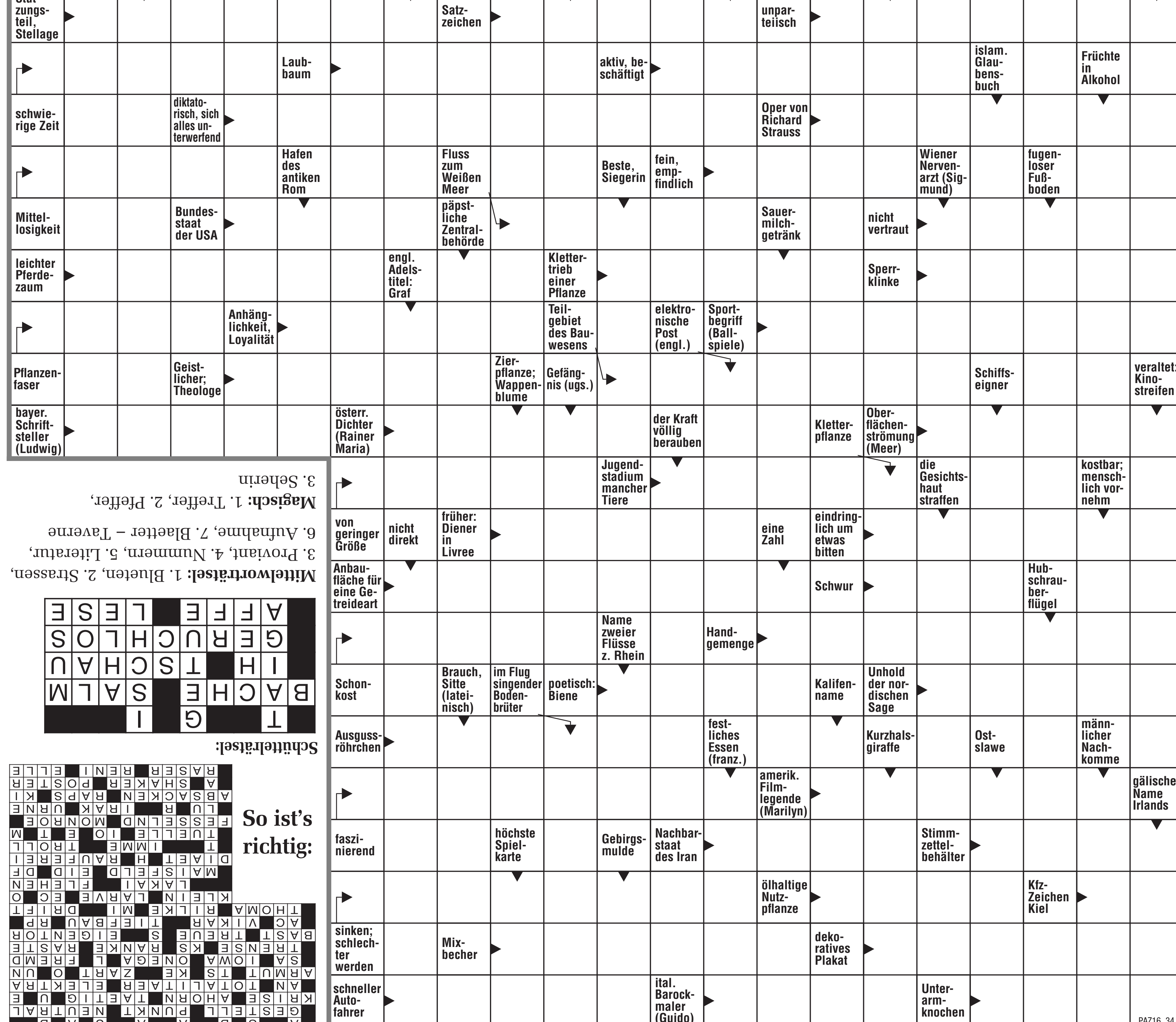
Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Kassel – Donnerstag, 1. September, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3, Kassel, Monatstreffen mit Ruth Barthel zum Thema „Erntedank damals in Ostpreußen“.

– Bericht –

Das Thema des ersten Treffens nach der Sommerpause lautete: „Der deutsche Adel – Lob und Tadel“. Gerhard Landau, Vorsitzender der Kasseler Gruppe berichtete über jene uralte Sondergemeinschaft, die seit etwa 1000 Jahren die Geschicke der deutschen Länder maßgeblich mitgestaltete. Der erste Teil des Vortrags verschaffte

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

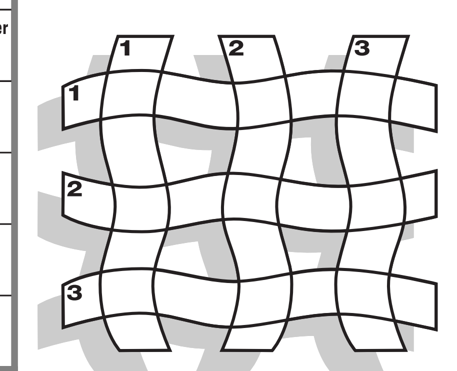
AAGIT		CEFH	EEGTU		CHILS		AEHL	ALOS	EMSU
					ALMS				
ABCEH			ACHS TU						
CEGHL ORSU									
AEFF					EELS				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein italienisches Wirtshaus.

1	BACH		MEER
2	FERN		CAFE
3	REISE		KORB
4	GEHEIM		KONTO
5	FACH		PREIS
6	TON		LEITER
7	ROSEN		PILZ

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Schuss oder Wurf ins Ziel
2 scharfes Gewürz
3 Prophetin, Weissagerin

So ist's richtig:

Mittelworträtsel: 1. Blueten, 2. Strassen, 3. Proviant, 4. Nummern, 5. Literatur, 6. Aufnahme, 7. Blaetter – Taverne

Magisch: 1. Treffer, 2. Pfeffer, 3. Seherin

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 20

einen Überblick über die Entwicklung des Adelsstandes von den Anfängen bis zur Auflösung der Monarchie im Jahre 1918, eine Zäsur, die auch den Verlust aller Adelsprivilegien mit sich brachte.

Das Innenleben der Edelleute stand im Blickpunkt des zweiten Teils. Hierzu bieten die humorvollen Ausführungen von Christine Gräfin von Brühl in ihrem Buch „Noblesse oblige“ eine ergiebige Quelle. Prägend für die selbstbewussten Herrschaften mit „von und zu“ ist danach einerseits das ständige Bemühen, sich von der übrigen Welt abzugrenzen, andererseits aber stets auch Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Trotz gelegentlicher Versager in ihren Reihen ist anerkennend festzustellen: der Adel hat mit den „Preußischen Tugenden“ doch einiges am Hut.

Den dritten Teil übernahm die Vorsitzende Gertraud Nitschky mit einer Lesung aus den „Erinnerungen eines alten Ostpreußen“. Autor ist der nicht unbekannte Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten. Zuletzt lenkte Gerhard Landau die Gedanken auf ein „Edeltum“, ohne das keine Gesellschaft mit kulturellem und ethischen Anspruch auskommt. Zwei bekannte Orden – die der Johanniter und Malteser – verkörpern zwar eine solche geistige Elite seit langem, sie stehen aber offensichtlich nur Akademikern und herausgehobenen Persönlichkeiten offen. Unverzichtbar in diesen Zeiten eines zerbröselnden Deutschtums ist jedoch ein Orden aus der „Mitte der Gesellschaft“, der sich verbindliche Regeln gibt und bereit ist, gegen den Strom zu schwimmen. Könnten nicht die Vertriebenenkreise ein Anlaufpunkt für eine entsprechende Bewegung sein? *Gerhard Landau*

Wiesbaden – Sonnabend, 3. September, 14 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Feierstunde zum Tag der Heimat. Die Ansprache hält der hessische Minister für Soziales und Integration, Stefan Grüttner. Anschließend gibt es einen Sektumtrunk. – Sonntag, 11. September, 10.30 Uhr, Großer Saal, Hessisches Finanzministerium: Zentraler Tag der Heimat und dritter Hessischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation. Festredner ist Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 3. September, 10 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt), Anklam: 25. landesweiter Tag der Heimat. Aus Oberschlesien werden der Trachtenchor „Heimatklang“ Cosel-Klodnitz und das Blasorchester Radoschau in Anklam auftreten. Die Festansprache hält Bruno Kossak, langjähriger Sejm-Abgeordneter für die Deutsche Minderheit in Polen. Auch das Mecklenburger und Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten hat für diesen Tag traditionsreiche Volkstänze aus der Heimat einstudiert. Zu diesem Jubiläum sind alle Landsleute und Heimatfreunde von nah und fern nebst Angehörigen und Interessenten herzlich nach Anklam eingeladen. Für das leibliche Wohl mit Mittagessen, Kaffee, Kuchen und Bärenfang sowie für genügend Parkplätze ist gesorgt. Alle Heimatgebiete sind ausgeschildert. Erwartet werden über 600 Besucher.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 6. September, 19 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74, Bonn-Beuel-Süd: Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat. Es spricht Stephan Rauhut, Stellvertretender Präsident des BdV zum Thema „Identität schützen – Menschenrechte achten“.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. Mittwoch, 7. September, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 8. September, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals.

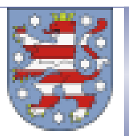


Bonn: Stephan Rauhut, stellvertretender BdV-Präsident, spricht beim Tag der Heimat Bild:privat

Gütersloh – Donnerstag, 8. September, 15 Uhr, Café Villa Dr. Murken, Neuenkirchener Straße 12: Treffen der Frauengruppe. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Neuss – Sonnabend, 10. September, 14 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein, Oberstraße: Tag der Heimat. Im Anschluss Feierstunde im Marienhaus, Neuss, Kapitelstraße 36. Veranstalter BdV Kreisverband Neuss. Ein Bustransfer von Gedenkstein zum Marienhaus, Kapitelstraße 36 wird organisiert.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet




THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Limbach-Oberfrohna – Zu einem Brauchtumsnachmittag zur Ehren unserer Heimat Ostpreußen hatte Kurt Weihe die Lehrer der Gerhart-Hauptmann-Schule am 3. August eingeladen. Wie bereits im vergangenen Jahr wurde die Einladung sehr positiv aufgenommen. Kurt Weihe konnte 22 Teilnehmer begrüßen.

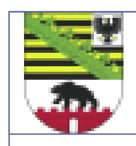
Er sprach über das Gold unserer Heimat, den Bernstein. Zur Veranschaulichung hatte er angefertigte Bernsteinarbeiten ausgestellt. Zusammen mit Schülern in einem kreativen Arbeitszirkel waren interessante Stücke entstanden. In seinem Vortrag sprach Weihe über die Verarbeitung und erklärte besondere Maschinen zur Herstellung dieser herrlichen Stücke. Irmgard Gläser hatte eine Ausstellung ihrer ostpreußischen Handarbeiten vorbereitet und sprach über verschiedene Techniken der angefertigten Handarbeiten.



Limbach-Oberfrohna: Brauchtumsnachmittag mit den Lehrern der Gerhart-Hauptmann-Oberschule. Kurt Weihe präsentierte das Gold Ostpreußens, den Bernstein Bild: privat

Danach stand für alle Lehrer Kaffee und Kuchen bereit. Die Tische waren mit weißen Tafeltüchern vorbereitet und zur Erinnerung an Ostpreußen und seinen bunten Blumenwiesen mit Servietten von rotem Mohn geschmückt. Monika Martin hatte mit viel Freude die Kuchen nach typisch ostpreußischen Rezepten gebacken. An jedem Platz war als Dankeschön ein kleines Geschenk aufgestellt. Die Schüler des Kreativzirkels hatten unter Anleitung von Kurt Weihe kleine Geschenke, natürlich mit kleinen Bernsteinen verziert, hergestellt. Nach der unterhaltsamen Kafferunde folgte anschließend noch ein Vortrag von Kurt Weihe über Ännchen von Tharau. Kurt Weihe liegt die Arbeit mit der Jugend sehr am Herzen und er zeigt vollen Einsatz die guten Kontakte zu vertiefen und zu erhalten.

Eine Exkursionsfahrt per Bus in das Haus der Heimat nach Reichenbach stand für den nächsten Tag auf dem Programm. Finanziell Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Sächsischen Innenministerium. *Hannelore Kedzierski*



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 2. September, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 11. September: Tag der Heimat. – Dienstag, 20. September, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mölln – Donnerstag, 1. September: Tagesausfahrt ins Brandenburgische. Zuerst geht es nach Wustrau zum Preußenmuseum. Im durch Fontane bekannten Ortsteil Ribbeck der Stadt Nauen klingt die Tour bei einer Tasse Kaffee und Kuchen aus. – Sonntag, 18. September: „Lustiger Nachmittag“ mit einem Ausflug nach Elmshorn zur Dittchenbühne. Aufgeführt wird die Kriminalkomödie „Der Fluch des Bernsteinzimmers“ von Raimar Neufeldt.

Neumünster – Sonntag, 4. September, 13.30 Uhr: Ausflug mit dem Bus zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Einstieg ist hinter dem Finanzamt. Anmeldung und weitere Information unter Telefon (04321) 82314 bitte bis zum 20. August.

Pinneberg – Sonntag, 11. September, 15 Uhr: „Mein Name ist Marité“ – Lesung aus einem litauischen Wolfskinderroman.

Schönwalde am Bungsberg – Sonntag, 4. September, 10 Uhr: Tag der Heimat.

Uetersen – Freitag, 9. September, 15 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: „Streitgrund Schleswig Holstein – der Deutsche Krieg von 1866. Preußens Auseinandersetzung mit Österreich“ – Vortrag von Redakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung,* Dr. Manuel Ruoff, – Sonntag, 11. September, 11 Uhr: Tag der Heimat, Kranzniederlegung und Gedenken am Gedenkstein der Vertriebenen Deutschen in der Tantaus Allee.

Ein Herz für Kinder

Organisation sorgt dafür, dass Minderjährige aus armen Ländern in Israel eine Herz-OP erhalten – Auch Patienten aus Gaza

Holon bei Tel Aviv. Im Wolfson-Hospital operieren israelische Chirurgen ehrenamtlich herzkranke Kinder aus aller Welt. Viele der kleinen Patienten kommen auch aus den palästinensischen Gebieten.



Gleich geht es los: Ein Kind wird für eine Operation vorbereitet — Bild: Mauritius

Eine junge Frau im bunten Clownskostüm tanzt singend durch die Intensivstation des Wolfson-Krankenhauses in Holon bei Tel Aviv. Aufmerksam verfolgt ein kleiner Junge von seinem Bett aus ihre Bewegungen. Er lächelt scheu. Zwei Schwestern rühren Medikamente an, ein Arzt schaut nach den Kindern, die in ihren Betten schlafen. Die Tür zum Flur steht offen.

Dort warten Philipinnen, eine Israelin, eine Philippinin. Sie telefonieren. Auf einem der Stühle sitzt eine ältere arabische Frau, dunkelgrauer Mantel, kariertes Kopftuch. Ihr Handy hält sie fest umklammert. Immer wieder klingelt es. Sie geht dran, „ja, alles ok, Inschallah, wenn Gott es will, ja“, wiederholt sie. „Ständig rufen sie von zuhause an, Vater, Mutter, Tanten, Onkel, Cousins. Das stresst mich zusätzlich“, erklärt Faiza Ashour, während das Telefon wieder läutet.

Israelische Chirurgen wollen ihrem Enkel das Leben retten. Familie Ashour lebt im palästinensisch-arabischen Gaza-Streifen. Dort würde der Junge mit dem angeborenen Herzfehler bald sterben. Geboren ist er vor gut einer Woche. Weil ihm „Flüssigkeiten aus Mund und Nase liefen“, brachten die Eltern ihren Erstgeborenen zum Arzt. Der wunderte sich über die kalten Beine des Babys und überwies ihn ins Krankenhaus.

Faiz einzige Chance: Eine Herzoperation, die kein Hospital in Gaza durchführen kann. „Ihm ging es richtig schlecht“, erinnert sich Faiza. Die Ärztin bat die humanitäre Organisation „Save a Child's Heart“ (Sach) um Hilfe. Das Wolfson-Hospital besorgte umgehend Einreisepapiere für Faiz und die Großmutter. Ein palästinensischer Krankenwagen brachte die beiden zum Grenzübergang Erez, wo sie in einen Transporter des Roten Davidsterns umstiegen. Eine kurze Durchsuchung, schon waren sie in Israel.

Hier liegt das zehn Tage junge Baby auf der Intensivstation. Sein Mund ist mit weißer Binde übergeklebt. In der Nase steckt ein Schlauch. Nur der kahle Kopf und die geschlossenen Augen lugen unter der Krankenhausdecke mit dem blauen Blumenmuster hervor. Faiz schläft. Die Schwestern schauen regelmäßig nach ihm. Seine Oma streichelt ihm immer wieder vorsichtig über die Wange. „Inschallah“. Mit diesen Worten legt sie die Zukunft in Gottes Hand – und in die der israelischen Ärzte.

Seit der Chirurg Ami Cohen die „Sach“-Organisation 1995 gründete, haben israelische Ärzte mehr als 3400 Kinder aus 48 sogenannten Entwicklungsländern kostenlos operiert. Die Hälfte der kleinen Patienten kam aus den Palästinensergebieten und anderen arabischen Ländern. Zuhause hätten sie keine Überlebenschance.

Um die medizinische Versorgung auch in den Herkunftsländern der Patienten zu verbessern, bildet „Save a Child's Heart“ Ärzte und Krankenschwestern aus, darunter viele Palästinenserinnen und Palästinenser.

Mitten im Krieg zwischen den jüdischen Siedlern, der israelischen Armee und den Palästinensern im besetzten Westjordanland kam die vierjährige Ala Abo Asab aus dem arabischen Westbankdorf Balata mit einem schweren Herzfehler ins Wolfson-Krankenhaus. Elena, eine Siedlerin, hatte ihr den Platz im „Sach“-Programm besorgt. Sie brachte sie persönlich in die Klinik und wieder nach Hause. Alas Eltern durften nicht über die Grenze nach Israel.

„Das ist wie eine Sucht, irgendwann bist du abhängig von diesem Projekt“, gesteht der Chirurg Sion Houri lachend. Zwölf bis 14 Stunden arbeiten die Kinderchirurgen täglich. Neben ihrer regulären Arbeitszeit operieren sie unbezahlt für „Save a Child's Heart“. „Als mich Ami Cohen vor ein paar Jahren fragte, ob ich mitmache, hielt ich die Idee für verrückt. Wer soll das bezahlen?“ 10000 US-Dollar zahlt der Verein für jede Operation an das Krankenhaus. „Das ist der Selbstkostenpreis der Klinik.“ Dazu kommt der Flug, die Nachsorge im Hospital und im Kinderhaus. Inzwischen bitten Houri und seine Kollegen „jeden, außer der Mafia“ um Spenden. Allein im Gazastreifen warten noch viele Kinder auf eine lebensrettende Herzoperation.

Mehr als drei Millionen Dollar kann die Organisation mit einem Zuschuss der Europäischen Union jedes Jahr ausgeben.

Auch Chirurg Ilad Cohen operiert die Patienten von „Save a Child's Heart“. In vielen Ländern geben er und seine Kollegen ihr Wissen an Ärzte weiter. Geld bekommt er dafür nicht. „Wir machen das auch für uns“, erklärt er sein Engagement, „wenn nach einer Operation das Lächeln auf das Gesicht eines Kindes und seiner Eltern zurückkehrt, ist das unbezahlbar.“

„Viele der Mütter und Großmütter haben Israelis bisher nur in Uniform erlebt“, berichtet die Psychologin Fatima Sarsour. Die israelische Araberin ist nicht nur als Hebräisch-Übersetzerin vor Ort, sie vermittelt auch zwischen den Kulturen. Häufig kämen „verängstigte Familien“ mit vielen Fragen. Wenn sie sehen, dass hier „keine Soldaten und keine Kontrollstellen“ sind und dass die Ärzte sie gut behandeln, fassten sie schnell Vertrauen. „Wir schauen nicht auf die Religion, sondern sehen jedes Kind als Menschen“, verspricht die junge Psychologin, die „Sach“ während ihres Studiums kennengelernt hat und seitdem dort mitarbeitet.

„Wir haben auch schon das Enkelkind eines Hamas-Ministers aus Gaza operiert“, ergänzt Chirurg Ilad Cohen. „Uns geht es um die Kinder.“ Faiza Ashour fühlt sich im Wolfson-Krankenhaus gut aufgehoben. Sie vertraut auf Gott – und die israelischen Ärzte.

Die arabischen Familien lernen hier Israelis kennen, die dieselben Probleme haben“, berichtet die 28-jährige Fatima Sarsour. Viele seien überwältigt von der Behandlung und der Zuwendung, die sie hier erfahren. „Einige ändern sicherlich ihre Meinung über Israel.“ *Robert B. Fishman*

Viel Wirbel unterm Zeppelin

Forschungs-Luftschiffe enträtseln Strömungen in der Ostsee

Bei Zeppelinen denkt man meist an die großen Luftschiffe, mit denen die Deutsche Zeppelin-Reederei in den 1920ern und 1930ern Passagiere und Post bis nach Amerika brachte. Moderne Zeppeline, wie sie seit Mitte der 1990er Jahre in Friedrichshafen am Bodensee gebaut werden, sind dagegen reine Passagierschiffe – oder sie dienen der Forschung.

Einen dieser Zeppeline NT (NT steht für „Neue Technologie“) ist mit einem breiten Spektrum von Sensoren ausgestattet. Im Juni und Juli war dieses Forschungs-Luftschiff mehrere Tage über die Ostsee unterwegs. Auftraggeber war das Institut für Küstenforschung des nahe Hamburg gelegenen Helmholtz-Zentrums Geesthacht.



Zeppelinstart im Dienste der Wissenschaft — Bild: DZR

Diese Expedition „Uhrwerk Ozean“ untersuchte kleine Wasserwirbel im Meer, die bisher kaum erforscht sind. „Mit einem Durchmesser von etwa 100 Metern bis zu zehn Kilometern und einer Lebensdauer von wenigen Stunden bis zu einem Tag stellen diese kleinen Meereswirbel noch immer eines der großen Rätsel der Ozeanografie dar“, erklärt Burkard Baschek, Leiter am Institut für Küstenforschung des Helmholtz-Zentrums Geesthacht.

Baschek hat die Expedition ins Leben gerufen. Er nimmt an, dass die Wirbel für den globalen Energie- und Temperaturhaushalt eine wichtige Rolle spielen, das Wetter und die Wanderungen von Fischschwärmen beeinflussen. Leider sind sie für Satellitenkameras zu klein, Flugzeuge können nicht lange genug über ihnen verweilen. Der Zeppelin kann dagegen auch längere Zeit über einem Wirbel schweben. Mit Spezialkameras lässt sich dann die Temperaturverteilung bestimmen. So konnten die Wissenschaftler verfolgen, wie sich der kalte Kern des Wirbels mit dem wärmeren Wasser in den äußeren Bereichen vermischt und wie die Organismen im Meer darauf reagieren. „Mit dieser Messtechnik erzielen wir eine Auflösung, die millionenfach genauer ist als die von Satelliten“, so Baschek weiter.

Dadurch konnten er und seine Kollegen über sechs Stunden einen Wirbel von der Entstehung bis zur Auflösung beobachten. Zudem diente der Zeppelin auch als Leitstand für Forschungsflugzeuge und Schiffe, die sich ebenfalls an der Expedition beteiligten. Von der weiteren Auswertung ihrer Daten erhoffen sich Baschek und seine Kollegen neue Erkenntnisse über die Prozesse im Meer und ihren Einfluss auf unsere Lebensbedingungen.

Zeppeline neuer Technologie sind seit Anfang dieses Jahrhunderts in der Bodenseeregion im Einsatz. Hersteller ist die Zeppelin Luftschifftechnik GmbH & Co KG. Sie gehört zum Zeppelin-Konzern, der die Tradition der von Ferdinand Graf von Zeppelin gegründeten Unternehmen fortsetzt und auch die weltweit einzige Zeppelin-Fluggesellschaft betreibt. Der Zeppelin NT ist ein so genanntes halbstarres Luftschiff. Er verfügt über eine innere Tragestruktur aus Kohlenstoff-Faser und Aluminium-Längsträgern. Die Hülle ist gleichzeitig die einzige Gaszelle. Die historischen Zeppeline bestanden aus einer Rumpfkonstruktion mit einzelnen Gaszellen. 2011 verkaufte Zeppelin drei Luftschiffe als Werbeträger an den US-Reifenkonzern Goodyear. Das erste Schiff ist bereits abgeliefert, das zweite startete am 12. März zum Erstflug. Während der erste Goodyear-Zeppelin in Florida stationiert ist, soll der zweite am Goodyear-Standort in Kalifornien seine Heimatbasis haben. *Friedrich List*

Faszinierende Faszien

Training sorgt dafür, dass das Bindegewebe geschmeidig bleibt

Faszien sind die neue Entdeckung im Bereich der physiotherapeutischen Behandlung. Es ist noch nicht allzu lange her, da wurde das Bindegewebe des Körpers in gewisser Weise neu entdeckt. Emotionen sollen hier auf geheimnisvolle Weise gespeichert sein. Körper, Geist und Seele sind vermutlich vernetzt. Und können sich gegenseitig beeinflussen.

Faszien sind ein Netz aus Kollagenfasern, das durchgängig im gesamten Körper zu finden ist. Würde man die Faszien aus dem Körper herauslösen, so würde sich ein großes zusammenhängendes Ganzes ergeben, das alle Strukturen des Körpers abbildet. Sowohl Muskeln wie auch Organe und Knochen sind von den Faszien umgeben. Die dünnen Häutchen sorgen dafür, dass die verschiedenen Strukturen zum einen zusammengehalten werden, zum anderen aber auch reibungslos aneinander vorbei gleiten können. Haltgebend, schützend und die Bewegung ermöglichend, ist das Geflecht der Faszien ein in sich verbundener Komplex.



Spezielle Körpertherapie bringt Faszien wieder in Schwung — Bild: Mauritius

Gesunde Faszien sind sehr elastisch. Deshalb sind wir im normalen, ursprünglichen Zustand flexibel und beweglich. Das ist bei Kindern gut zu sehen. Sind wir jung, enthalten die Faszien noch einen höheren Wasseranteil. Mit zunehmendem Alter nimmt dieser jedoch nach und nach ab, die Faszien werden trockener. Stress kann ebenfalls dazu beitragen, dass die Faszien in ihrer Leistungsfähigkeit abnehmen.

Stellt sich die Frage, wie die Psyche sich auf die feinen Kollagenfasern auswirken kann, die unseren Körper durchziehen. Das funktioniert mit Hilfe der körpereigenen Hormone, die beim Erleben von Emotionen ausgeschüttet werden. In einem Laborversuch wurden Fasziengewebe in Kontakt mit Hormonen gebracht. Zum Beispiel wurde ein Stresshormon auf das Gewebe gegeben. Der Effekt war verblüffend: Das Faszien-Gewebe zog sich zusammen. Dieses Versuchsergebnis spricht dafür, dass Vorreiter der Körpertherapie wie Wilhelm Reich, Gerda Boysen und Ida Rolf recht hatten mit ihrer Annahme, dass sich psychische Konflikte im Bindegewebe zeigen. Ihre Behandlungsmethoden basieren darauf, dass eine Lösung der bindegewebigen Verklebungen auch eine Lösung auf der psychischen Ebene hervorrufen kann.

Nun ist es keineswegs so, dass eine traurige Nachricht sich sofort bleibend in den Faszien verankert. Vielmehr ist es die andauernde Belastung, die sich im Laufe der Zeit im Körper zeigt. Wer sich monate- oder gar jahrelang Sorgen macht, muss sich nicht wundern, wenn er s c h m e r z e n d e Schultern hat.

Um die festgefahrenen Faszien wieder gehörig in Schwung zu bringen, reicht es allerdings nicht aus, abends den Partner um eine kurze Massage zu bitten. Faszien benötigen eine sehr spezielle Behandlung, die unter anderem auch eine genaue Kenntnis der Körperstrukturen voraussetzt. Deshalb sollte die Behandlung einem Experten überlassen werden. *Stephanie Sieckmann*



Wer den Krieg wirklich wollte

Roewer entlarvt Propaganda

Spätestens seit dem Erscheinen von Christopher Clarks „Schlafwandlern“ beginnt sich auch in Deutschland die Einsicht durchzusetzen, dass eben nicht „Deutschland im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege ausgelöst“ habe und daher auf ewig zu bestrafen sei. Helmut Roewer, Verfasser mehrerer Werke zur Geheimdienstgeschichte, hat mit „Unterwegs zur Weltherrschaft“ nun ein weiteres Buch vorgelegt, das durchaus das Zeug zum Standardwerk besitzt. Gründlich zeichnet er die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges bis zurück zur Jahrhundertwende nach und lässt den Leser hinter die Kulissen abseits der „veröffentlichten Meinung“ in der europäischen Presse jener Jahre blicken, indem er nicht nur auf die Besitzverhältnisse bei den Presseorganen hinweist, sondern auch auf die Verflechtungen der Besitzer mit dem sogenannten „militärisch-industriellen Komplex“.

Wer sich mit Preußen beschäftigt, kennt die Vorgeschichte beider Weltkriege mindestens in groben Zügen und weiß, dass die übrigen europäischen Staaten in jener Zeit alles andere als harmlose Friedensengel waren. Und doch ist man beim Lesen überrascht von der Skrupellosigkeit insbesondere der Engländer, wenn es darum ging, nicht nur Wirtschaftsspionage und eine hässliche Kolonialpolitik zu betreiben, sondern auch die eigene Bevölkerung schon Jahre zuvor langsam mittels der – formal freien – Inselpresse auf Krieg gegen Deutschland einzustimmen.

Das Werk ist sehr übersichtlich gegliedert in die drei Abschnitte „1) Union Jack. Die Weltmacht und ihr Störenfried Großbritannien kreiert die deutsche Gefahr“, „2) Stars and Stripes. Kreuzzug auf Dollarbasis – die USA nehmen Kriegskurs auf Europa“ und „3) Schwarzweiß. Götterdämmerung – das Ende des Kaiserreichs und die Zerstörung der Vorkriegsordnung“.

Jeder Abschnitt ist in mehrere Einzelkapitel unterteilt, die sich explizit mit Themenkomplexen auseinandersetzen, die für das Verständnis der Vorgeschichte des Krieges notwendig sind. Man benötigt ein einigermaßen funktionierendes Gedächtnis und eine gewisse Übung im Erkennen von Zusammenhängen, um sich nicht verwirren zu lassen, aber die klare, schnörkellose Sprache macht den komplexen Inhalt dennoch verständlich. So stellt zum Beispiel im zweiten Abschnitt ein Kapitel in Kurzform die Geschichte der USA bis 1914 dar, in einem weiteren wird die Frage, „wem die USA gehören, nebst einigen Bemerkungen über die Ehrenwerten J. P. Morgan, Vater und Sohn“ beantwortet – Achtung, Scheinheiligkeit der Protagonisten!

Roewer weiß, wie man Quellen findet, auswertet und einordnet. Das ist ein großer Gewinn für das Buch. In insgesamt 654 Anmerkungen, die Literatur- und Internetfundstellen enthalten, kann der interessierte Leser genau nachvollziehen, wodurch dieser oder jener Vorgang belegt ist. Sind zu einem Sachverhalt mehrere, sich widersprechende Quellen vorhanden, weist der Autor darauf hin und setzt sich exakt damit auseinander. Die von ihm in diesen Fällen gezogenen Schlussfolgerungen sind ohne Ausnahme klar und verständlich.

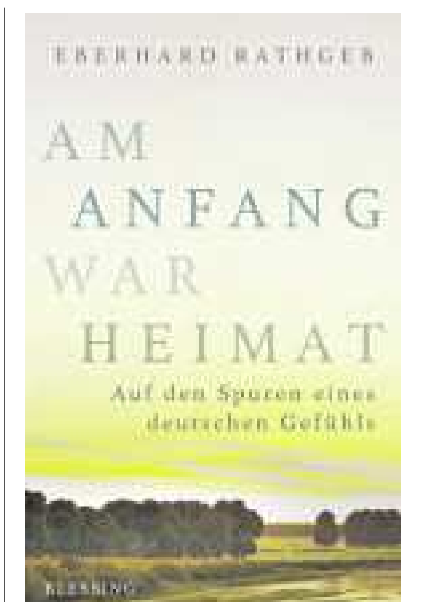
Rolle Englands und der USA studiert

Ergänzt wird das Werk durch Register der handelnden Personen (alphabetisch und mit Kurzbiografien), Quellen, Abkürzungen, Anmerkungen und einem Namensindex, mit dessen Hilfe man mühelos jeden auftauchenden Namen sofort finden kann.

Das Buch ist ein echtes Kunstwerk, weil es erstens eine sehr komplizierte Materie in knappen und klaren Worten zusammenfasst und begreifbar macht, und zweitens der Verfasser als Virtuose der deutschen Sprache den Text mit mancherlei Wortspielen auflockert. Der Traum des Rezensenten, das Buch zur Pflichtlektüre im Geschichtsunterricht deutscher Gymnasien zu machen, dürfte sich leider nicht erfüllen – immerhin kann man es den eigenen Kindern und Enkeln (statt eines Computerspiels) auf den Geburtstagstisch legen und dann hoffen, dass es gelesen wird. Für den historisch interessierten Preußenkenner ist es ohnehin ein Reingewinn.

Rainer Claaßen

***Helmut Roewer: „Unterwegs zur Weltherrschaft. Warum England den Ersten Weltkrieg auslöste und Amerika ihn gewann“,** Scidinge Hall Verlag, Zürich 2016, broschiert, 363 Seiten, 24,95 Euro*



Nur ein Gefühl?

Eberhard Rathgeb spürt der Bedeutung von »Heimat« nach

Nachdem im vergangenen Jahr rund eine Million Asylsuchende nach Deutschland gelangt ist, stellen Autoren und Medien nicht von ungefähr den zeitweilig verpönten Heimatbegriff neu zur Diskussion. „Heimat“ trat schon in der 2011 veröffentlichten Aufsatzsammlung „Die deutsche Seele“ von Thea Dorn und Richard Wagner als ein zentrales Lebensgefühl der Deutschen zutage. Die moderne Wissenschaft tut sich schwer mit der Definition von Heimat.

In seinem neuen Buch mit dem Titel „Am Anfang war Heimat. Auf den Spuren eines deutschen Gefühls“ spürt der frühere Feuilletonredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Eberhard Rathgeb, der Bedeutung von Heimat im Leben berühmter und unbekannter Deutscher in der Vergangenheit nach. Problematisch daran ist, dass Rathgeb dem Heimatgefühl der Deutschen wegen Hitlers und des völkischen Wahns der Nationalsozialismus grundsätzlich misstraut, wie er durchblicken lässt.

Rathgeb wurde 1959 als Sohn deutscher Einwanderer in Buenos Aires geboren. In den 60er Jahren übersiedelte er mit seiner Familie nach Deutschland. 1929 hatte sein Vater als Elfjähriger schweren Herzens mit seinen Eltern Deutschland verlassen müssen, weil sein eigener Vater es aufgrund der wirtschaftlichen Lage vorzog, als Ingenieur einer deutschen Firma für deren Zweigstelle in Argentinien zu arbeiten. Mit Erstaunen nahm der Autor später die Feststellung seines Vaters zur Kenntnis, dass Deutschland seine Heimat sei. Wie konnte das möglich sein, nach dem Zweiten Weltkrieg, nach der Vernichtung der europäischen Juden, fragte er sich.

Heimweh der Eltern gab den Anstoß

So erklärt sich aus Rathgebs eigener Biografie sein Wunsch, wenn nicht zu klären, so doch zu beschreiben, was seinem Vater Albrecht und seinem Großvater Albert Heimat war und, im Kontrast dazu, was sich aus den Lebensläufen von Martin Heidegger, Theodor W. Adorno, Rahel Varnhagen, Hannah Arendt, Adalbert Stifter und anderer ergibt: Wie sah die soziale, kulturell-geistige und die naturale Umwelt der deutschen Geistesgrößen aus? Seinem Vater boten die griechischen Philosophen Halt durch einen festen Bezugsrahmen. Andere hatten diese Form des Trostes nicht. Rathgeb betrachtet das Leiden einer einfachen Frau, der Mutter seines Schulfreundes, die aus Böhmen vertrieben worden war und lebenslang an unstillbarem Heimweh litt.

Das Pendeln zwischen dem Denken und Tun seines Vaters, dem Religion und vor allem die deutschen Klassiker noch alles bedeuteten, und dem Leben „bekannter Fremder“ ist jedoch vom Ansatz her heikel. Der Griff in die Geschichte oder kulturelle Motive sind als Bindeglieder nur bedingt tauglich, gerade bei einem Thema, das einem im Verlauf der Lektüre immer schwammiger vorkommt. Eine Kulturgeschichte will diese an Zäsuren arme Erzählung nicht sein, obwohl sie an die weit ausholende Darstellung der deutschen Geschichte von Gustav Freytag und ähnliche Abhandlungen erinnert. Konkrete Auslassungen im Sinne analytischer Fixpunkte nimmt man dankbar auf als seltene Fundstücke: „Zwischen der sichtbaren und unsichtbaren Kultur, wie einer lebte und wie er dachte, bestand ein Zusammenhang, zwischen der Heimat, die gegeben war, die einem zuwuchs wie der eigene Körper, und der Heimat, die einer sich wie sein Haus nach seinen Vorstellungen baute … Vor den Holzfiguren in den Kirchen tauchten immer weniger Menschen auf, die verstanden, was sie darstellten, wer sie waren und was sie bewegte.“

Eine gelegentliche Bezugnahme auf die Macht der heutigen globalisierten Kultur und deren Auswirkungen ersetzt nicht wirklich den fehlenden Bogen zur Gegenwart. Was für den Autor selbst am Ende dieses Streifzugs durch die reale und ideale Welt einiger Deutscher herausgekommen ist, steckt in ein paar Geschichten, die er zum Schluss aneinanderreiht. Was genau es ist, bleibt unklar.

D. Jestrzemski

***Eberhard Rathgeb: „Am Anfang war Heimat. Auf den Spuren eines deutschen Gefühls“,** Blessing Verlag, München 2016, gebunden, 372 Seiten, 22,99 Euro*



Analyse mit Übertreibungen

Über den Einfluss amerikanischer Denkfabriken auf deutsche Medien

Dass zahlreiche Medien hierzulande eher manipuliert als informieren, ist ein offenes Geheimnis. Zugleich fällt auf, wie gleichgeschaltet Presse, Rundfunk und Fernsehen daherkommen. Allerdings bleibt unklar, wer die Desinformationskampagnen steuert – viele Bürger sind schnell geneigt, die Bundesregierung zu verdächtigen. Doch haben Merkel, Maas und Co. wirklich die Macht und das Format für ein Unterfangen derartigen Ausmaßes?

Nein, sagt Frederick William Engdahl in seinem Buch „Die Denkfabriken“. Für den geopolitischen Analytiker, der schon mit Titeln wie „Mit der Ölwaffe zur Weltmacht“ und „Der Untergang des Dollar-Imperiums“ Furore machte, steht fest, dass die Drahtzieher in den USA sitzen, und zwar innerhalb der dortigen Finanz- und Wirtschaftselite. Deren Vertreter, also Personen wie George Soros, Warren Buffet und Bill Gates, die Berichterstattung in den deutschen Mainstream-Medien aufs Massivste beeinflussten, indem sie vermittels des Geheimdienstes CIA und diverser Denkfabriken Journalisten lenkten oder gleich ganz kauften.

Und mit diesen Instituten, Stiftungen und Vereinen befasst sich Engdahl nun. Dabei stellt er den Atlantic Council, das Aspen Institute, den German Marshall Fund, das Center for Strategic and International Studies (CSIS) und den European Council on Foreign Relations (ECFR) zunächst der Reihe nach vor.

Anschließend folgt der Politik- und Wirtschaftswissenschaftler „der Spur des Geldes“, wobei sich zeigt, dass tatsächlich immer angloamerikanische Mega-Banken und Rüstungs- oder Ölmilliardäre als Financiers auftreten. Ebenso nennt Engdahl die Namen derer, welche im Dienst der „unsichtbaren Macht“ stehen oder standen. Hierzu zählen in Deutschland unter anderem die Ex-Bundesminister Joschka Fischer und Karl-Theodor zu Guttenberg, der stellvertretende Präsident des Europäischen Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff, Wolfgang Ischinger (Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz), die Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit und Cem Özdemir sowie diverse Vertreter der Presse wie der frühere „Zeit“-Korrespondent Thomas Kleine-Brockhoff, der jetzt die Reden für Bundespräsident Gauck schreibt.

So weit, so gut – und auf jeden Fall auch sehr erhellend. Allerdings macht Engdahl dann wiederum den gleichen Fehler wie in seinen früheren Werken: Er übertreibt und verkündet abrupt unhaltbare Verschwörungstheorien. So ist es kaum glaubhaft, dass die Denkfabriken, welche wohl tatsächlich hinter vielen Desinformationsversuchen der hiesigen Medien stecken (man denke da nur an die Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt), letztendlich das Geschäft von weißen angelsächsischen Rassisten besorgen. Gehörten dann Personen wie der türkischstämmige Özdemir dem Pan-European Council von Soros' ECFR an? Hier sind doch sicher ganz andere Motive im Spiel!

Wolfgang Kaufmann

***Frederick William Engdahl: „Die Denkfabriken. Wie eine unsichtbare Macht Politik und Mainstream-Medien manipuliert“,** Kopp Verlag, Rottenburg 2015, 191 Seiten, gebunden, 16,95 Euro*

Geschichte einer wechselvollen Beziehung

Im Deutschen Polen-Institut Darmstadt ist das Begleitbuch zur ZDF-Sendung »Die Deutschen und die Polen« erschienen

Das Buch „Die Deutschen und die Polen“ ist eine Begleitpublikation zu den gleichnamigen ZDF/3Sat-Sendungen in diesem Herbst. Zwölf deutsche und polnische Autoren behandeln vier Hauptkapitel: „1000 Jahre deutsch-polnische Geschichte, Wanderungen zwischen den Kulturen, Juden zwischen Ost und West, Orte des Austausches, Orte des Konflikts“ mit zahlreichen thematischen Einzelabschnitten. Das Buch will die enge Verflechtung zwischen Deutschland und Polen und den Menschen in beiden Ländern zeigen, nicht erst in jüngster Zeit, sondern in vielen Jahrhunderten zuvor.

In den Orten des Austausches werden Oberschlesien, Breslau und Danzig sowie die Kaschubei vorgestellt. Von besonderer Bedeutung für beide Länder ist das Kapitel über die Juden. Allerdings hätte man auch einen Beitrag zur Rolle der katholischen Kirche für die Identität der Menschen im heutigen Polen erwartet. Aufgelockert, aber auch zusätzlich zur Veranschaulichung werden in den einzelnen Kapiteln „Nahaufnahmen“ eingeblendet – wie die Liebesaffäre zwischen Eliza Radziwill und dem Preußenkönig Wilhelm I., Rosa Luxemburg oder deutsch-polnische Alltagskontakte und natürlich der „Krrritiker“ Marcel Reich-Ranicki.

Reichhaltiges Bildmaterial ergänzt die Texte. Historische Karten im Geschichtskapitel fördern durch Raumvorstellungen das Verständnis. Aus Unkenntnis oder auch Halbwissen entstehen Stereotype. Auf deutscher Seite ist der bis heute bekannteste Begriff die „polnische Wirtschaft“, das Deutschlandbild auf polnischer Seite ist hingegen ambivalenter und stark beeinflusst durch die Erfahrungen aus der NS-Zeit.

Jahrhundertelang war die gemeinsame Grenze eine der friedlichsten in Europa, frühere Dissenspunkte wie die Niederlage des Deutschen Ordens 1410 bei Tannenberg/Grunwald wird nicht als Sieg über den „Deutschen Drang nach Osten“ dargestellt, und der Streit über den Polen oder den Deutschen Copernicus fehlt, es werden schlicht seine Lebensdaten genannt. Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter – nicht der negativ besetzte Begriff Ostkolonisation – hätte deutlicher als ein Zug deutscher und flämischer Bauernfamilien aus dem übervölkerten Zentral- und Westeuropa dargestellt werden müssen, die vielfach von slawischen Fürsten gerufen wurden.

Auch der innere Landesausbau in Ostpreußen durch den Deutschen Orden kommt zu kurz. Und warum wird nicht erwähnt, dass Danzig eine der bedeutenden Hansestädte im Ostseeraum war? Die Beurteilung der Potsdamer Protokolle zur Oder-Neiße-Linie ist für Polen eindeutig: Es ist die endgültige Anerkennung der Westgrenze Polens. Die Mär von den wiedergewonnenen Gebieten im Westen, von den polnischen Kommunisten behauptet, existiert nur noch in den Köpfen von Hardlinern. Mit dem Begriff Vertreibung der Deutschen haben offensichtlich manche Autoren ihre Probleme. Dass ein deutscher Geschichtsprofessor von einer „Aussiedlung“ der deutschen Bevölkerung 1945 aus Breslau spricht, macht einigermaßen sprachlos; und im Beitrag „Alltagskontakte“ kommen die vertriebenen Deutschen mit keiner Silbe vor. Diese Bevölkerungsgruppe hat in der deutschen Gesellschaft bis heute die meisten und intensivsten Kontakte zu den polnischen Bewohnern ihrer Heimat. Diese Menschen sind bis heute wahre Brückenbauer in Richtung Osten.

Am Schluss des Buches wird mit Blick auf Breslau und Danzig eine entscheidende Zukunftsfrage gestellt, die der Verfasser dieser Besprechung auf die gesamten ehemaligen deutschen Ostgebiete erweitern möchte: Ob es nämlich gelingen wird, das deutsche Erbe in das gegenwärtige und zukünftige polnische und deutsche Geschichtsbild zu integrieren bei einer fast ausschließlich polnischen Bevölkerung. Jahrhunderte deutscher Geschichte dieses Raumes stehen nunmehr 71 Jahre polnischer Gegenwart gegenüber. Titel wie das vorliegende Buch können helfen, sich mit dieser Frage und mit der deutsch-polnischen Geschichte und Gegenwart vertiefend zu beschäftigen – unter Einbeziehung der kritischen Anmerkungen.

Karlheinz Lau

***Dieter Bingen, Hans-Jürgen Bömelburg, Andrzej Klamt, Peter Oliver Loew (Hrsg.), Deutsches Polen-Institut Darmstadt: „Die Deutschen und die Polen. Geschichte einer Nachbarschaft“,** Theiss-Verlag, Darmstadt 2016, broschiert, 192 Seiten, 19,95 Euro*

Soeben neu eingetroffen!

Silke Osman (Hrsg.)
Der redliche Ostpreuße 2017
Ein Kalenderbuch für 2017
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2017, jetzt mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure und Architekten wie Charlotte Berend-Corinth, Max Taut, Emil von Behring, Frank Wisbar, Otto Nicolai, Johannes Bobrowski, Richard Wagner, Käthe Kollwitz, Ernst Mollenhauer, Stanislaus Cauer u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Ottfried Graf Finkenstein, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva-Maria Sirowatka, Walter von Sanden-Guja, Wilhelm Reichermann, Hans Ulrich Stamm, Hans Graf von Lehndorff, Ruth Maria Wagner, Walter Scheffler, Frieda Jung, Grete Fischer, Heinrich Eichen, E.T.A. Hoffmann, Fritz Kudnig u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533180 Gebunden 9,95 €



Kalender Masuren, Ermland und Oberland in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Ermland und dem Oberland. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535641 Kalender 14,95 €

NEU für 2017

Kalender Pommern in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen Motiven aus Pommern, dem Land am Meer. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535643 Kalender 14,95 €

NEU für 2017

Kalender Trakehner 2017
Mit 12 brillanten Motiven von Trakehner-Pferden. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535640 Kalender 9,95 €



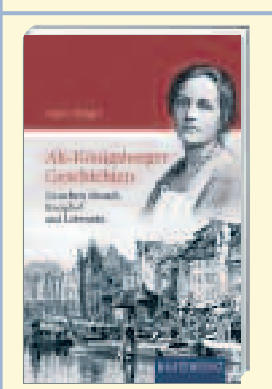
Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535642 Kalender 14,95 €

NEU für 2017

Kalender Schlesien in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535645 Kalender 14,95 €



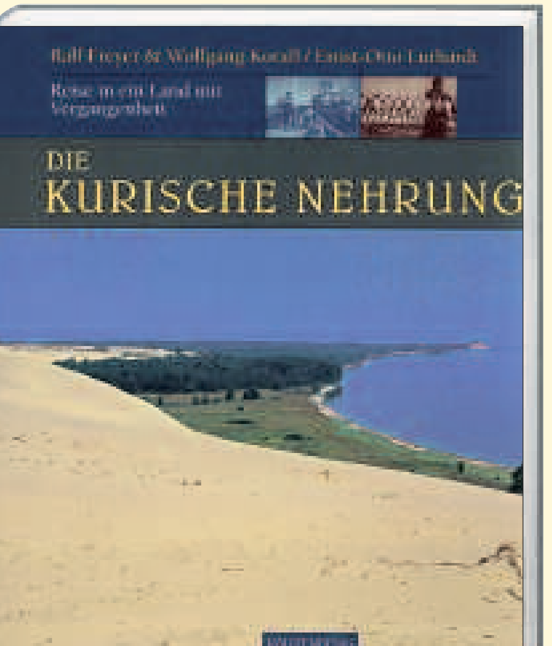
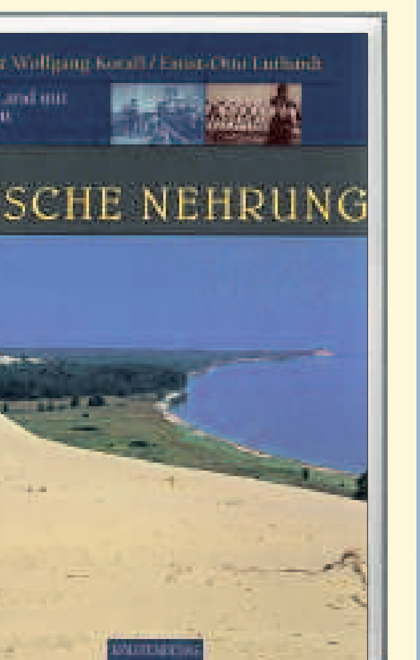
Kalender Elche 2017
Mit 12 brillanten Motiven von Elchen, dem Wappentier Ostpreußens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535615 Kalender 9,95 €



Agnes Miegel
Alt-Königsberger Geschichten
Zwischen Altstadt, Kneiphof und Löbenicht
240 Seiten/Gebunden
Nr. P 533169 12,95 €

Agnes Miegel nimmt uns mit zu den geliebten Stätten ihrer Kindheit. In dreiundzwanzig meisterhaft geschriebenen Geschichten und drei Gedichten lässt sie die versunkene Welt ihrer Heimat in leuchtenden Farben kaleidoskopartig auferstehen. Sie nimmt uns mit auf eine Wanderung zu Häusern und Orten, die wir durch ihre lebendige Beschreibung wie durch die Augen eines neugierigen liebenden Kindes betrachten können. Sie erinnert sich an glückliche Kindertage, in denen sie sich bei liebevollen Eltern und Verwandten geborgen wusste, an Ausflüge mit der Familie, die in ihr eine große Liebe zur Natur weckten und an fröhliche Familienfeiern, die sie so lebendig beschreibt, dass man meint, sie selbst mitzuerleben.

Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Masuren
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Masuren im Nordosten Polens lädt dieser aufwändig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein.
Ein historischer Teil lässt Vergleiche mit dem alten Masuren zu und weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend.
Inmitten einer herrlichen Natur erzählen steinerne Baudenkmäler von jahrhundertealter Geschichte. Masuren zusammen mit Ermland und dem Oberland wird mit seinen einzigartigen Wald- und Seenlandschaften, sowie gemütlichen Städten und Dörfern beschrieben.
Von Frombork (Frauenburg) am Frischen Haff über Elblag (Elbing) und Olsztyn (Allenstein) bis nach Elk (Lyck) führt die Bilderreise durch das einzigartige Naturparadies. 226 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533082 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €

Ralf Freyer & Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Die Kurische Nehrung
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Die Kurische Nehrung ist eine 98 Kilometer lange Halbinsel zwischen Memel und Sarkau, von der heute 52 Kilometer zu Litauen und 46 Kilometer zu Russland gehören. Die Nehrung besteht ausschließlich aus Sand mit riesigen Wanderdünen, die in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder Ortschaften unter sich begruben. Die Große Düne bei Nidden, eine der größten Dünen Europas, wird auch die „ostpreußische Sahara" genannt. Heute ist die Nehrung wieder ein beliebtes Reiseziel geworden, das einst auch von Persönlichkeiten wie Thomas Mann geschätzt wurde. Über 160 Bilder zeigen diese in Europa einzigartige Landschaft mit ihren Naturschutzgebieten und Dörfern zwischen den weiten Dünen in aktuellen Aufnahmen. Ein 32-seitiger Teil mit hist. Aufnahmen ergänzt das Werk. 225 Abb. 160 S.
Nr. P 533125 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Agnes Miegel
Spaziergänge einer Ostpreußin
Gesammelte Gedichte unserer Mutter Ostpreußens
Von 1923 bis 1926 schrieb Agnes Miegel für die „Ostpreußische Zeitung" die Serie „Spaziergänge einer Ostpreußin". Insgesamt sind 44 Texte erschienen, von denen hier die schönsten und aufschlussreichsten versammelt sind. Sie lassen die untergegangene ostpreußische Welt wieder aufleben. 144 Seiten/Geb.
Nr. P 533128 12,95 €



Marion Gräfin Dönhoff
Bilder die langsam verblassen
Ostpreußische Erinnerungen
Drei Kapitel aus Marion Dönhoffs legendärem Band „Namen, die keiner mehr nennt" und ihr Erinnerungsbuch „Kindheit in Ostpreußen" werden hier zu einem reich bebilderten Band zusammengefasst. Es entsteht ein wunderbares Buch, das das untergegangene Ostpreußen beschwört und auch ein Denkmal für seine Menschen ist. Autorin: Marion Gräfin Dönhoff wurde 1909 auf Schloss Friedrichstein in Ostpreußen geboren, gestorben 2002, war sie eine der wichtigsten Journalistinnen in Deutschland. Nach langer Tätigkeit bei der Wochenzeitung „Die Zeit" wurde sie 1973 in den Kreis der Herausgeber aufgenommen. Die farbigen Fotos stammen von Wladimir Federenko. 67 S/W- und farbige Abbildungen, Format 24 x 30 cm. 80 Seiten.
Nr. P 533126 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Marion Gräfin Dönhoff/Dietrich Weldt (Fotograf)
Ritt durch Masuren
Im Herbst 1941 brechen Marion Gräfin Dönhoff, 1909 auf Schloss Friedrichstein bei Löwenhagen in Ostpreußen geboren und ihre Cousine Sißi Lehndorff zu einem Ritt durch Masuren auf. Auf eine ganz besondere Art erleben sie das „stille Land".
Seither sind viele Jahre vergangen und in Masuren hat sich viel verändert. Geblieben ist die Landschaft mit ihren Seen inmitten großer Wälder. Geblieben ist auch die Stille. Damals wie heute ist dieses Land in seiner einzigartigen Urwüchsigkeit wunderschön.
Die Schönheit Masurens hat der Fotograf Dietrich Weldt eingefangen, der den Weg der beiden Reiterinnen fünfzig Jahre später nachvollzogen und die herrlichen Bilder dem Text „Ritt durch Masuren" von Marion Gräfin Dönhoff zugeordnet hat.
67 Abbildungen. 80 Seiten.
Nr. P 1087 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



Helfried und Renate Weyer
Masuren – Orte der Stille
Texte ostpreußischer Autoren wie Marion Gräfin Dönhoff, Arno Surminski, Ernst Wiechert und viele mehr sowie die stimmungsvollen Masuren-Bilder des Meisterfotografen Helfried Weyer schaffen Inspiration für Sinne, Geist und Seele. Format 20 cm Breite x 19 cm Höhe. 98 Seiten
Nr. P A1006 Gebunden 4,99 €



Christian Papendick
Der Norden Ostpreußens
Land zwischen Zerfall und Hoffnung – Eine Bilddokumentation 1992–2007
Wer heute den nördlichen, russischen Teil von Ostpreußen durchstreift, dem bietet sich vielerorts noch ein Bild des Zerfalls und der Hoffnungslosigkeit. Da wurden Burgen und Kirchen des Deutschen Ordens als Steinbruch missbraucht, wurden die wenigen noch erhaltenen Guts- und Herrenhäuser aus barocker und klassizistischer Zeit abgerissen oder dem Zerfall überlassen, von den bürgerlichen und bäuerlichen Bauten ganz zu schweigen. Aber es gibt auch Lichtblicke. Der Königsberger Dom wurde in mühevoller Arbeit wieder aufgebaut. Die Kirchen von Neuhausen, Mühlhausen, Friedland, Gr. Legitten und Heiligenwalde wurden wiederhergestellt und einiges mehr. Der aus Königsberg gebürtige Architekt und Fotograf Christian Papendick ist jahrzehntelang durch den Norden Ostpreußens gereist und hat mit der Kamera in einer nach Umfang und Vollständigkeit einmaligen Bilddokumentation den Zustand, Zerfall und Wiederaufbau dieser Denkmäler der einmaligen Kulturlandschaft von 1992 bis 2007 beobachtet und in über 1.000 eindrucksvollen und erschütternden Farbfotos festgehalten. 487 Seiten
Nr. P A0929 Gebunden 29,95 €



Agnes Miegel
Es war ein Land Ostpreußen
Gedichte und Geschichten
Ostpreußens Landschaften und Städte, seine Geschichte und das Lebensgefühl seiner Menschen werden in diesem Band ausführlich und liebevoll porträtiert. Der Jahreskreis der Feste, der Lauf der Jahreszeiten mit ihren Stimmungen und Besonderheiten werden aus der Erinnerung wieder Gegenwart. In zauberhaften Miniaturen, in bildstarker Sprache lässt die große Dichterin ihre Heimat wiedererstehen.
210 Seiten/Gebunden mit farbigem Schutzumschlag
Nr. P 1799 12,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Petry begrüßt Selbstschutz

Berlin – Der baden-württembergische Innenminister und Vizechef der Bundes-CDU, Thomas Stobl, hat AfD-Chefin Frauke Petry vorgeworfen, sie wolle, dass „der Staat kapituliert“ und sich die Bürger „in Wild-West-Manier“ selber schützten. Petry hatte gesagt, dass der steil ansteigende Verkauf legaler Waffen „kein Grund zur Sorge“ sei, denn: „Jeder Gesetzestreue sollte in der Lage sein, sich selbst, seine Familie und seine Freunde zu schützen.“ *H.H.*

Mehr Polizisten quittieren Dienst

Stockholm – Der schwedischen Polizei laufen die Beamten davon. Seit Jahresbeginn haben laut Deutschlandfunk 60 Prozent mehr Polizisten den Dienst quittiert als im Vorjahreszeitraum. Acht von zehn Beamten dächten zudem darüber nach, zu kündigen. Grund sei die Überforderung mit immer mehr Kriminalität vor allem im Einwanderer-Milieu. Schweden zähle bereits 50 „No-Go-Areas“, in die sich normale Streifen nicht mehr hinein trauten. *H.H.*

ZUR PERSON

Er wagte Wahrheit

Ernst Nolte ist sicherlich der renommierteste Wissenschaftler, der Opfer der Politischen Korrektheit in der Bundesrepublik wurde. Wolfgang Bosbach, ebenfalls ein einst erfolgreicher Prominenter, der für Nonkonformismus mit einem Karriereknick bezahlte, konstatierte, nicht er habe bei den Griechenlandbürgschaften seine Position verändert, sondern die CDU. Eine vergleichbare Erfahrung hatte Nolte schon vor Merkels Kanzlerschaft und bezüglich der „deutschen Öffentlichkeit“ 1996 gemacht. Und in der Tat wurden die Thesen des Geschichtsprofessors erst zu einem Problem, nachdem Männer wie Jürgen Habermas die politische Zensur in den bundesdeutschen Gesellschaftwissenschaften etabliert hatten und Männer wie Nolte angriffen.

Nolte verstieß gegen eherne Regeln der Politischen Korrektheit. So dürfen Verbrechen an Deutschen wie die Vertreibung nur als Folge von durch Deutsche begangene Verbrechen erklärt werden.



Das nennt man historische Kontextuierung. Umgekehrt hingegen dürfen von Deutschen begangene Verbrechen wie der Holocaust nie als Folge von durch Nichtdeutsche begangene Verbrechen erklärte werden. Das nennt man dann Historisierung und Relativierung. Ebenso darf die Singularität der NS-Verbrechen auch nicht ansatzweise in Frage gestellt werden. Dessen macht man sich allerdings bereits schuldig, wenn man sie mit anderen Verbrechen vergleicht. Beides hat Nolte getan. Zur Erklärung des Aufstiegs der Nationalsozialisten und ihrer Gewaltbereitschaft verwies er auf die Gulags der Bolschewisten.

Trotz aller Anfeindungen der Apologeten der mittlerweile herrschenden Lehre war dem sogenannten Revisionisten ein hohes Alter vergönnt. Er starb im 94. Lebensjahr am 18. August in Berlin. *M.R.*



Drastisch verändert

Warum Katrin Göring-Eckhardts Freude kein Ende nimmt, womit wir einfach leben sollen, und wie wir noch mehr Asylsucher anlocken / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da schau her: „Sexuelle Übergriffe auf Frauen beschäftigen die Polizei stärker als bisher bekannt.“ Hatten wir uns ja schon gedacht, dennoch überrascht es, solche Sätze mittlerweile sogar in der „FAZ“ zu lesen. Die euphorischen Worte von Katrin Göring-Eckardt vom vergangenen Herbst klingen uns noch heute in den Ohren: Deutschland werde sich durch die orientalische Masseneinwanderung „drastisch verändern“, so die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag damals, die dazu schwärmte: „Ich freue mich darauf!“

Bei jedem größeren Fest gehen die Behörden mittlerweile davon aus, dass „Gruppen von Männern sich an Frauen ‚herantanzen‘, sie bedrängen, beleidigen und unsittlich berühren“, berichtet die „FAZ“. Beim Frankfurter Museumsuferfest sei man in diesem Jahr „am Limit dessen, was man für ein Volksfest überhaupt an Sicherheitskräften mobilisieren kann“, zitiert das Blatt einen städtischen Tourismus-Manager.

Frauen aus ganz Deutschland berichten davon, dass sie sich nachts nicht mehr allein in die Gassen ihrer vor wenigen Monaten noch beschaulichen Heimatstädte trauen. Von überall hören wir, dass einheimische Frauen von orientalischen Jungmännern beleidigt, sexuell genötigt und sogar geschlagen werden, wenn sie sich widersetzen. Der Traum der Grünen-Politikerin und ehemaligen EKD-Synodalin wurde wahr: Deutschland hat sich tatsächlich „drastisch verändert“.

Trotzdem lassen wir uns unsere Feste nicht vermiesen. Die Dresdener feierten ihr Stadtfest vergangenes Wochenende hinter dem Schutz schwerer Zäune, die selbst anrauschenden Fahrzeugen standgehalten hätten, und unter zwölf Meter hohen mobilen Wachtürmen zum Schutz gegen radikal-islamischen Terror. Außerdem gab es gesicherte Durchfahrtschleusen und Flutlichtanlagen, um die Taschen der einströmenden Besucher auch bei Nacht durchleuchten zu können. Bewacht wurde die Festzone von Polizisten mit Maschinenpistolen.

Stadtfestorganisator Frank Schröder sagte der „Sächsischen Zeitung“ kurz vor dem Ereignis, er freue sich auf ein „friedliches, sicheres Stadtfest“. „Fröhlich“ oder „ausgelassen“ hat er sich verkniffen.

Zäune, Wachtürme, Flutlicht, Posten mit Maschinenpistolen: So sieht es also aus, wenn die Ureinwohner im Deutschland der offenen Grenzen anno 2016 ein Volksfest feiern möchten. Und statt uns freuen zu können wie früher, sind ein bisschen Frieden und Sicherheit das Höchste, was wir uns zu so einem Fest noch erhoffen. Wir schaffen das? Aber hallo: Selbst die feurigsten Optimisten wie Frau Göring-Eckhardt hätten sich vor nur einem Jahr nicht vorstellen können, wie weit wir es in so kurzer Zeit schon geschafft haben. „Nie wieder Deutschland“ nimmt Gestalt an.

> Was wir in nur einem Jahr alles geschafft haben! »Deutschland nie wieder« nimmt Gestalt an

Allerdings sollten wir aufpassen, dass die letzten Deutschen nicht vorzeitig die Lust verlieren an der Abwicklung ihres bisherigen Gemeinwesens. Es mehren sich irritierende Meldungen, die ihrem Elan abträglich sein könnten.

So wollen Experten die überraschende Entdeckung gemacht haben, dass viele der Asylsucher, die aus Ländern kommen, in denen ein strammer Antisemitismus gleichsam Staatsräson ist, stramme Antisemiten sind. Wer konnte denn mit sowas rechnen? Das hat uns genauso vom Stuhl gehauen wie die Erkenntnis, dass die jungen Männer, in deren Heimat Frauen nichts zu melden haben, der Meinung sind, dass Frauen nichts zu melden haben.

Nun gut, das müssen wir wohl erst mal verdauen. An unserer felsenfesten Grundüberzeugung ändert das aber nichts. NRW-Innenminister Ralf Jäger hat sich gegen ein Burkaverbot ausgesprochen mit der Begründung: „Wer Burkas verbietet, der muss – wenn man das einfach mal weiterspinnt – demnächst auch verbieten, dass sich Menschen als Nikolaus verkleiden.“ Kein Zweifel, der SPD-Politiker hat den Ernst des Themas vollumfänglich erkannt. Moment, jetzt komme ich wieder mit der neuen Rechtschreibung ins Schleudern. Schreibt man „weiterspinnen“ getrennt oder zusammen? Im Fall von Ralf Jäger sicherlich getrennt: „Weiter spinnen.“

Der SPD-Mann folgt einem altbewährten Muster: Er verrührt alles mit allem so lange, bis sämtliche Unterschiede im grauen Brei der Unkenntlichkeit versunken sind. Dazu passt der oft zu hörende Einwand, dass im Straßenverkehr viel mehr Menschen umkämen als durch radikal-islamischen Terror. Die Botschaft ist eindeutig: Habt euch nicht so, gestorben wird immer. Dass hier Unfalltod mit Mord gleichgesetzt wird, scheint kaum jemandem aufgefallen zu sein.

An die Deutschen ergeht die lapidare Aufforderung, dass sie eben lernen müssten, mit dem Terror zu leben. Keiner fragt: Und warum? Immerhin wollte ein Spötter wissen, warum angesichts jener dem NSU-Trio zugeschriebenen „Döner-Morde“ niemand auf diese entzückende Relativierung mit den Verkehrstoten gekommen ist. Geschmacklos, nicht wahr?

Auch egal. Katrin Göring-Eckhardt und ihre Freunde dürfen sich jedenfalls schon auf die nächste „drastische Veränderung“ freuen, die sich immer sichtbarer vor Deutschland auftürmt, wie die *PAZ* vergangene Woche berichtete („Die nächste Welle rollt“).

Österreichische Medien sehen Italiens Asyl-Versorgungssystem vor dem „Kollaps“; aus dem französischen Calais schallt der Hilferuf des britischen Spediteurs-Verbandes: Illegale Immigranten schmissen Steine und Brandbomben auf Lkw-Fahrer, die auf dem Weg zum Eurotunnel nach England seien. Die Zahl der dort kampierenden Immigranten habe sich auf 9000 verdoppelt. Paris solle Militär einsetzen, um die Brummifahrer vor dem rasenden Mob zu schützen.

Es könnte also auch bei uns schon bald wieder hoch hergehen. Doch heute sind wir ja viel besser vorbereitet als vor einem Jahr, oder? Na ja, wie auf Seite 1 berichtet, schätzt Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow, dass 200 000 Asylsucher noch immer unregistriert in Deutschland herumschwirren, „ohne jeden Behördenkontakt“.

Der Linkspartei-Politiker schlägt vor, die armen Leute mit dem Versprechen auf Legalisierung ihres Aufenthalts aus den Verstecken zu locken. Hervorragende Idee! So eine Aktion wird weltweit ganz sicher große Aufmerksamkeit hervorrufen. Also, aufgemerkt, so geht das: Du schleichst dich illegal auf deutsches Gebiet, tauchst für eine gewisse Zeit unter, dann tauchst du wieder auf und – schwupp! – wird dein Aufenthalt „legalisiert“. Ganz automatisch, einfach, weil du schon da bist. Und sofort gibt's die deutsche Sozialunterstützung.

Doch wenn ich aus einem Land komme, in dem alles ruhig und friedlich ist, wo es zum Flüchten gar keinen Grund gibt? Dann holst du dir eben einen gefälschten syrischen Pass, kriegen die deutschen Behörden eh nicht raus.

In Berlin etwa verfügt nur ein einziger von zwölf Stadtbezirken über Prüfgeräte, mit denen die Behörden die Echtheit eines Passes untersuchen können. Bei dem einzig fitten Bezirk handelt es sich, wenig überraschend, um Neukölln, wo bis vor Kurzem der aufgeweckte Heinz Buschkowsky das Regiment führte.

Immerhin: Nur ein Jahr nach dem Höhepunkt der jüngsten großen Asylwelle sollen die Geräte nun langsam stadtweit eingeführt werden. Behörden im Rausch der Geschwindigkeit!

Bei zigtausenden Asylsuchern erübrigt sich die Frage allerdings, ob ihr Pass echt ist. Sie haben ihn nämlich „verloren“. Dies geschieht dermaßen häufig, dass es dem österreichischen Innenminister Wolfgang Sobotka spanisch vorkommt: „Es ist unverständlich, dass Migranten das Handy und sonst alles haben, aber den Pass und die Papiere haben sie verloren.“ Ein ungehöriger Einwurf, den nur ein Österreicher wagt. Vielleicht, weil sich sein Land und sein Denken noch nicht ganz so „drastisch verändert“ haben.

MEINUNGEN

Das Nachrichtenportal „MMnews“ (16. August) zitiert den Vizechef der sächsischen AfD-Landtagsfraktion, ***Uwe Wurlitzer****, mit einer bitter ironischen Antwort auf den Vorschlag der Bundesbank, das* ***Renteneintrittsalter auf 69*** *anzuheben:*

„Warum sollen Arbeitnehmer bereits Rente mit 69 beziehen dürfen? Ich fordere, das Renteneintrittsalter ab sofort auf 100 Lebensjahre anzuheben! Das hätte den Vorteil, die Rentenkassen dauerhaft zu stabilisieren, und der Staat könnte einen Großteil des eingesparten Geldes noch besser in die Integration von Asylbewerbern stecken, weitere Millionen für Förderprogramme gegen rechts sowie für die Euro-Rettung aufwenden.“

Weil er den ***Koran und Mohammed kritisiert*** *hat, ging über den erfolgreichen Schweizer Satiriker* ***Andreas Thiel*** *ein Sturm linker Anfeindungen hinweg. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (16. August) sagt er zu der Kampagne:*

„Ich weiß schon gar nicht mehr, was ich mehr fürchten soll: die Morddrohungen von Muslimen oder die Vorurteile von Linksintellektuellen … dass viele Linke einen abgrundtiefen Hass auf alles haben, was nicht links ist, ist zwar begreiflich, da es sich beim Sozialismus um eine Einparteien-Ideologie handelt. Aber die Intoleranz von Linksintellektuellen gegenüber anderen Meinungen überrascht mich trotzdem.“

Michael Wolski*, Autor des Buches „Gebetspausen am Arbeitsplatz“ fürchtet in „Tichys Einblick“ (18. August) eine massive* ***Auswanderung deutscher Fachkräfte*** *auf der Flucht vor der Veränderung Deutschlands durch die* ***„Willkommenskultur“****, stattdessen werde sich ein anderer Menschenschlag ausbreiten:*

„Bis zu zwei Millionen orientalische Muslime werden Ende 2017 neue Stammkunden im Sozialamt sein. Sie werden viele Kinder mit mehreren Frauen in islamischer Ehe zeugen, fünf Mal täglich beten, im Verein Tee trinken, kein Deutsch lernen und vermutlich lebenslänglich von den Steuern der Ungläubigen leben, die deswegen erhöht werden müssen. Und trotzdem werden sie die Gastgeber hassen, weil diese Ungläubige sind und es so im Koran steht. Aus Sicht islamischer Prediger eine optimale Islamisierung.“

Michael Hanfeld *hat offenbar genug davon, dass* ***Frauenverhüllung*** *als „religiöse Eigenart“ schöngeredet wird. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (20. August) schildert er seine Auffassung und macht zugleich einen* ***satirischen Vorschlag****:*

„Allerdings hat diese Verschleierung weder etwas mit Religion noch mit Freiheit zu tun. Sie ist ein in muslimischen Ländern mit brutaler Gewalt durchgesetzter Zwang, eine soziale Norm zum Gefallen der Männer, die Frauen auf diese Weise aus dem öffentlichen Leben ausschließen … Und für alle die Männer, die Frauen partout nicht als Frauen sehen und wahrnehmen wollen, gäbe es eine praktische Lösung: Es wird Zeit für den Burko. Es muss ja keine Ganzkörperverhüllung sein. Eine Augenbinde reicht.“